EUR 5,00

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 61/2012 ISSN: 2192-6719

CRITICAL WHITENESS



INHALT

ABBILDUNGEN IM HEFT

✖ Detailaufnahmen aus den Kleiderschränken der Redaktion.

EDITORIAL

ANSTATT EINES EDITORIALS

Ich bin der Neue hier und seit Anfang des Jahres dabei. Nett ist es in der ZAG Redaktion. Und irgendwie anders, als ich mir das vorgestellt habe. Was genau anders ist, kann ich schwer beschreiben. Vorher hatte es irgendwie etwas Mystisches, wie diese Zeitschrift gemacht wird? Nun, nachdem ich seit einigen Monaten dabei bin, ist dieses Geheimnisvolle für mich verflogen. Langweilig ist es aber nicht geworden, nee nee. Wenn ich schreibe, dass es »nett« ist, dann meine ich damit nicht die kleine Schwester von »Scheiße«, sondern wirklich NETT. Na ja, und um nun die ZAG auch für euch etwas zu entmystifizieren – in dieser Zeitschrift geht es ja schließlich auch um Ideologiekritik – möchte ich gerne mal kurz beschreiben wie eine ZAG Ausgabe entsteht.

Am Anfang steht die Entscheidung für ein Schwerpunktthema, das oft, aber nicht immer, einen aktuellen Anlass hat. Grundsätzlich darf das Thema nicht »Rassismus und...« heißen, das ist mindestens so abgedroschen wie der Demospruch »Hoch die internationale Solidarität«. Nach einer nicht immer konfliktfreien Entscheidung diskutieren wir das Thema dann in der Redaktion ausführlich, um auszuloten was uns an dem Thema besonders interessiert und welche Fragen sich uns stellen. Auf Grundlage dieser Diskussion schreiben wir dann einen Call for Paper, den wir möglichst breit streuen. Zusätzlich schreiben wir noch gezielt AutorInnen an, die möglicherweise etwas zum Thema zu sagen haben. Außerdem ermuntern wir noch Leute etwas für die Rubrik »Aktuelles« oder eine Rezension zu schreiben. Dann beginnt das Bangen, ob es denn nun auch genug interessierte SchreiberInnen geben wird, um die Ausgabe gut zu füllen. Wir selbst steuern Editorial, die Einleitung zum Schwerpunkt und eventuelle Rezensionen und weitere Artikel bei. Damit die ZAG auch »pünktlich« – das heißt zu einem von uns selbst gesetzten Zeitpunkt – erscheint, sind wir uns auch nicht zu schade den Leuten hinterherzulaufen – zumindest digital-virtuell – damit sie ihre Artikel auch abgeben. In einer Endredaktionssitzung gehen wir dann alle Beiträge nochmal durch und redigieren sie. Um Layout und Druck kümmern wir uns nicht selber. Der Abo-Versand wird allerdings von der Redaktion mit Liebe selbst erledigt.

Ziel dieser Ausführung ist neben der ideologiekritisch wichtigen Entmystifizierung auch die Werbung in eigener Sache, denn wir suchen weitere MitarbeiterInnen. Und wie ihr seht, braucht ihr weder journalistisches Talent noch Erfahrung in Redaktionsarbeit (obwohl beides selbstverständlich auch nicht schadet). Interesse am Thema Antirassismus und durchschnittliche Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit reichen vollkommen aus.

Die ZAG bietet euch dafür interessante Diskussionen zu Theorie des Rassismus und Praxis des Antirassismus in lockerer Atmosphäre mit Tee und Haribo Colorado. Natürlich nehmen wir unsere Arbeit ernst, weil das Thema uns wichtig ist und wir es uns und unseren treuen LeserInnen schuldig sind. Aber wir haben keinen professionellen, journalistischen Berufshabitus und es gibt auch keine/n Chefredakteurln, keine Angst.

Jenseits der »festen« Mitarbeit in der Redaktion, könnt ihr natürlich gerne auch jederzeit mir Artikeln und Rezensionen beitragen.

Also meldet euch!
Kontakt: redaktion@zag-berlin.de

Auf das ich schon bald nicht mehr »der Neue« bin.



RASSISTISCHE DROHBRIEFE DER »REICHSBEWEGUNG«

KEINE REAKTION IN BERLIN!

HELGA SEYB, REACHOUT – BERATUNG FÜR OPFER RECHTER, RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT

Soll eine über diesen Unsinn schreiben und sich damit daran beteiligen, dass die Inhalte der sogenannten »Neue Gemeinschaft von Philosophen« weiter verbreitet werden? Ist das vielleicht der Grund, aus dem heraus sowohl Ermittlungsbehörden als auch Medien sich ausschweigen? Oder haben nicht alle das Recht auf Informationen, die sie im Zweifel sogar betreffen?

Bis vor kurzer Zeit wären wir bei ReachOut als Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung, nicht auf die Idee gekommen, uns über die sogenannte Reichsbewegung ernsthaft Gedanken zu machen. Schon lange sind die Reichsbürger bekannt als Spinner, die sich im Deutschen Reich wähnen und damit auffällig wurden, dass sie sich weigern, Steuern zu bezahlen, oder ihre eigenen Pässe basteln. Kein Wort darüber in Verfassungsschutzberichten, niemand hält sie für gefährlich, sie gelten nur als sonderbar.

Aber dann im März diesen Jahres verschickte die sogenannte Reichsbewegung Drohbriefe an Moscheen und an die jüdische Gemeinde Berlin. Im April wurden in Wedding, Reinickendorf und Moabit in den Hausbriefkästen von Privatpersonen Briefe gefunden. Im Mai tauchen derartige Briefe auch in Spandau auf. Soweit wir wissen, ist ein Teil der Briefe nicht adressiert, also nicht an bestimmte Personen gerichtet. Sie sind nur sehr sorgfältig in Prospekthüllen getütet. Es soll aber auch Briefe geben, die namentlich adressiert sind. Unklar ist in allen Fällen, aus welchem Grund gerade diese Personen die Briefe erhalten haben.

Das bedeutet, dass Personen, die die Briefe nicht direkt an sich gerichtet sehen, sondern sie nur »zufällig« in ihrem Briefkasten finden, sich weniger große Sorgen machen, weniger Befürchtungen haben, als solche Personen, die sich namentlich im Visier der sogenannten Reichsbewegung sehen müssen. Anfängliche Befürchtungen, nicht mehr mit einem Kopftuch bekleidet, also als Muslima sichtbar auf die Straße gehen zu können, sind nach erstem Schreck gewichen. Es bleibt das ungute Gefühl, das viele schon immer begleitet. Das zeigt auch die Chronik von ReachOut[1]. Darin müssen immer wieder Angriffe auf Frauen, die ein Kopftuch tragen, dokumentiert werden. Prinzipiell sind alle Migrant_innen und Schwarze Deutsche gemeint. Nichts anderes ist aus dem Brief zu entnehmen und aus diesem Grund laufen Ermittlungsverfahren wegen »Volksverhetzung« und »Bedrohung«.

Der »Aufruf an alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide (Schwarze und Halbschwarze)« ist datiert vom 1. Februar 2012 und trägt die Überschrift »Ausweisung aus Deutschland«. Die sogenannte Reichsbewegung stellt sich darin vor, als von der »Neuen Gemeinschaft von Philosophen« initiierte patriotische Befreiungsbewegung, die sich zum Ziel gesetzt habe, »die Völkervernichtung durch Rassenvermischung [zu] stoppen und wieder rückgängig [zu] machen.« Mit diesem Schreiben wollen sie »alle nichteuropäischen Ausländer, insbesondere alle Muslime / Mohammedaner / Moslems und alle N(....) (Schwarze und Halbschwarze)«[2] in ihre »Heimatländer« zurückschicken. Damit kein Zweifel aufkommt: Gemeint sind alle.

Auf acht Seiten widerwärtigster Ausführungen schildert die »Reichsbewegung« die Ausnahmen, die von der Ausweisung verschont bleiben sollen, weil sie sich für »die Anliegen des deutschen Volkes eingesetzt haben« (so sie keine Muslime sind), was passieren wird, wenn der Aufforderung nicht nachgekommen wird) und setzt Termine. Im Stil des fürsorglichen Patriarchen (der zu harten Strafen greift, wenn seinen Ratschlägen nicht nachgekommen wird) raten die Autor_innen dazu, sich »freiwillig, friedlich und gewaltfrei« zu entfernen, da anderenfalls für »Ihre und Ihrer Familie Gesundheit und Leben nicht garantiert werden« könne.

Ab dem »Tag X« könne diese Garantie nicht mehr übernommen werden, weil mit »aller Wahrscheinlichkeit nach dem Ende der Olympischen Spiele im Aug. 2012, spätestens jedoch mit dem Beginn der »Kampfhandlungen zwischen NATO- und SCO-Staaten auf europäischem Boden« werde es »ungemütlich«. Die Empfänger_innen werden aufgefordert, das Schreiben ernst zu nehmen, da die Verfasser_innen die »Ausweisung zur Not mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen werden.« »Sie zwingen uns in diesen Fällen systematisch Haus für Haus, Straße für Straße, Ort für Ort und Stadt für Stadt mit Gewalt gegen Sie vorgehen zu müssen, was wir nicht wollen«, wie mehrfach zuvor erklärt. »Wer dann in Städten und Gemeinden, die von Ausländern bereinigt wurden, nochmals angetroffen wird und Widerstand leistet, wird standrechtlich erschossen. Ohne Ausnahme!«

Im Brief wird über lange Strecken hergeleitet, warum gerade die Muslim_innen bedroht werden. Damit hat sich die Reichsbewegung bei ihrer unseres Wissens ersten großen Kampagne für ein Thema

AKTUELL

entschieden, von dem sie annehmen kann, dass es Anklang in weiten Kreisen der Gesellschaft findet und sich mit einem Lieblingsthema herrschender Medien wie Der Spiegel und beliebter Autoren wie Sarrazin deckt, auf den sie sich auch ausdrücklich bezieht.

KEINE REAKTIONEN SIND AUCH ANTWORTEN

Anzeigen liegen dem Landeskriminalamt vor. Was aus den Ermittlungen geworden ist, ist nicht bekannt. Es kann nicht viel geschehen sein, weil nicht einmal direkt Betroffene zu einer Zeug_innenaussage geladen worden sind. Vielleicht ist das aus ermittlungstechnischen Gründen auch nicht notwendig, weil sowieso niemand etwas weiß. Ein Ernstnehmen der Briefe hätte jedoch anderer Reaktionen bedurft. Mit Blick auf die Verunsicherung der Menschen, die diese Briefe erhalten haben, wäre eine Einschätzung der Gefahr durch die Zuständigen gegenüber den Betroffenen zumindest eine nette Geste gewesen. Ausschlaggebend ist die Frage, inwieweit die konkreten Drohungen mit Erschießung von den zuständigen Ermittlungsbehörden ernst genommen werden und ob mit der entsprechenden Sorgfalt ermittelt wird.
Nachdem auch Privatpersonen bedroht wurden und die Kampagne eine neue Dimension annahm, gab es eine vierzeilige Pressemeldung der Polizei, die jedoch keine Journalist_innen dazu bewog über die neue Dimension der Kampagne der Bürgerbewegung zu berichten oder gar investigativ tätig zu werden. Dabei gab es zeitgleich Berichte[3] über eine Razzia bei einem »Reichsbürger«, der sich seit fünfzehn Jahren weigerte, Steuern zu bezahlen und dem Finanzamt offensichtlich in ähnlichem Stil wie die Drohbriefe mitteilte, dass er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Vollstreckungsmaßnahmen zur Wehr setzen werde. Was diese Ankündigung bedeuten könnte, ist mit Blick auf das Gewerbe des »Reichsbürgers« leicht vorzustellen. Es handelt sich um einen »Technikhandel für Feuerwerk, Chemie und Sprengungen«.
Als eine Reaktion auf die Briefe an Moscheen und die Jüdische Gemeinde fand im Flughafen Tempelhof eine Veranstaltung mit dem Titel »Christen, Muslime und Juden gemeinsam gegen rechtsextreme Bedrohung« unter Beteiligung von Verfassungsschutz und Polizeipräsidentin, moderiert von der Mobilen Beratung »Ostkreuz« statt. Mit dem Ziel der Einrichtung eines interreligiösen Zentrums[4] auf dem Tempelhofer Feld solle ein Verein gegründet werden, der die Interessen von »Deutschen« mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit in der Öffentlichkeit vertritt. Eine einigermaßen befremdliche Aktion bei diesem Inhalt der Briefe. Eine angemessene Reaktion sollte anders aussehen, zumal es sich nun wirklich nicht um die Notwendigkeit der Vermittlung zwischen Religionen handeln kann. Für die jetzt betroffenen Personen (mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit) ist das Vorhaben sicher keine Hilfestellung, denn ihre Verunsicherung und ihre Bedrohungssituation ist nicht religiöser Art. Vielmehr macht sich seit Bekanntwerden der Morde durch den sogenannten NSU und dem bisher unaufgeklärten Mord an Burak B. am 5. April in Neukölln eine große Beunruhigung breit.
Leider gab nur der Verfassungsschutz Brandenburg am 12. April Hinweise auf einen »richtigen Umgang« mit Aktivitäten der Reichsbürger[5]. Bei der Berliner Polizei sind diese nicht überall bekannt. Auf die Frage einer Beraterin von ReachOut an den Polizisten an der Wache des Polizeiabschnitts einer von der Verteilung betroffenen Region, ob die Drohbriefe bekannt seien, ob es also weitere Funde gäbe, macht er deutlich, wie egal ihm diese Briefe und damit die Situationen der Empfänger_innen sind. »Ja gibt's. Können Sie anzeigen oder wegwerfen.« Daher empfehlen wir den Betroffenen, sich zunächst mit ReachOut in Verbindung zu setzen, damit sie sicher sein können, dass ihre Befürchtungen und ihre Anliegen ernst genommen werden. ✖

QUELLEN

- *1. www.reachoutberlin.de*
- *2. Zitiert aus dem Originalbrief.*
- *3. U.a. Berliner Zeitung vom 26.April 2010: »Reichsbürger« hortete Chemikalien.*
- *4. Ein Projekt, das schon im Übrigen seit 2009 im Gespräch ist.*
- *5. www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.286749.de*

NEU ERSCHIENEN:

BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGS-POLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN (1993 – 2011)

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE BERLIN »DokumentationsStelle«

Seit fast zwei Jahrzehnten erstellt die Antirassistischen Initiative Berlin (ARI-Dokumentation) die Chronologie, in der die brutalsten Auswirkungen der deutschen Flüchtlingspolitik auf die Betroffenen dokumentiert sind. Diese mittlerweile zweibändige Sammlung von Einzelschicksalen, beschreibt Geschehnisse, bei denen Menschen körperlich zu Schaden gekommen sind - also Todesfälle und Verletzungen. So detailliert und knapp wie möglich, so anonym oder authentisch wie notwendig.

Es begann 1994 mit einem Anruf im ARI-Büro - ein Mann war auf der Suche nach seinem Neffen, der sich auf seinem Weg in die BRD zuletzt aus Polen gemeldet hatte. Die Suche nach dem Vermißten - zunächst auf deutscher, dann auf polnischer Seite - offenbarte ein Drama, das sich am Grenzfluß Neiße ereignet hatte. 22 tamilische Flüchtlinge waren von ihren Fluchthelfern in das Wasser geführt worden, die starke Strömung hatte sie weggerissen. Neun Personen waren ertrunken. Einer der Toten war der Neffe des Mannes.

Durch diese Recherchen und deren Veröffentlichung mit dem ARD-Film »Tod in der Neiße« mußte der Bundesgrenzschutz erstmalig öffentlich zugeben, daß es wieder Tote an den deutschen Grenzen gab - diesmal an den Ostgrenzen des Landes.

Da schnell klar war, daß dies nur die Spitze eines Eisbergs sein konnte, recherchierte die Arbeitsgruppe systematisch weiter - damals noch ohne Internet. Zu den »Toten und Verletzten an den Grenzen« kamen schnell weitere Themen, wie Mißhandlungen der Flüchtlinge vor und während der Abschiebungen oder Folterungen und Verschwindenlassen nach der Abschiebung in die Herkunftsländer.

Aber auch viele der Flüchtlinge, die in der BRD um ein Bleiberecht kämpften, zerbrachen an dem komplexen System der Abschottung und Ausweisung oder am gesellschaftlichen Rassismus: Selbsttötungen und Selbstverletzungen aus Angst vor Abschiebung sind ebenfalls Teil der Dokumentation, wie auch Beispiele der direkten staatlichen Gewalt, bei denen es zu Trennungen Minderjähriger von ihren Eltern, zu Inhaftierung jugendlicher Flüchtlinge oder schlichtweg zu Mißhandlungen und unterlassener Hilfeleistung durch Betreuungs- und Bewachungspersonal kam.

... BODYCOUNT ...

Die Zahlen, die sich aus dem Gesamttext ergeben, sind das greifbare Ergebnis der Dokumentation und somit ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Sie dienen immer wieder als Beleg für die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der BRD. Jedoch sind diese Zahlen, trotz großem Engagement in der Recherche, intensiver Durchforstung der Tagespresse und der flüchtlingspolitischen Texte, deren Ergebnisse fast einhundert Ordner füllen, kritisch zu hinterfragen.

Die langjährigen Erfahrungen der Dokumentarist_innen zeigen, dass ihnen immer nur ein kleiner Teil der Geschichten bekannt wird, der dann dokumentiert werden kann. Die allermeisten gewalttätigen Geschehnisse bleiben unbekannt.

Das hat verschiedene Gründe. Wenn die Geschichten nicht veröffentlicht sind, dann ist ARI-DOK auf die Zuarbeit und Zusammenarbeit mit Organisationen und Einzelpersonen (Unterstützer_innen, Anwält_innen, Familienangehörigen) angewiesen. Dieses geschieht in sehr unterschiedlicher Qualität und Intensität.

Manchmal sind es aber auch die Flüchtlinge selbst, die aus Angst, Mißtrauen, schlechten Erfahrungen und aufgrund ihres unsicheren Aufenthaltsstatus keine weiteren Schwierigkeiten haben möchten, sodass sie ihre Informationen wieder zurückziehen.

Die auffällige Differenz der Zahlen zwischen Ost- und West-Bundesländern bezüglich rassistischer Überfälle erklärt sich auch daraus, dass es in einigen Ost-Ländern staatlich finanzierte Beratungsstellen für Opfer rassistischer Gewalt gibt bzw. gab - in Westdeutschland jedoch nicht.
Da die Angaben zu den toten und verletzten Flüchtlingen an den deutschen Grenzen, entsprechend der Informationsquellen (Bundesgrenzschutz, Bundespolizei u.a.), sich nur auf die deutsche Seite beziehen, ist die Gesamtzahl auch hier sehr viel höher.
Auch die Geschichten der nach der Abschiebung verletzten, verschwundenen oder getöteten Flüchtlinge sind - mit wenigen Ausnahmen - ausschließlich Zufallsergebnisse. Die Recherche in den Herkunftsländern ist äußerst schwierig, weil die Menschen aufgrund ihrer politischen Verfolgung untertauchen oder weiter fliehen müssen, oder weil sie in den Gefängnissen »verschwinden«. Berichte über Folter und Mißhandlungen können demzufolge auch nur von Menschen gegeben werden, die irgendwie aus den Händen der Verfolger entkommen sind und die noch die Kraft, das Geld und die Möglichkeit haben, sich in Deutschland oder bei ihren Angehörigen zu melden.
Trotz alledem hält die Dokumentation der Kritik von seiten einzelner Politiker_innen oder Journalist_innen über die Jahre hinweg stand. Sämtliche Infragestellungen und Verleumdungsversuche wurden mit schlichten Fakten widerlegt. Und dem Kommentator des Brandenburger Verfassungsschutzes, der die Inhalte der Dokumentation dafür geeignet hält, die »Gewaltbereitschaft« von »Linksextremisten« zu fördern oder »direkt hervorzurufen«, muss nicht widersprochen werden - im Gegenteil. (»Vom Text zur Tat« - 16.9.2003).
Die Arbeit mit ihren jetzt über 6000 beschriebenen Geschehnissen in zwei DIN A4-Bänden steht für sich und alle Geschichten sind belegbar. So zuverlässig, daß im Jahre 1998 die Evangelische Kirche Deutschlands ein eigenes Heft herausgab, in dem rund 60% der Einzelfälle von der ARI-Dokumentation wortgleich abgeschrieben war, ohne dass diese Quelle auch nur erwähnt wurde.
Kommentar des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages im Jahre 2004: »Unter dem Titel ›Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen‹ hat die ›Antirassistische Initiative Berlin‹ die derzeit umfassendste und aktuellste Dokumentation zur Flucht- und Migrationsproblematik erstellt.«
Doch die eigentliche Zielgruppe, für die die Dokumentation schon so lange erstellt wird, sind die Menschen, die an flüchtlingspolitischen Themen arbeiten, die die Inhalte und Ergebnisse der Dokumentation als Argumentationshilfe für ihren politischen Kampf und als Beispiele für Kampagnen, Redebeiträge, Artikel, Filme usw. nutzen.
Ein Wunsch der ARI-DOK ist es, in Arbeitsteilung gemeinsam dem Ziel aller Bestrebungen näher zu kommen, die elende Flüchtlings- und brutale Abschiebepolitik zu kippen, um die Forderung »Bleiberecht für Alle« endlich einzulösen. ✖

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *Antirassistische Initiative Berlin*
»DokumentationsStelle«
Haus Bethanien - Südflügel
Mariannenplatz 2 A
10997 Berlin
ari-berlin-dok@gmx.de - Fon 030 617 40 440 - Fax 030 617 40 101
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

DAS MITTELMEER IST KEINE MENSCHENRECHTSFREIE ZONE

MENSCHENRECHTSGERICHTSHOF VERURTEILT ITALIEN WEGEN VÖLKERRECHTSWIDRIGEM ABFANGEN VON FLÜCHTLINGSBOOTEN AUF DEM MITTELMEER

MAREI PELZER

Im Jahr 2011 verloren mehr als 2.000 Menschen ihr Leben auf dem Mittelmeer: Sie ertranken, verdursteten und verhungerten elendig bei dem Versuch, mit hochseeuntauglichen und völlig überladenen Booten die Europäische Union (EU) zu erreichen. Damit zählen sie zu den über 17.000 Menschen, die nach Schätzungen des Internetportals »Fortress Europe« seit 1988 entlang der europäischen Außengrenzen ums Leben gekommen sind, davon etwa 12.900 im Mittelmeer und im Atlantik. Es ist das Ergebnis der mörderischen Grenzpolitik der europäischen Regierungen: Die Lebensrettung von Schiffsbrüchigen wird verweigert, Kapitäne, die Schiffbrüchige aufnehmen, werden wegen »Beihilfe zur illegalen Einreise« angeklagt und vor Gericht gestellt. Die Konsequenz: Hilferufe Schiffbrüchiger werden von vorbeifahrenden Schiffen ignoriert.

TRANSITSTAATEN ALS TÜRSTEHER DER EU

Aus Libyen sind 2011 mehr als eine Million Menschen in die Nachbarstaaten (insbesondere Tunesien und Ägypten) geflohen. Nur ein äußerst kleiner Teil von ihnen hat sich auf den Weg in die EU begeben. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge hält sich weiterhin in Ländern Nordafrikas auf, etwa im tunesischen Flüchtlingslager Choucha. Das UNHCR geht von über 10.000 schutzbedürftigen Flüchtlingen aus. Über Jahre saßen diese Flüchtlinge in Libyen fest, weil sie das Gaddafi-Regime aufgrund eines Kooperationsvertrags mit Italien an einer Weiterflucht in die EU gehindert hatte. Die Gegenleistung: Fünf Milliarden Dollar als ›Kompensation für die Verbrechen Italiens während der Kolonialzeit (1911-1943)‹.

Zur »Bekämpfung der illegalen Migration« sperrte das Gaddafi-Regime die Flüchtlinge ein. Viele von ihnen wurden gefoltert und vergewaltigt. Um die Flüchtlingsboote abzufangen und zurück Richtung Libyen zu drängen, kooperierten Italien und Libyen bei Patrouillenfahrten vor der Küste Libyens. Die Flüchtlinge, die es bis nach Italien schafften, wurden in Massenabschiebungen aufgrund des Abkommens - ohne vorherige Prüfung ihrer Asylgründe - in das nordafrikanische Land gebracht.

FLÜCHTLINGE LEGEN BESCHWERDE EIN

Anders als in der Vergangenheit gelang es, die Vorfälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) zu bringen. BeschwerdeführerInnen waren der Somalier Sabir Jamaa Hirsi sowie zehn weitere somalische und 13 eritreische Flüchtlinge. Sie wurden im Mai 2009 zusammen mit 200 weiteren Flüchtlingen auf dem Mittelmeer von der italienischen Küstenwache an Bord genommen

und umgehend dem Gaddafi-Regime ausgeliefert. Hirsi und die anderen BeschwerdeführerInnen machen geltend, dass die italienische Regierung damit gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verstoßen hat: »Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden«. Weiterhin sieht er eine Verletzung des Verbots der Kollektivausweisung als gegeben an. Außerdem wurde das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf verletzt.
Am 23. Februar 2012 hat der EGMR Italien wegen umfassender Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Erstmals hat der EGMR über die Frage der Zurückweisung von Flüchtlingen auf Hoher See entschieden. Die Zurückweisung nach Libyen durch die italienische Küstenwache stellt einen Bruch der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

WEGSCHAUEN DER ANDEREN EU-STAATEN

Das Urteil kommt für zahlreiche Opfer zu spät. Mindestens einer der klagenden Flüchtlinge starb bei einem erneuten Versuch nach Europa zu gelangen. Dass sich in dem EGMR-Verfahren keine der EU-Regierungen auf die Seite Italiens stellte, ist hierbei nur ein schwacher Trost. Lautstarker Protest seitens der EU-Mitgliedsstaaten und der Kommission sowie das Einleiten eines Vertragsverletzungsverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof wären als Reaktion mehr als angemessen gewesen. Doch man ließ den damaligen italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi gewähren und bestärkte ihn noch: Im Sommer 2010 reiste die zuständige EU-Kommissarin Malmström selbst nach Tripolis, um die Verhandlungen zwischen der EU und Libyen über weitere Kooperationen im Bereich »Flucht und Migration« voranzubringen. Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes ließ man dann die Rebellen in Libyen erklären, dass sie die mit der EU bestehenden Kooperationsverträge in Fragen der Migration einzuhalten beabsichtigen. Italien und seine stillschweigenden Komplizen sind somit unverbesserliche Wiederholungstäter.

FAZIT

Das Urteil hat Konsequenzen für die europäische Grenzpolitik und die EU-Grenzagentur FRONTEX. Die Menschenrechte enden nicht an den Staatsgrenzen, deshalb müssen sie bei »vorverlagerten Grenzkontrollen«, also Kontrollen auf Hoher See, voll und ganz beachtet werden. Die bisherige Praxis ist illegal. ✖

AN DEN GRENZEN DES »ARABISCHEN FRÜHLINGS«

BEOBACHTUNGEN AUS HAMMAM LIF

INKEN BARTELS

Im Zuge der Revolten in Nordafrika im Frühjahr 2011 wurde deutlich, dass nicht nur freies Handeln oder Reisen, sondern auch (Revolutions-)Tourismus, Evakuierung und sogar Flucht aus Bürgerkriegsgebieten nur mit dem »richtigen Pass« funktionieren. Der »arabische Frühling« hat nicht nur die gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Region durcheinander gewirbelt, auch die europäische Grenzpolitik wurde - zumindest kurzfristig - in Frage gestellt.

Was bedeutet es für einen Ort wie Hammam Lif an der Küste Tunesiens und dessen Einwohner_innen, wenn sich Europa, wie im Zuge der arabischen Revolutionen vielfach kritisiert, nach außen hin weiter »abschottet«, »Grenzen dicht macht« oder diese gar »externalisiert«? Dieser Frage versuche ich mit meinen Beobachtungen, die ich in der tunesischen Kleinstadt Hammam Lif gemacht habe, nachzugehen. Im Rahmen des internationalen Vernetzungstreffens des »Réseau des Luttes« befand ich mich mit einer Gruppe von Aktivist_innen[1] dort zu einem Workshop zum Thema »Migration«, der am 30. September 2011 stattfand. Unsere Gesprächspartner waren größtenteils Vertreter der »Höchsten Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, politischer Reformen und des demokratischen Übergangs« (im weiteren Text einfach: »Höchste Instanz«), welcher 160 Personen aus verschiedenen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen umfasst und mit der Aufgabe betraut ist, die Exekutive, das heißt die provisorische Regierung, zu kontrollieren, Gesetze zu erlassen, das heißt als temporäre Legislative zu wirken, und politische Reformen vorzuschlagen (Mabrouk 2011: 15). Ihre Aussagen über die politische und soziale Situation in Tunesien, die Veränderungen der Migrationsbewegungen in und aus Tunesien im Zuge der Revolution und dessen spürbare Auswirkungen in Hammam Lif bilden die Grundlage dieses Textes.[2] Dies ist eine Momentaufnahme, die zu einem anderen Zeitpunkt mit anderen Menschen ganz anders ausfallen könnte - jedoch macht sie m. E. die Situation an den südlichen EU-Außengrenzen sicht- und begreifbar.

WO DIE FESTUNG EUROPA SICHTBAR WIRD: EINDRÜCKE AUS HAMMAM LIF

Hammam Lif liegt 16km südöstlich von Tunis an der Mittelmeerküste. Sizilien ist bei gutem Wetter zu sehen. Nicht nur bei Menschen aus Tunesien war Hammam Lif als traditioneller Kurort bekannt, sondern auch bei Italiener_innen galt er als beliebter Urlaubsort und wohlhabende Libyer_innen kamen, um Urlaub zu machen, einzukaufen und sich medizinisch behandeln zu lassen.

Zählte Hammam Lif früher zu den bekannten, wohlhabenden Vororten Tunis, wie La Marsa und Sidi Bou Said, so ist der Küstenort heute vor allem von seinen industriellen Hafenanlagen geprägt. Bekannt wurde er auch als Treffpunkt tunesischer Migrant_innen, die sich - so heißt es - vom Industriehafen aus nach Europa schmuggeln lassen. Seine Strände gelten heute vor allem als günstiger Ausgangspunkt vieler kleiner Boote, die von hier aus Richtung Sizilien starten.

Hammam Lif besitzt als Ausgangspunkt der Migration nach Europa eine Tradition, die noch vor die Zeit des Regimes Ben Alis zurück geht. Aufgrund der geographischen Nähe zu Italien wüchsen die Menschen in Hammam Lif, so erzählt uns ein Vertreter der »Höchsten Instanz«, traditionell mit dem »rêve de partir«, dem »Traum aufzubrechen«, auf. Der in Hammam Lif frei zu empfangende italienische Fernsehsender RAI UNO würde ein so verlockendes Bild von Europa in die Wohnzimmer tragen, dass schon die Jüngsten davon schwärmten, nach Italien auszuwandern und reich zu werden.

Historisch gesehen, bestand immer eine große Nähe zu Italien, und damit auch zu Europa. Neben den vielen italienischen, gab es griechische und jüdische Communities. Seit Italien jedoch, wie viele europäische Länder in den 1990er Jahren damit begann, seine südlichen Grenzen systematisch abzuriegeln, die Visapflicht für Menschen aus den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten einführte und seine Küsten strenger überwachte, wurde der internationale, multikulturelle Austausch schwieriger und ein großer Teil der (internationalen) Bevölkerung zog fort. Für die Zurückbleibenden begann, wie für viele Nachbarn Europas, das Zeitalter der »illegalen Migration«.

Anfang der 1990er Jahre, als mehrere Millionen Menschen innerhalb und in Richtung Europa unterwegs waren, schlossen die neu gegründete EU und ihre Mitgliedsstaaten ihre Grenzen immer fester nach außen und »illegalisierten« die Migration nach Europa.

Als Teil dieser Abschottung entstand ein den EU-Außengrenzen vorgelagerter Sicherheitsgürtel, welcher die Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarländern erforderlich machte. Diese Vorverlagerung europäischer Migrationsabwehrmaßnahmen wird seitens der EU als »partnerschaftliche« Unterstützung bei der »Regulierung von Wanderungsbewegungen« verstanden und durch meist wenig transparente, asymmetrische Vereinbarungen mit sogenannten »sicheren Drittstaaten« umgesetzt. So hatte die EU etwa mit dem Regime Ben Alis Verträge ausgehandelt, die vorsahen, dass tunesischer Grenzschutz afrikanische Flüchtlinge von Europa fernhalte (Bedoui 2011).

Ausgeführt wird die europäische Abschottungspolitik seit 2005 außerdem durch die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen«, kurz Frontex. Mehr als jede andere Institution symbolisiert sie die Verantwortungslosigkeit und Intransparenz des europäischen Grenzregimes, in dem die Grenzen als digitalisiert, deterritorialisiert und vorverlagert erscheinen. Denn durch solche bi- und multilateral vorangetriebenen Formen der

»Exterritorialisierung« der EU-Außengrenzen können sich die europäischen Staaten der Achtung von Grundrechten entziehen, zu der sie sich für ihr eigenes Territorium durch die Ratifizierung internationaler Abkommen verpflichtet haben.

Für die Menschen südlich des Mittelmeers bedeutet Migration damit fortan nicht mehr die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, der politischen und kulturellen Öffnung oder des persönlichen Austauschs, sondern ein mörderisches Abenteuer. Dennoch lassen sich die zur Auswanderung Entschlossenen von den neu errichteten Hindernissen zum Schutz der »Festung Europa« nicht abschrecken, versichern uns die Vertreter der »Höchsten Instanz« in Hammam Lif. Die Migrant_innen seien jedoch gezwungen, längere und gefährlichere Routen zu wählen. Auch für die Menschen in Hammam Lif bedeutet das von Europa vorangetriebene Grenzregime im Mittelmeer nicht das Ende ihrer Migrationsträume und -pläne. Im Gegenteil, so beteuerte ein Vertreter der »Höchsten Instanz«, »les jeunes sont prêtes pour y aller, meme a pied« (Die jungen Leute sind bereit, dahin [nach Europa, Anm.] zu gehen, selbst zu Fuß). Ihre Motivation ist dabei so divers, wie die Gründe für Auslandsaufenthalte ihrer europäischen Nachbar_innen: sie wollen arbeiten, studieren, reisen oder einfach nur anderswo leben. Die Mehrheit unter ihnen ginge jedoch zum Arbeiten nach Europa. Dies sei ohne entsprechende Papiere zwar »illegal«, aber wegen der großen Nachfrage europäischer Firmen nach billigen Arbeitskräften nicht unrealistisch.

Aufgrund der absurden Anforderungen der Visabestimmungen sei es auf legalem Weg dagegen beinahe unmöglich nach Europa zu reisen. Um ein Visum nach Frankreich zu erhalten, so erklärt er uns weiter, müsse man eine Sozialversicherung, ein Beschäftigungsverhältnis, eine Unterkunft und Geldmittel in Höhe von 50 Euro pro Tag nachweisen können. Für »unbegleitete Frauen« sei es generell unmöglich. Dennoch arbeiteten die Menschen in Tunesien manchmal ihr ganzes Leben, um ein Visum zu bezahlen. Andere würden Beziehungen zu Tourist_innen anfangen, in der Hoffnung durch eine Heirat an einen europäischen Pass zu kommen. Das Problem dabei sei jedoch, dass sie selbst verheiratet oft jahrelang auf ihr Visa warten müssten, da die europäischen Behörden darauf bauten, dass sich die Beziehung unterdessen »von alleine erledigt«.

Das europäische Grenzregime wiederum werfe all jene, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen auf den Weg nach Europa machten, in den gleichen Korb und behandele sie wie Kriminelle. Dabei seien es erst die verstärkte Grenzkontrolle und die Unmöglichkeit auf legalem Wege nach Europa zu reisen, so sein Kollege, die zu höherer Kriminalität, mehr Menschenhandel und Schmuggelaktivitäten führten. »Activities which we learned from Italy,« (»Aktivitäten, die wir von Italien gelernt haben«) betont er.

Außerdem gäbe es immer mehr Todesfälle, da die Überfahrten schwieriger und länger würden. Seiner Meinung nach würden mehr Menschen aus Tunesien nach Europa fahren, sich ihr eigenes Bild machen und sich entscheiden, ggf. auch zurückzugehen, wäre es durch das europäische Grenzregime nicht so schwierig, risikoreich, kostenintensiv, überhaupt nach Europa zu gelangen. Zwölf Prozent der Menschen kommen laut *Le Monde Diplomatique* auf der Überfahrt von Tunesien und Libyen nach Europa um (Gatti 2010). Da die Migrant_innen große Risiken eingehen müssten, lohne es sich für sie nicht, – einmal in Europa angekommen – sich gegen ein Bleiben zu entscheiden. Nüchtern fasst er zusammen: »the stricter the politics, the more people want to go, the more die« (»Je strikter die Politik, desto mehr Menschen möchten gehen, desto mehr sterben«).

ALS DIE REVOLUTION DIE GRENZE ERSCHÜTTERT: EUROPÄISCHE REAKTIONEN AUF DEN STURZ BEN ALIS

Mit den Revolutionen in Nordafrika verlor die europäische Abschottungs- und Externalisierungspolitik, sichtlich überrascht, für einen Moment ihre notwendigen Partner_innen auf der südlichen Seite des Mittelmeers. War zuvor die EU in Tunesien auf die Umsetzung ihrer Politik durch Ben Alis autokratisches Regime angewiesen, bedeutete dessen Sturz nicht nur, dass die von außen so zäh erscheinenden Strukturen der tunesischen Gesellschaft zu wanken begannen, sondern auch, dass das europäische Grenzregime – zumindest kurzfristig – außer Kontrolle geriet (Cuttitta et al. 2011).

Laut den Vertretern der »Höchsten Instanz« versuchte Ben Ali zunächst noch »mit der Migration zu spielen«, um die innenpolitischen Unruhen zu internationalisieren. Ernstzunehmende internationale Bedeutung erlangte die tunesische Emigration aber erst nach dem Sturz Ben Alis. Dieser förderte neue Migrationsbewegungen zu Tage, da der polizeiliche Verfolgungsdruck, der zuvor auf »illegalen Auswanderungskandidaten« lastete, mit dem Ende des Regime Ben Alis nachließ, während Armut und Freiheitsdrang in Tunesien anhalten (Hackert/Schmid 2011: 50). Laut Abdeljelil Bedoui, Präsident des »Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte« und beigeordneter Minister in der Übergangsregierung, beschlossen weiterhin viele ihr Land zu verlassen und anderswo Arbeit zu suchen, wenn auch überwiegend provisorisch. Denn seiner Meinung nach blickt die junge, arme Bevölkerungsmehrheit in Tunesien trotz der politischen Umbrüche weiterhin in eine ungewisse Zukunft. So auch in Hammam Lif, wo es vor allem Tunesier_innen sind, die einen Zwischenstopp einlegen, die Weiterreise planen oder auf den günstigen Moment warten, nach Europa aufzubrechen. Transmigrant_innen aus südlicheren Regionen und anderen Ländern dagegen nahmen bislang eher Routen über Libyen.

Als zwischen Februar und Juli 2011 insgesamt 20.000 bis 35.000 jungen Tunesier_innen die Überfahrt nach Lampedusa gelang, löste dies innerhalb der EU einen zuvor unvorstellbaren Konflikt zwischen den Mitgliedsstaaten aus. Um diesem »Exodus biblischen Ausmaßes«, so Italiens Innenminister Maroni, beizukommen, versuchte Italien kurzzeitig das Dublin-II-Regelwerk zu umgehen, um seiner Zuständigkeit für die Asylverfahren, der zuerst in Lampedusa an europäisches Land gegangenen Tunesier nicht nachzukommen, indem es ihnen Visa zur Weiterreise in die EU ausstellte. Da die meisten Tunesier_innen diese zur Weiterfahrt nach Frankreich nutzten, schloss Frankreich kurzfristig seine Grenze zu Italien (Dietrich 2011). Auch die dänische Regierung sorgte mit Forderungen nach Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen für innereuropäischen Zwist, der durch die Infragestellung einer zentralen europäischen Errungenschaft, dem Wegfall der Binnengrenzen durch das Schengener Abkommen 1985, besonders brisant wurde (Edding 2011).

Die EU Kommission selbst reagierte auf die post-revolutionären Migrant_innen aus Nordafrika primär mit wohl bekannten Abschottungsparolen und ließ keine schnelle, umfassende Antwort erkennen[3]. An den Außengrenzen reagierte die EU nach kurzer Verunsicherung mit verstärkten Kontrollmaßnahmen, indem es auf dem EU-Gipfel Ende Juni 2011 die Ausweitung der FRONTEX Operation »Hermes« vor Tunesien beschloss, um die Lücke, die durch den Sturz Ben Alis im Kontrollsystem entstanden war, zu schließen.

Gleichzeitig versuchte Italien, bilateral mit der tunesischen Übergangsregierung zu verhandeln. Nachdem sich diese zunächst gegen die Entsendung italienischer Patrouillenschiffe in tunesische Gewässer wehrte, geriet sie aber wegen der mangelnden Grenzkontrolle international unter Druck. Im April 2011 lenkte sie schließlich ein und erhielt 100 Millionen Euro, vier Küstenschiffe und Fahrzeuge zur Grenzkontrolle aus Italien, sowie die Aussicht auf 150 Millionen Euro Wiederaufbaukredite. Da sich die tunesische Übergangsregierung ansonsten aber weigerte, weiterhin die »Rolle des Gendarmen« für den europäischen Grenzschutz zu spielen, blieb es das einzige migrationspolitische Abkommen, das sie unterzeichnete (Mabrouk 2011).

Sowohl die italienische wie auch gesamteuropäische Reaktion auf die verstärkten tunesischen Migrationsversuche unmittelbar nach der Revolution, widersprechen der europäischen Politik in Bezug auf die arabischen Revolutionen. Während in manchen Ländern die Zivilbevölkerung u.a. mit Bomben geschützt werden soll, weigert sich die EU, die Flüchtlinge aus Ländern dieser Region aufzunehmen.[4] Diese werden vielmehr als »feindliche Heere« betrachtet, die es mit militärischen Mitteln zurückzuschlagen gilt. Gelang es den tunesischen Migrant_innen unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis zwar kurzfristig durch die Löcher im europäischen Grenzregime zu schlüpfen, so wurden diese nach einem Moment der Hilflosigkeit seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten eiligst und um so fester wieder verschlossen. Anstelle einer solidarischen Haltung gegenüber der tunesischen Bevölkerung nach der Revolution begegnete die EU den Flüchtlingen mit Rassismus und Aggression, beklagt Bedoui (2011). In der Konsequenz sind seit Jahresbeginn mindestens 1500 Menschen beim Versuch das Mittelmeer zu überqueren ertrunken; allein im April wurden 58 Leichen an die Küsten Tunesiens gespült.[5]

Hammam Lif ist ein Ort, an dem die Grenzen dieser Festung sichtbar und die aktuellen Kontrollpraktiken des europäischen Grenzregimes (be)greifbar werden. Denn trotz allem Gerede von Globalisierung und einer zunehmend vernetzten virtuellen Welt, bleibt der Zutritt zum »global village« in materieller Hinsicht exklusiv den Menschen mit dem entsprechenden Pass vorbehalten.

Die zunehmende Kontrolle der europäischen Außengrenzen in Folge der post-revolutionären Migrationsbewegungen wird Migration nach Europa nicht aufhalten, sie wird nur mehr Opfer fordern. ✖

ZUR AUTORIN

Inken Bartels ist Politikwissenschaftlerin und verbrachte den Herbst 2011 in Tunesien und Ägypten.

FUSSNOTEN:

- *1. Siehe http://international.r02.org/.*
- *2. Ich möchte mich daher an dieser Stelle für ihre Auskünfte und Kooperation bedanken, ohne sie wäre dieser Text nicht möglich. Zu ihrem eigenen Schutz werden sie nicht namentlich erwähnt.*
- *3. So z.B. in ihrem Strategiepapier »On Migration« vom 4.Mai 2011.*
- *4. Daniel Williams, Human Rights Watch in der Washington Times, 15. Juni.2011, zit. in: Edding 2011: 32.*
- *5. Siehe http://fortresseurope.blogspot.com/2011/05/mai-cosi-tanti-1510-morti-in-5-mesi-nel.html.*

LITERATUR

- *Bedoui, Abdeljelil (2011): Wir gewähren 200.000 Menschen Asyl, in: bordermonitoring.eu (Hrsg.): Tunesien: Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011, München, Seite 19-20.*
- *Cuttitta, Paolo et al. (2011): Die Grenze demokratisieren! in: Kritische Justiz, Heft 3, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, September 2011.*
- *Dietrich, Helmut (2011): Politische Niederlagen - aber der Widerstand wächst. Mit der Verjagung Ben Alis hat die Revolution nicht geendet, in: bordermonitoring.eu (Hrsg.): Tunesien: Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011, München, Seite 10 - 14.*
- *Edding, Miriam (2011): Die Grenzen Europas. Die Reaktion der Europäischen Union auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika, in: bordermonitoring.eu (Hrsg.): Tunesien: Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011, München, Seite 29 - 32.*
- *Gatti, Fabrizio (2010): Gekürztes Kapitel aus »Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa«, in: Le Monde diplomatique, Berlin, Januar 2011, URL: www.monde-diplomatique.de/pm/2010/01/15.mondeText1.artikel,a0041.idx,13#anfang (22.11.2011).*
- *Hackert, Michel/Schmid, Helmut (2011): Schnegen außer Kraft gesetzt. Tunesische Migration in Paris und Marseille, in: bordermonitoring.eu (Hrsg.): Tunesien: Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011, München, Seite 50 - 52.*
- *Mabrouk, Mehdi (2011): Für eine Kooperation der Zivilgesellschaften beider Ufer des Mittelmeers! in: bordermonitoring.eu (Hrsg.): Tunesien: Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011, München, Seite 15 - 17.*

BOATS 4 PEOPLE

EINE TRANSNATIONALE PROTESTTOUR ZU WASSER UND AN LAND

CHRISTIAN JAKOB

Eine Paddeltour von fast 3.000 Kilometern hat er sich vorgenommen: Georges Alexandre, 43, Franko-Kanadier und Aktivist. In einem gelben Kajak ist er seit dem letzten Herbst zwischen Tunesien, Lampedusa und Malta umher gepaddelt, nun will er von Valletta / Malta zum europäischen Festland übersetzen. Seine Mammuttour bis in die Grachten der EU-Hauptstadt Brüssel soll im September enden. Alexandre will dagegen protestieren, dass noch immer Menschen vor der Südflanke Europas ertrinken, weil es die EU unmöglich gemacht hat, legal hierher zu kommen.

Zuletzt hatte am 25. Mai 2012 der in Italien lebende somalische Journalist Aden Sabrie einen Notruf erhalten. Über 100 Menschen ohne Papiere waren in Libyen in See gestochen. Sie hatten zwar ein funktionsfähiges Satellitentelefon, ihre Schlauchboote hingegen waren alt und marode, sie gerieten in Seenot. Sabrie alarmierte die italienische Küstenwache, die ihre libyschen Kollegen informierte. Nach wenigen Stunden entdeckten zwei Frachter die Schiffbrüchigen. Für viele war dies zu spät: Rund 30 Menschen sollen zuvor ertrunken sein, ein Schlauchboot soll schon wenige Stunden nach Abfahrt wasserdurchlässig geworden und Menschen ins Meer gestürzt sein, berichteten Überlebende. Die Überlebenden hatten Glück: Immer wieder werden schiffbrüchige Boote mit Papierlosen nämlich sich selbst überlassen.

Allein in den ersten Monaten dieses Jahres sollen nach Zählung des italienischen Dokumentations-Blogs »Fortress Europe« weit über 100 Papierlose im zentralen Mittelmeer ertrunken sein. Seit die libysche Übergangsregierung auf Drängen der EU wieder die Küsten dicht gemacht hat, ist die lebensgefährliche Überfahrt nur noch im Verborgenen möglich. Flüchtlinge müssen so auf zweifelhaftes Material zurückgreifen, um in See zu stechen. Die Libyer sind – ebenso wie das Vorgänger-Regime Gaddafis – willige Helfer der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Am 29. Mai 2012 berichtete die libysche Tageszeitung, dass die libyschen Behörden in den vier Tagen zuvor 439 Migrant_innen davon abgehalten hätten, auf Schiffen nach Europa zu starten. Außerdem seien 350 Migrant_jnnen aus dem Tschad, aus Pakistan und Bangladesh in Südlibyen nach illegalem Grenzübertritt festgenommen worden. Ende März d. J. etwa wandte sich Mustafa Joha, der Kommandant der Marinebasis von Tripolis, über den Sender Al-Jazeera an die EU. Seine Männer täten alles, um »Illegale« zu verhaften, doch die Küste sei zu lang, die Ressourcen seien zu knapp. »Kommen Sie zu uns«, appellierte er an Europa. Die EU sei herzlich eingeladen, sich in den libyschen Hoheitsgewässern an der Jagd auf Papierlose zu beteiligen. Wer aufgegriffen wird, wird zurückgeschoben nach Nordafrika, wo noch immer tausende Flüchtlinge des Libyen-Kriegs in Wüstenlagern festsitzen.

Klar ist: Viele Menschen werden weiter versuchen, dorthin zu gelangen, wo sie sich ein besseres Leben erhoffen, wo ihre Verwandten leben, wo sie sich ihre Zukunft erträumen. Und ebenso klar ist: Je weiter die EU und ihre Partner die Grenzen aufrüsten, desto mehr Menschen werden diesen Versuch mit dem Leben bezahlen.

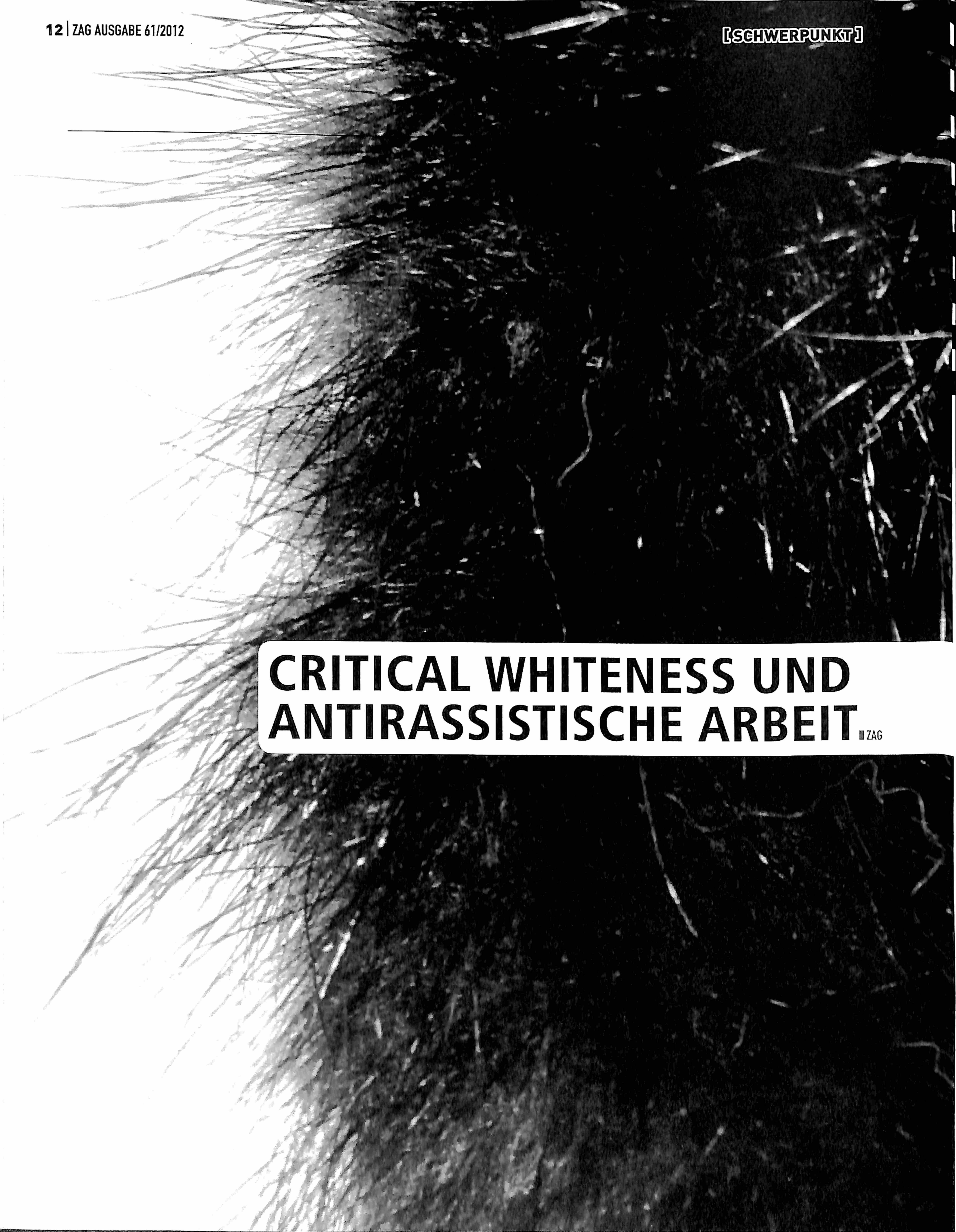
Hiergegen richtet sich ein Projekt, ähnlich jenem des kanadischen Langstrecken-Paddlers Alexandre: »Boats 4 People«, ein internationales Bündnis von Organisationen aus dem Mittelmeerraum, Afrika und Europa, will ab Juli d. J. den Widerstand gegen das EU-Grenzregime in die zentrale Mittelmeer-Region tragen. Mit einem Schiff und auf Fähren, zu Wasser und an Land, auf Sizilien und in Tunesien wollen die Aktivisten in einer transnationalen Protesttour ziehen. Ursprünglich sollte B4P, dass 2011 im italienischen Cecina gegründet wurde, schon im vergangenen Jahr in See stechen. Das Konzept ähnelt jenem von »Bürger beobachten die Polizei« – im Visier soll jedoch die Praxis von Frontex stehen.

Flankierend sind – in der Tradition der NoBorder-Camps – kleinere und größere Aktionen, in Häfen, Innenstädten und vor Flüchtlingsknästen auf beiden Seiten des Mittelmeers geplant. B4P fordert Bewegungsfreiheit für alle und ein Ende der gewaltsamen Kontrollen an den Seegrenzen der EU. Die Regierungen Afrikas fordert B4P auf, mit der Vergangenheit zu brechen und keine Rückübernahmeabkommen mit europäischen Ländern zu unterzeichnen, die zur Verletzung der Menschenrechte von Migrant_innen führen. Auch gegen die Kriminalisierung jener, die Migrant_innen aus Seenot retten, richten sich die Proteste.

Die Aktionen beginnen Anfang Juli mit einem antirassistischen Treffen im italienischen Cecina und ziehen dann von Palermo, Tunis und Monastir bis auf die italienische Insel Lampedusa. ✖

WEITERE INFOMATIONEN:

✖ *www.boats4people.org*



CRITICAL WHITENESS UND ANTIRASSISTISCHE ARBEIT

ZAG

SCHWERPUNKT

Critical Whiteness ist ein Thema, das in der antirassistischen Szene seit Jahren immer wieder kontrovers diskutiert wird. Auch in den Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften haben sich Ansätze, die eine kritische Perspektive auf »Weißsein« einnehmen, zunehmend etabliert – etwa in Form von Postcolonial Studies oder kritischer Weißseinsforschung. Uns gefällt an dem Ansatz der analytische Blick auf die rassistische Normalität aus der Mitte der Gesellschaft. Denn wir verstehen Rassismus als strukturelles Phänomen. Hinzu kam, dass in unserer Zeitschrift seit einigen Ausgaben in der Rubrik »Debatte« ein Austausch über Critical Whiteness stattfand. (ZAG 57,58,59) Und so haben wir uns entschieden, diesen Schwerpunkt zu machen.

Unser Selbstverständnis als Redaktionskollektiv sieht vor, Anderen ein Forum zu geben, um über ihre praktische und wissenschaftliche Arbeit zu berichten. Dabei verstehen wir uns oft als »Übersetzer_innen«, die die Expert_innen stets ermahnen, einen allzu universitären Duktus zu vermeiden. Wir verstehen uns also selbst nicht als Expertinnen und Experten der jeweiligen Schwerpunkte. Das Konzept ging bei dem Thema Critical Whiteness nicht ganz auf. Als »weiße« Redaktion wurde uns deutlich, dass es dieses Mal wichtig ist, unsere gesellschaftliche Positionierung und unser Verständnis von antirassistischer Arbeit zu klären. Wir sind rassistisch privilegiert, obwohl einige von uns einen migrantischen Hintergrund haben und einige aus der Arbeiterklasse kommen. Unsere Sichtweise auf Rassismus und rassistische Diskurse ist stark von »weißen« sozialwissenschaftlichen Perspektiven geprägt. Rassismus ist in unserer Lesart ein strukturelles Phänomen kapitalistischer Gesellschaften – ebenso wie Sexismus und andere Unterdrückungs- und Dominanzverhältnisse. Wir sind Teil dieser Verhältnisse, wir sind von ihnen geprägt und agieren in diesen Strukturen. Wir versuchen, die bestehenden Handlungsspielräume zu nutzen, um die Strukturen zu analysieren und zu bekämpfen. Dabei ist es uns wichtig, dass wir uns nicht als Anwält_innen oder Fürsprecher_innen im Namen von rassistisch unterdrückten Menschen sehen, sondern eine eigene Motivation haben, uns gegen Rassismus zu wenden. Denn rassistische Verhältnisse stellen Anrufungen und Zuschreibungen an die rassistisch Privilegierten dar, den Normen der Herrschaft zu entsprechen (Balibar und Wallerstein 1990). Die Vereinnahmung als »Weiße« oder als »Deutsche« in einem kapitalistischen Staat ist für uns Motivation zu antirassistischer Arbeit. Wir haben also eine eigene gesellschaftskritische Motivation, die nichts zu tun hat mit jenseits eines paternalistischen »white mans burden«.

Das bedeutet aber nicht, dass wir uns als »Opfer« von Rassismus sehen oder dass wir daraus ableiten würden, selbst nicht Teil der rassistischen Strukturen zu sein. In der Auseinandersetzung mit Critical Whiteness ist uns ebenso klar geworden, dass wir aus dieser Perspektive vor allem als Teil der rassistischen Strukturen wahrgenommen werden. Das ist schwer zu akzeptieren. In unserer antirassistischen und sonstigen politischen und wissenschaftlichen Arbeit analysieren wir gesellschaftliche Strukturen und Bevölkerungsgruppen differenziert und suchen die Geschichte neben der »single story« (Mai Zeidani in diesem Heft), die andere Geschichte, die vielfältigen Perspektiven jenseits von Stereotypen.

Vor dem Hintergrund dieser Bemühung empfinden wir immer wieder Unbehagen beim Lesen einzelner Texte. Insbesondere die häufig sehr homogene Konstruktion von »den Weißen« und unseren Privilegien irritieren uns. Wir müssen uns mit der Struktur identifizieren, die wir seit vielen Jahren in verschiedenen Kontexten kritisieren.

Wie Mai Zeidani in diesem Heft Seite 15 schreibt: »Es ist wichtig in Erinnerung zu behalten, dass Weißsein keine Anschuldigung ist. Es ist die Verortung des Selbst innerhalb eines politischen und geschichtlichen Kontexts und sollte nicht deshalb zu irgendeiner Art von Schuldgefühl oder Bedauern führen. Die Verarbeitung des eigenen Weißseins sollte deshalb mit etwas Abstand passieren. Kritik anzunehmen, wenn man mit seinen eigenen rassistischen Gedanken und Taten konfrontiert wird, bedeutet nicht, ein Verbrechen einzuräumen, sondern gerade den Versuch, eins zu vermeiden. Dieses Verständnis seiner eigenen Positionierung sollte als Ausgangspunkt jeder Diskussion genommen werden, ob wissenschaftlich oder nicht.«

Aber der eingeforderte selbstreflexive Umgang scheint in sehr vielen Fällen nicht zu funktionieren, wie der Beitrag von Sanchita Basu und Jennifer Petzen zeigt. Und vor diesem Hintergrund wird dann wieder verständlich, warum Tamara K. Nopper den Begriff »weißer Antirassist« als Oxymoron, als Widerspruch in sich bezeichnet. Das liegt sicher zumeist an mangelnder Selbstreflexion der Privilegierten. Aber kritische Selbstreflexion wird zuweilen dadurch erschwert, dass Hinweise auf rassistische Denk- Sprech- und Handlungsweisen in der Form der Anklage eines Verbrechens getätigt werden – aus verständlichen Gründen. Eine verzwickte Situation.

Damit das nicht so bleibt ist es auch notwendig, Bündnisse einzugehen und in diesem Rahmen müssen wir rassistisch Privilegierten reflektiert auf People of Color zugehen, deren Misstrauen verstehen lernen. So ist das Othering, wie Daniel Kumitz es beschreibt, eine der Hürden in Gesprächen. Zugleich muss die antirassistische Arbeit in Deutschland berücksichtigen, dass das Konzept »Critical Whiteness« ein »falscher Freund« ist, wie Melanie Bee ausführt. Ähnlich wie »Handy« klingt »Critical Whiteness« amerikanisch – ist im Herkunftskontext aber als Begriff unüblich. Und bei der Anwendung des Konzeptes in der politischen Arbeit muss ebenfalls berücksichtigt werden, dass es in einem anderen Kontext entstand und in Deutschland immer übersetzt werden muss, um im hiesigen Kontext sinnvoll eingesetzt werden zu können. Ein Begriff, der ebenso aus dem Englischen kommt, ist Racial Profiling. Eine Praxis, die erst kürzlich in Deutschland durch das Verwaltungsgericht Koblenz legitimiert wurde. KOP kritisiert die Alltagspraxis des *Racial Profiling*, bei der die »weiße« Institution Polizei systematisch Nicht-»Weiße« kriminalisiert (in diesem Heft Seite 27). Die Arbeit der Kampagne für Opfer Rassistischer Polizeigewalt (KOP), die den Artikel beigesteuert hat ist zudem ein gutes Beispiel für gelungene Bündnisarbeit.

Eure ZAG

LITERATUR

- *Balibar, Étienne; Wallerstein, Immanuel Maurice (1990): Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg; Berlin: Argument-Verl.*
- *Nopper, Tamara K.: The White Anti-Racist Is an Oxymoron http://racetraitor.org/nopper.html*
- *Tissberger, Martina (Hg.) (2009): Weiss – Weisssein – whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus. 2. Aufl. Frankfurt, M.; Berlin, Bern, Bruxelles, New York, NY, Oxford, Wien: Lang.*



Tweet auf Deutsch in etwa: Manche Weiße zucken zusammen, wenn sie als Weiße angesprochen werden, da sie es gewöhnt sind, einfach sie selbst zu sein. Aber so viel Glück haben wir nicht alle.



DIE SCHWIERIGKEITEN DER REPRÄSENTATION

DIE GEFAHR DER EINZIGEN GESCHICHTE

MAI ZEIDANI

Im Zuge meines Studiums an der Universität bin ich auf eine Reihe von Artikeln und wissenschaftlichen Aufsätzen gestoßen, die einen Versuch unternehmen das darzustellen, was die Dritte Welt genannt wird. Ob sie nun die *andere* Welt dargestellt haben, die Menschen die in dieser *anderen* Welt leben, ihre Kultur oder die Leute, die von dieser *anderen* Welt zu ihrer Welt kamen; es war immer ein Versuch, die *Andere* zu definieren, die Erzählung einer einzelnen Geschichte über die *Andere*. Diese Definition der *Anderen* gründet in der europäischen Definition des Selbst als anders, meistens besser. In diesem Essay werde ich versuchen, die historischen Wurzeln dieser Prüfung und der Art und Weise, wie sie in den Prozessen der Kolonialisierung und Beherrschung dieser *anderen* Welt und ihrer Menschen instrumentalisiert wurde, genau zu untersuchen. Ich werde also versuchen, die Gefahr der einzigen Geschichte, wie Chimamande Adichie sie nennt, und die Macht der mehreren Geschichten herauszuarbeiten.

Aber zunächst einmal möchte ich einige Begriffe erläutern, die in diesem Text zur Anwendung kommen. Die Begriffe *Schwarz* und *Weiß* verwende ich als politische Positionierung. Obwohl sie als soziale Konstrukte aufgefasst werden, muss man ihren großen Einfluss anerkennen. Sie bezeichnen die unterschiedlichen Privilegien und Herrschaftspositionen, gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen und Zugang zu Ressourcen. Außerdem werden die Begriffe *Westliche Welt*, *Globaler Norden* und *Erste Welt* ebenso als Konstrukt mit großem Einfluss auf die soziale Welt und außerdem, wenn nicht sogar besonders, auf die Welt von Politik und Finanzen verstanden. Genau wie *»Weiß«* eine politische Macht-, Privilegien- und Herrschaftsposition ist, sind diese Begriffe ebenso Indikatoren von Macht und Herrschaft auf einer internationalen und interkontinentalen Ebene mehr noch als auf individueller oder interkultureller Ebene. Zu guter Letzt steht der Begriff *Anders*, der auch nur als soziales Konstrukt aufgefasst wird, keine anderen Werte oder Eigenschaften einschließt, aber in der Definition und Identifikation des *Selbst* und des *Wir* in der *Westlichen Welt* wirksam ist. Die *Andere* ist relativ und an ihre Stelle können je nach modischer Minderheit der jeweiligen Epoche die JüdInnen, die AfrikanerInnen, die Frauen oder die Queers gesetzt werden.

WEISSE RELIGION UND WISSENSCHAFT

Die Bewegung von Religion zur Wissenschaft während der »*Europäischen Aufklärung*« machte einen anderen Logikansatz in der Definition der *Anderen* notwendig. Die Anwendung von wissenschaftlichen Methoden in der Entwicklung der Rassetheorien ist gut bekannt. Die Biologie half dabei, die Minderwertigkeit der nicht-europäischen Menschen zu erklären, und ebenso die der JüdInnen und Roma, genauso wie die Minderwertigkeit von Frauen und Illegitimität alternativer Geschlechtskonstruktionen. Zum Beispiel wurzeln die anti-jüdischen Einstellungen in der Geschichte des Todes Christi. Diese Erklärung verwandelte sich dann zu den Rassentheorien des 19. und 20. Jahrhunderts, die die biologische Minderwertigkeit und moralische Korruption der jüdischen »Rasse« behaupten. Diese Art des Übergangs von einer christlich-theologischen Erklärung zu einer biologisch-wissenschaftlichen Erklärung rassistischer Handlungen und Abgrenzung[1] kann man an verschiedenen Beispielen sehen, wie an der Legitimierung der Massentötungen in Nord-, Mittel- und Südamerika oder ebenso in

der Unterdrückung von Frauen. Aber Biologie war nicht die einzige Wissenschaft, die zur Entschuldigung der Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung der *Anderen* genutzt wurde. Auch die Lehre der Geographie hat sich an der Reproduktion des essentialistischen Bildes des Orients oder des Exotischen mitschuldig gemacht. Aufgrund ihrer herkömmlichen Arbeitsmethoden, weiträumige Natur- und Kulturlandschaften zu beschreiben, trägt sie zur Reproduktion des essentialistischen Bildes einer *Anderen* bei. Mit dem Anstieg der Migration von POCs[2] in den europäischen Kontinent und ihrer zunehmenden Bedeutung wurde auch Soziologie zur Verbreitung essentialistischer Sichtweisen auf die *Andere* genutzt. Anstatt ein Spektrum sozialer, ökonomischer und historischer Prozesse in ihrer Analyse zu verwenden, betonten die neuen Konzepte der Beschreibung der *Anderen*, die von Hall und Balibar als kulturalistisch oder kultureller Rassismus definiert werden, die kulturellen Aspekte in der Erklärung von sozialen und politischen Phänomenen. Diese Konzepte verstehen Kultur als statisch und unveränderlich, anstelle einer Entwicklung durch die Geschichte hinweg, die konstruiert wurde und immer noch von internationalen und lokalen Bewegungen von Menschen, Gütern und Kulturen konstruiert wird. Der *Kultur*-Begriff wurde so stark reifiziert und essentialisiert, dass er zu einem Äquivalent des *Rasse*-Begriffs in Rassetheorien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde. Darüber hinaus entstammt die Konstruktion des *Westlichen* als Gegensatz zum *Östlichen* einer Weltanschauung, die die so umrissenen Gebilde als deutlich homogen fasst, was nur dann funktioniert, wenn sie als wechselseitige Widersprüche zueinander positioniert werden. Diese Sichtweise einer bipolaren Welt wird gewöhnlich von der Zuschreibung begleitet, dass der Westen frei, demokratisch, aufgeklärt und entwickelt ist, womit die *andere* Welt dann notwendig rückständig, unterentwickelt, unfortschrittlich, irrational und gewalttätig ist. Das Problem liegt darin, dass wissenschaftliche Geschichten alleine stehen, einzig sind.

DIE EINZIGE GESCHICHTE

In ihrer Rede für TED spricht Cimamanda Adichie über die Gefahr der einzigen Geschichte. Sie verdeutlicht, wie beeindruckbar und verletzlich wir gegenüber einer Geschichte sind. Wenn wir nur einer einzigen Geschichte ausgesetzt sind, wird unsere Standardposition gegenüber dem Gegenstand dieser Geschichte notwendigerweise von dieser Geschichte beeinflusst. In solchen einzigen Geschichten über die *Andere* gibt es keine Möglichkeiten, dass sie *Uns* ähnelt, keine Möglichkeit für Gefühle die komplexer sind als Mitleid, Furcht oder Ekel, »keine Möglichkeit für eine Beziehung als gleichberechtigte Menschen« (Adichie). Zum Beispiel wird man eine Erhebung über häusliche Gewalt in der türkischen Gemeinschaft Deutschlands als Beschreibung aller türkischen Familien als patriarchal und gewalttätig lesen. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung, selbst wenn sie darauf abzielt, ein Thema wichtiger sozialer Probleme und Ungleichheiten anzuschneiden, ist eine Reproduktion eines essentialistischen Bild der *Anderen*, eine Reproduktion einer einzigen Geschichte. Das Erzählen einziger Geschichten über die *Andere* als Negativ hat eine lange und respektierte Tradition in der westlichen Literatur und Geschichte: »Man zeigt eine Seite eines Volkes, und nur diese eine Seite, immer und immer wieder, und das ist dann das, was sie werden« (Adichie). Es ist unmöglich über die einzige Geschichte zu sprechen, ohne über Macht zu sprechen. Geschichten werden durch Machtprinzipien definiert. Wie sie erzählt werden, wer sie erzählt, wann sie erzählt werden, wie viele Geschichten erzählt werden, das hängt von Macht ab. »Macht ist die Fähigkeit, die Geschichte einer anderen Person nicht nur zu erzählen, sondern sie zur maßgeblichen Geschichte dieser Person zu machen« (Adichie). Adichie zeigt auch, wie eine irreleitende Geschichte aus einer Auswahl wahrer Tatsachen hergestellt werden kann. »Und das Problem mit Klischees ist nicht, dass sie unwahr sind, sondern dass sie unvollständig sind« (Adichie). Sie zitiert den palästinensischen Dichter Mourid Barghouti, »dass der einfachste Weg ein Volk zu enteignen darin besteht, seine Geschichte zu erzählen und mit ›zweitens‹ zu beginnen. Beginnt man die Geschichte der nordamerikanischen Indigenas mit den Pfeilen und nicht mit der Ankunft der Briten, erzählt man eine ganz andere Geschichte. Beginnt man die Geschichte mit dem Scheitern des afrikanischen Staates und nicht mit der Errichtung des afrikanischen Staates durch Kolonisierung, erzählt man eine völlig andere Geschichte« (Adichie). Wenn die Geschichte mit der aggressiven Reaktion der *Anderen* beginnt und nicht mit der ersten aggressiven Aktion des *weißen Wir*, dann sieht die Geschichte anders aus und nicht zufällig, sondern aufgrund gewollter Entscheidung. Durch die westliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht haben wir viele Geschichten der *weißen* Gesellschaft. So liegt der Widerspruch zur einzigen Geschichte in der vielfachen Geschichte und in der detaillierten Beschreibung der *weißen* Gesellschaft, wie sie in den Medien dargestellt wird und in diesem Fall auch in den Medien des afrikanischen Kontinents und des lateinamerikanischen. Die mehreren Geschichten der westlichen Gesellschaft werden überall dargestellt. Einen Fall von Kindesmissbrauch in einem kleinen Dorf in Süddeutschland wird man nie als Beschreibung der *weißen* Gesellschaft verstehen.

»Die Folge der einzigen Geschichte ist diese: Es beraubt die Menschen ihrer Würde. Sie erschwert es uns, unsere Gleichheit als Menschen zu erkennen« (Adichie). Deshalb ist die Lösung das, was Chinua Achebe ein Gleichgewicht der Geschichten nennt. Nicht eine Reduktion auf die bestehende Darstellung der *weißen* Gesellschaft (obwohl eine Begrenzung der Sendezeit, die sie erhält, notwendig sein könnte), sondern eher einen Anstieg von Geschichten, die POCs und ihre Geschichten darstellen. Aber wie gesagt, kommt es darauf an, wer die Geschichte erzählt. Die Geschichte der *Anderen* für sie zu erzählen, wird das Problem nicht lösen, es wird sie in der Stellung einer *Anderen* belassen. Es ist der Raum, der derjenigen bereitgestellt werden muss, die als die *Andere* wahrgenommen wird, damit sie ihre eigenen Geschichten erzählen kann.

PERSPEKTIVWECHSEL

Im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten hätte dies bedeuten können, dass der *weiße* Wissenschaftler nicht über Gesellschaften schreiben kann, in denen er nicht aufgewachsen ist. Im Licht der rassistischen Geschichte der wissenschaftlichen Welt bietet die Perspektive von *Critical Whiteness* eine etwas andere Lösung an, nicht nur die Orte zu erforschen und untersuchen, an denen die Andere ihrer Privilegien beraubt wird, und damit zu versuchen, ihre Geschichte zu erzählen, sondern sich auf seine eigenen privilegierten Stellungen in der Gesellschaft in Relation zu den Unterdrückten zu konzentrieren. Es kommt darauf an, wer spricht, aus welcher Position, worüber und über wessen Angelegenheiten und mit welchen Anreizen. *Critical whiteness* fasst Weißsein als ein soziales Konstrukt auf, und als ein unsichtbares Konzept des Selbst und seiner Identität; es ist die Erfahrung, neutral und die Norm zu sein, während Schwarzsein immer das *Andere* ist. Außerdem bedeutet es, dass Weißsein mit Kompetenz assoziiert wird. *Weiße* können jeden beraten, während Schwarze nur zur Beratung von Schwarzen ausgewählt werden. Weißsein bedeutet, dass man das eigene Eindringen übersehen kann und nicht reflektieren muss, zum Beispiel beim Stellen der berüchtigten Fragen, »woher kommst Du?« oder »warum bist Du hierhergekommen?«, ohne die doppelte Bedeutung zu erkennen, die ihnen innewohnt. So sehr es bedeutet, sich der eigenen rassistischen Praktiken nicht bewusst zu sein, bedeutet es auch sich des Schadens nicht bewusst zu sein, den sie verursachen könnten und sich vor ihrer Bedrohung sicher zu fühlen. Weißsein bedeutet, dem Problem rassistischer Diskriminierung aus dem Weg zu gehen. Wie Adichie auch herausstellt, bedeutet Weißsein in allen seinen Facetten dargestellt zu werden, dass mehrere Geschichten über einen und für einen erzählt werden. Es bedeutet überall repräsentiert zu werden und in einer heterogenen Darstellung.

Es ist wichtig in Erinnerung zu behalten, dass Weißsein keine Anschuldigung ist. Es ist die Verortung des Selbst innerhalb eines politischen und geschichtlichen Kontexts und sollte nicht zu irgendeiner Art von Schuldgefühl oder Bedauern führen. Die Verarbeitung des eigenen Weißseins sollte deshalb mit etwas Abstand passieren. Kritik anzunehmen, wenn man mit seinen eigenen rassistischen Gedanken und Taten konfrontiert wird, bedeutet nicht, ein Verbrechen einzuräumen, sondern gerade den Versuch, eins zu vermeiden. Dieses Verständnis seiner eigenen Positionierung sollte als Ausgangspunkt jeder Diskussion genommen werden, ob wissenschaftlich oder nicht. Die Politik der Verortung hat ihre Macht: seine eigene Verortung in den Machtstrukturen der rassistischen Gesellschaft zu erkennen und dingfest zu machen und ist ein wichtiger Schritt zu einer Reflektion seiner eigenen Privilegien. Es ist wichtig anzuerkennen, dass seine eigenen Privilegien und Deutungen *weiß* sind. Nichtsdestotrotz, Privilegien zu verstehen und zu reflektieren macht dieselben Privilegien nicht zunichte. Man kann sie nicht vertreiben, indem man über sie spricht. Man muss auch die Grenzen seiner eigenen Erfahrungen und Sichtweisen kennen, seine eigene Unsicherheit anerkennen und sein eigenes Unwissen eingestehen. Zu verstehen, dass die Auffassung von Dingen aus einer *weißen* Perspektive nur eine der bestehenden Sichtweisen und keine universelle ist, bedeutet das Vermeiden universeller und dominierender Analyse anzustreben. Zu guter Letzt sollte das Misstrauen Schwarzer gegenüber *Weißen* akzeptiert und respektiert werden. Die Geschichte lehrt uns viele Dinge, und diese Lehren im Namen des Humanismus, der schon oft in der Vergangenheit gescheitert ist, zu ignorieren, wäre tollkühn. ✖

ZUR AUTORIN

May Zeidani ist Sprecherin der »Plataforma der MigrantInnen und Flüchtlinge« Berlin. " Aus dem Englischen übersetzt von Daniel Kumitz."

LITERATUR

- ✖ *Bauridl, Sybille (2007): Der >Orient< als Raumkonstruktion der Geographie. In: Iman Attia (Hg.): Orient- und IslamBilder. UNRAST-Verlag. Münster.*
- ✖ *Gates, Henry Louis, Jr. (1985): Editor's Introduction: Writing »Race« and the Difference It Makes. Critical Inquiry, Vol. 12, No. 1, »Race«, Writing, and Difference (Autumn, 1985), pp. 1 -20. The University of Chicago Press. Chicago*
- ✖ *Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft: Jenseits des Herder'schen Commonsense. pp. 57-80 In Frank Kalter (Hg.): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 48/2008*
- ✖ *Lück, Mitja Sabine (2011): Critical Whiteness – die kritische Reflexion weißer Privilegien als Chance für transkulturelle Teams im Frauenhauskontext (Ohne Seitenangaben: www.frauenhaus-hannover.org/resources/Critical+whiteness+MitjaSabineLueck.pdf)*
- ✖ *Eggers/ Kilomba/ Piesche/Arndt (Hg.) (2005): Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. UNRAST-Verlag. Münster.*
- ✖ *Shooman, Yasemin (2010): Was ist Antimuslimischer Rassismus? [di.wán] Heft 10/Dezember 2010. Diwan. Berlin. http://diwan-berlin.de/zeitschrift/?p=819*
- ✖ *Chimamande Adichie (2009): The Danger of the Single Story. Recorded at TEDGlobal, July 2009, Oxford, UK. http://blog.ted.com/2009/10/07/the_danger_of_a/ (deutsch »Die Gefahr der einzigen Geschichte« auf: http://dotsub.com/view/63ef5d28-6607-4fec-b906-aaae6cff7dbe*

FUSSNOTEN

- ✖ *1. Othering (im Original) ist als Fachausdruck in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Debatte mittlerweile gesetzt; der Ausdruck »Abgrenzung« trifft es aber in diesem Kontext ausreichend.*
- ✖ *2. People of Color*



DER HERKUNFTSDIALOG

WIE WEISSE IN FREUNDLICHER ABSICHT OTHERING BETREIBEN. KRITIK UND ALTERNATIVE

DANIEL KUMITZ

Der Herkunftsdialog findet tagtäglich statt. Für Weiße[1] ist er unauffällig, nichts Besonderes, wird nicht wahrgenommen. Für MigrantInnen, POCs und Schwarze ist er unangenehm, oft verletzend. Ein Herkunftsdialog geht zum Beispiel so:

Hey Du, wer bist denn Du, ich bin Jan. – Hallo Jan, ich bin Selma. – Oh, Selma, kommst Du aus Schweden? – Wieso Schweden? – Na Selma Lagerlöf. – Nee, ich komm aus Castrop-Rauxel. Wer ist denn Selma Lagerlöf? – Im Ruhrgebiet??? – Gibt's denn noch nen anderes Castrop-Rauxel? – Ja, aber Du heißt doch Selma...

Oder so:

Sag mal Du, was ich noch sagen wollte, Du kannst aber super gut Deutsch. – Ich bin ja auch Deutsch. – Ach so? Ich dachte wegen, na Du weißt schon. – Du meinst meine Hautfarbe? – Nee, so meinte ich das nicht. Aber wo kommst Du denn her? – Aus München. – Ah ja klar, Du sagtest ja, dass Du deutsch bist. Aber Deine Eltern? – Aus Erlangen und Bonn. – Ach so? Aber die Eltern Deines Vaters... – Die kommen aus Schlesien. – Krass. Und mütterlicherseits? – Aus Indien. – Ah, wusst ich's doch. – Also nu, diese Ausfragerei, bist Du Genealogin? – Nee, wieso? Und erzähl doch mal, wie ist denn das in Indien?

Oder so:

Du hast tolle Augen. – Danke. – Die sind so schön südländisch. Kommst Du vom Mittelmeer? – Entschuldige mal, was soll denn das? – Oh, sorry, ich mein das positiv. Schau mich an, meine Eltern kommen beide aus Berlin, so monokulturell, so einseitig. So kleiner Horizont. Aber Du, Du hast zwei Kulturen, ich bin einfach nur neidisch.

Solche und andere Beispiele sind wie Sand am Meer dokumentiert[2], seitdem der soziologische Begriff »Herkunftsdialog« in Deutschland in Anschluss an Santina Battaglia (2000) durch Mark Terkessidis (2004) und Elisabeth Beck-Gernsheim (2004) popularisiert wurde. Sie problematisieren die Unentkommbarkeit dieser Dialoge – der/die Fragende hat bereits entschieden, dass der/die Befragte anders ist, und im Gespräch muss das jetzt bewiesen werden. Das Gewaltsame dieser Dialoge ist ein zweites Problem – der/dem Fragenden wird nicht die Chance eingeräumt, sich selbst zu repräsentieren, sondern er/sie wird anhand vorgefertigter Kategorien einsortiert. In solchen Gesprächen wird die Grenzlinie um Uns herumgezogen, wo die Befragten dann unverkennbar im Außen positioniert werden. Die Fragenden meinen das oft gut und heißen die Anderen willkommen, dadurch werden diese aber überhaupt erst zu den Anderen. Sie äußern aufrichtiges Interesse, markieren durch die selektive Aufmerksamkeit aber eine Grenze. Denn andere Weiße werden anders ausgefragt. Folkloristische Differenzen zwischen Schwaben und Baden zum Beispiel anekdotisch und nicht in gestufter Wertigkeit kodiert. Entscheidender ist: Man kommt vielleicht irgendwann mal auf die Frage regionaler Herkunft, es geht aber auch ohne. MigrantInnen, POCs und Schwarze machen aber die Erfahrung, dass es nie ohne geht, dass die Frage immer auf den Tisch kommt und fast immer im Anfangsstadium des Kennenlernens.

Beck-Gernsheim bringt das auf die Problematik eines mononationalen Blicks und methodischen Nationalismus, was soziologisch auch korrekt ist, denn wir sortieren Menschen unter anderem mit einer Brille, die Nationalität abfragt. Sie kritisiert also die Denk- und Sichtweisen der Weißen selbst, was wichtig ist, womit aber auch die Schwere des Problems wieder zurücktritt. Terkessidis setzt sich davon mit erfreulicher Konsequenz ab und verbucht den Herkunftsdialog klar als Rassismus. Anhand des Aussehens, des Namens oder eines Sprachakzentes wird das Gegenüber alterisiert, aus der Gesprächspartnerin wird die Andere, von phänotypischen Merkmalen wird auf Herkunft, Kultur und Identität geschlossen.



So weit so gut und mittlerweile recht weit bekannt. Es löst aber das Problem noch nicht.

Denn linke und weltoffene Weiße, die großen Respekt vor Anderen haben, sind mit der soeben formulierten Erkenntnis meiner Erfahrung nach in der Regel überfordert. Bestand die Faustregel des Multikulturalismus darin, Differenz positiv zu bewerten und Toleranz und Vielfalt zu predigen, so ist die Reaktion jetzt folgerichtig oft ein Protest gegen Nivellierung, zum Beispiel so: Soll ich denn ignorieren, dass Menschen anders aussehen, aus verschiedenen Erdteilen kommen, und so tun, als ob alle gleich sind?

Ja. Genau das sollten wir tun.

Wir sollten so tun, als ob Alle gleich sind. Denn: Wir sind alle Menschen. Damit sind wir gleich.

Was wir nicht tun sollten, ist: So zu tun als ob alle dasselbe machen und wollen[3]. Menschen tun und wollen unterschiedliche Dinge auf unterschiedliche Arten und Weisen. Und das ist das Entscheidende. Das gilt es praktisch zu akzeptieren und zu respektieren. Nur: Was mein Gegenüber tut und macht, das kann ich nicht aus irgendeiner Kategorie ableiten. Dazu muss ich schon zuhören oder zusammenarbeiten. Auf diese Weise wird Differenz produktiv und bereichernd, ohne dass eine Seite immer als Dienstleisterin für die Horizonterweiterung der anderen herhalten muss (mal ganz davon abgesehen, dass überraschende Horizonte oft da entstehen, wo man zunächst gar keine Differenz markiert hat). Vor allem wird Differenz damit auch: politisch. Wie wollen wir unsere Gesellschaft und unsere Welt, unser Miteinander gestalten? Denn darum geht es. Nicht um Fantasien, wie schön abwechslungsreich die Anderen sind. ✖

ZUM AUTOR

Daniel ist Soziologe und lebt zurzeit in Sambia. Er ist ein Mensch und macht vor allem Folgendes: Redaktionsarbeit in der PERIPHERIE, bis 2010 Lehre an Berliner Unis, promovieren zu Nationalismus und Sozialstaat, politische Basisarbeit und Vaterschaft.

LITERATUR

- ✖ *Battaglia, Santina (2000): Verhandeln über Identität. Kommunikativer Alltag von Menschen mit bi-nationaler Abstammung. In: Frieben-Blum, Ellen; Jacobs, Claudia; Wießmeier, Brigitte (Hg.): Wer ist fremd? Ethnische Herkunft, Familie und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 183-202.*
- ✖ *Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten. Frankfurt: Suhrkamp.*
- ✖ *Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript.*

FUSSNOTEN

- ✖ *1. Weiß und Schwarz als soziale Konstrukte betrachte ich grammatikalisch als Eigennamen und schreibe sie deshalb groß.*
- ✖ *2. Zum Beispiel: http://alishamasala.wordpress.com/2009/05/28/wo-ich-herkomme oder www.migration-online.de/beitrag._aWQ9ODEzNA_.html*
- ✖ *3. Man ist versucht, hinzuzufügen: Und erfahren haben. Das ist aber etwas, was dem Handeln und Wollen zugrundeliegt und durch Entscheidungen der Einzelnen vermittelt ist. Es wird immer wieder versucht, Gruppenzuschreibungen über angeblich homogene Erfahrungen (z.B. durch die Geschichte eines Landes) zu rechtfertigen. Aber selbst bei gleichen Erfahrungen macht nicht jedeR dasselbe daraus. Erfahrungen lassen sich daher nicht herleiten oder vermuten – und auch nicht beobachten. Sie lassen sich erzählen und werden damit zu einem Teil des Handelns. Jemand hat die Erfahrung biographisch bearbeitet und kommuniziert sie jetzt.*



WHITE AND RIGHT?

DIE VERBINDUNG BLEIBT

DR. JENNIFER PETZEN & SANCHITA BASU, MITAKTIVISTINNEN DES BÜNDNIS GEGEN RASSISMUS

Wir schreiben den Artikel zu zweit: Jennifer Petzen, eine weiße Migrantin, die auch andere Minderheitsattribute inne hat und Sanchita Basu, durch ihre Migrationsgeschichte ebenfalls im Besitz einer Multiidentität. Wir schreiben über unsere Erfahrungen, unsere Analysen und unsere Hoffnungen.

SANCHITA BASU

Mein Part besteht in etwa darin, einen archäologischen Abriss zu geben. Es gibt in vielen europäischen Ländern die Pflicht, wenn beispielsweise eine Autobahn oder dergleichen gebaut wird, im Vorfeld eine archäologische Untersuchung durchzuführen. Ich betreibe die geschichtliche Erforschung unter Anderem in der Frauenbewegung in Deutschland.

Wie war es während der zweiten Frauenbewegung? Was für eine Rolle hatten die »Frauen aus der Dritten Welt«, »die Migrantinnen«, »die Ausländerinnen« – die Selbstbezeichnung Women of Color war noch nicht geboren – in Deutschland? Die Frauenbewegung wurde als eine Bewegung der deutschen Frauen verstanden, wohlgemerkt deutsch ist dabei gleichgesetzt mit weiß. Ich habe den Versuch unternommen, die Bewegung zu verorten, indem ich sie nicht als deutsche Frauenbewegung, sondern als Frauenbewegung in Deutschland tituliere. In vielen antirassistischen Gruppen werden einige von uns als Demagoginnen, Provokateurinnen oder Störenfriede wahrgenommen. Wir haben auch tatsächlich die friedlichen Nischen der bewegten Frauen gestört, wir haben ihre Ziele, ihre Forderungen in Frage gestellt. Während des Krieges gegen den Irak haben die weißen bewegten Studentinnen und Professorinnen der Technischen Universität gegen den »Männer- Krieg« protestiert. Meine Nachfrage, ob ein Krieg in einer weiblichen Form den Krieg gegen den Irak legitimieren würde, löste eine Lawine aus. Ein feministisches Bildungsprojekt, gegründet von überwiegend attributierenden Frauen, ging an dieser und ähnlichen Fragen, die wir stellten, zu Grunde[1].

In einer von Hochschullehrerinnen organisierten Veranstaltung referierte eine der Professorinnen mit dem einleitenden Satz, dass männliche Wissenschaft nur Müll produzieren würde. Dies gab mir (auch als Referentin eingeladen) die Möglichkeit, weißer Wissenschaft einen Namen zu geben. Jedoch war mir damals noch nicht bewusst, dass mir dieses Privileg nicht zustand, bis eine andere Hochschullehrerin aus ihrem Sitz sprang und beabsichtigte, mich wegen Beleidigung zu züchtigen. Jene Erfahrung lehrte mich, dass ein Vergleich von Rassismus und Sexismus nicht berechtigt ist! Allein wegen körperlicher Unversehrtheit.

Die weiß bewegten Frauen trugen eine Bürde, die ich mit einer Anekdote zu erklären versuche: In einem Frauenseminar wurde im Rahmen der Interkulturalität über den Brauch der genitalen Verstümmelung von Frauen in der »Dritte-Welt« diskutiert. Was ist ihre Verantwortung, wie geht die deutsche Frauenbewegung damit um? Ich habe in dem Seminar mit einer Kollegin eine teilnehmende Beobachtung durchgeführt. Meine Kollegin behauptete, dass Hunger in diesen Ländern ein viel größeres Problem darstellt als z.B. die Klitorisbeschneidung und gefragt, was sie dagegen zu tun gedenken? Ihr wurde geantwortet, dass sie Hunger nicht so nachempfinden könnten, sich jedoch als Frau in der Verantwortung sehen den Opfern zu helfen: »White Woman's Burden«.

Ein bezeichnender Faktor damaliger Bewegung war, trotz der langen Identitätslitanei: Ich als weiße, deutsche, homo/hetero, christlich sozialisierte..., dass Weißsein in der Frauenbewegung oder auch sonst in anderen gesellschaftlichen Bewegungen kaum ein Thema war. Vielmehr gab es den Wunsch nach einer Identität, die als linke, als antirassistische (Rechtsextremismus hatte die heutige Popularität noch nicht errungen), als antifaschistische honoriert werden sollte. Nun konnten sie ja selbst aussuchen, welcher Identitäshut wann angebracht ist.

Wir, die am Rand der Bewegung standen, sich aber weigerten als Peripherie bezeichnet zu werden, weil das Zentrum kein Eigentum der Weißen sein sollte, und sich nicht ignorieren ließen, haben mit unserer gratis erworbenen Multiidentität auch noch die Verantwortung, ihnen gerecht zu werden. Eine Frau aus Kolumbien muss über die Drogenkriminalität und deren Auswirkung auf kolumbianische Frauen referieren können und sollen, ihr wird jedoch die Expertise über Frauenquoten in Deutschland zu sprechen entzogen.



Und wie ist es heute in gemischten Gruppen? Ein Wechsel von anthropologischer Archäologie zur Soziologie: z.B. gibt es gar keine Weißen unter marginalisierten Menschen. Einige weiße Homosexuelle lehnen es ab als solche bezeichnet zu werden. »Das ist Apartheid«. Ich bezeichne die Kritik, die an mich gerichtet wurde, denn ich habe es gewagt ihn als weißen homosexuellen zu nennen, als Oxymoron. Die Verantwortung des Rassismus der Weißen wurde hier im Umkehrschluss weitergeleitet.
Die Auseinandersetzungen haben uns heute vielleicht soweit gebracht, dass wir einen Artikel, und sogar eine ganze Nummer einer Zeitschrift dem Weißsein widmen: A bit of »Playing In The Dark«[2]. Dies könnte auch dazu führen, dass critical whiteness in Berliner linken Gruppen ein Thema nicht nur theoretisch wird und somit Bündnisarbeit eine Realität darstellt. Die politischen Bündnisse, in denen Menschen ohne Ethnisierung und Fremddefinierung selbstbestimmt arbeiten können, ist unseres Ermessens noch eine Rarität oder gar nicht existent. Diesen Zustand könnte das neugeborene Bündnis gegen Rassismus ändern, wenn die Reflexion der eigenen Verantwortung die Gruppe nicht soweit schrumpfen lässt, dass sie dahinschwindet. Ende der Litanei!

JENNIFER PETZEN

Ich versuche hier eine Skizze der weißen Linken in antirassistischen Gruppen anzufertigen und nahezu unmögliche, unüberwindbare politische Differenzen durch Macht einerseits und Machtlosigkeit andererseits aufzuzeigen.
Bei einem Treffen gegen Rassismus habe ich geäußert, dass weiße Linke sich mit ihren eigenen Rassismen konfrontieren müssen. Ein weißer Kollege war entsetzt. Aber dieses Mal nicht wegen des Wortes weiß, sondern weil ich die unterschiedlichen politischen Gruppierungen nicht anerkannt habe. »Sie sind nicht alle gleich!« Abgesehen von der Ironie, dass ein weißer Hetero-Mann gegen Pauschalisierung protestiert, hat er gar nicht verstanden, was mein Argument war. Dass, auch wenn es verschiedene politische Differenzen zwischen und Handlungsweisen innerhalb der Gruppen gibt, eine Verbindung, die von einer antirassistischen Anschauung die anderen Differenzen ausblendet, bleibt: das Weißsein – und wie Viele damit umgehen. In diesem Beitrag möchte ich versuchen, auf diese Verbindung einzugehen und zu zeigen, wie es zu einer grundlegenden Wende in den anti-rassistischen und anti-faschistischen[3] Bewegungen kommen kann. Meinem Ermessen nach basiert die Dynamik in diesen Gruppierungen (ich spreche nicht von allen Individuen) zurzeit auf dem Begehren, nicht Rassismus abzuschaffen, sondern Selbstbefriedigung zu erleben und Macht auszuüben. Solange diese Dynamik nicht in einer ehrlichen Art und Weise anerkannt und geändert wird, wird die weiß-dominierte Anti-Rassismus-Bewegung eine Bewegung für weiße Menschen bleiben.
Hier Beispiele zu nennen, bedeutet nicht, dass diese Ereignisse die Ausnahme sind. Im Gegenteil sind sie Beweise für ein strukturelles Problem, das von weißen Aktivist_innen immer mehr gerechtfertigt wird. Es gibt Menschen in linken Community-Centern, die Flüchtlingen ein Hausverbot erteilt haben, weil sie ihre anderen Kriterien für politisch würdige Menschen nicht erfüllten (Sie wurden in der Regel für zu sexistisch oder zu religiös). Es gibt Aktivist_innen, deren Opfertourismus sie in südliche Länder führt, indem sie »sich solidarisieren« mit Flüchtlingen, Kriegsbetroffenen und Kapitalismusgegnern. Im Sommer 2009 fuhren einige Leute z.B. nach Lesbos in ein Flüchtlingskamp, in dem die Toiletten auf dem Campingplatz der Europäer_innen für nicht-Flüchtlinge reserviert wurden; ein Sozialforum, bei dem eine antifaschistische Gruppe ein Workshop zum Thema Transparente-Malen für Kriegsbetroffene organisiert hat (muss diese Bevormundung analysiert werden?) und schließlich die Stürmung des Orga-Treffens für die Demo gegen den IMF, bei der stundenlang gefordert wurde, dass die Demo auf der Bosporus Brücke stattfinden solle und nicht an dem Ort, den die lokalen Gruppen seit Monaten dafür eingeplant hatten.
In akademischen Kreisen sieht es nicht besser aus. Neulich habe ich eine Absage von einem Kollegen bekommen. Wir sollten zusammen auf einem Panel zum Thema »Weiße Verbündete« bei einer Konferenz referieren. Er wollte seine Rolle in einer grenzwertigen Aktion vor einer gemischten antirassistischen Gruppe nicht auf dem Panel diskutieren, weil es People of Color in der Gruppe unsichtbar machen würde. Wie man sich eine so perverse Logik schaffen kann, um die eigene politische

Verantwortung nicht mehr tragen zu müssen, ist unbegreiflich. Und das Privileg zu erwarten, dass andere Menschen diese Ausrede ohne Einwand annehmen würden, sollte auch unvorstellbar sein.

Falls diese Beispiele anders verstanden werden – sie sind einfach Menschen, die ihre anti-rassistische politische Ziele (vielleicht ein bisschen utopisch) umsetzen wollen, egal wie sie rassifiziert werden – will ich eine andere Geschichte erzählen, die noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Das Bündnis gegen Rassismus wurde Ende 2011 ins Leben gerufen, nachdem die NSU Morde aufgedeckt wurden. Es gab eine breite Mischung von Individuen, Organisationen, Gewerkschaften und andere Gruppierungen. Bei einem Orga-Treffen, das allen offen stand und bei dem wir die Linie des Bündnisses festlegen wollten, kam es zu einer Diskussion darüber, dass weiße Menschen sich viel Raum nehmen. Mehrmals haben People of Color sich geäußert, dass das Bündnis nicht von Weißen dominiert werden sollte. Im Gegenteil, People of Color sollten das Bündnis steuern, denn am Ende sollte eine antirassistische Bewegung von den Betroffenen geführt werden – mit Unterstützung von weißen Verbündeten. Einige antirassistische Organisationen, die weiße Männer als Vertreter geschickt hatten, wollten jedoch »eine gleiche Stimme« haben. Es wurde dann versucht zu erklären, warum die Stimmen weißer Menschen aus strukturellen Gründen nicht »gleich« bleiben können. Diese Argumentation und dieses angeblich merkwürdige Machtverhältnis waren offensichtlich nicht zu akzeptieren. Am Ende sind die Männer gegangen; sie konnten ihre Macht einfach nicht aufgeben.

Wir sind jenseits des Punktes angelangt, bei dem weiße Menschen in antirassistischen Kreisen sich überrascht zeigen können, dass sie »es« nicht wussten oder »es« ohne Absicht taten. Die Geschichten, die ich regelmäßig mitbekomme, sind keine Ausnahmen, obwohl die Absurdität der Geschichten, eine Ausnahme bilden sollte. Aber statt eine Ausnahme zu sein, ist dies die Regel. Grund dafür ist, dass viele antirassistische Gruppen für sich selbst arbeiten. Es ist also an der Zeit für weiße Verbündete, die nach sozialer Gerechtigkeit streben, ihre Positionen radikal umzustrukturieren, denn Bündnisarbeit muss nicht so laufen. Das heutige Bündnis ist vielleicht klein, aber es ist gemischt geblieben. Es gibt eine gute Zusammenarbeit und viele Aktionen wurden schon unternommen, die Produkte gemeinsamer Mitarbeit waren. ✖

FUSSNOTEN

✖ *1 Attribuierend im Sinne von »selbst-zuschreibend«. Hier sind Frauen gemeint, die nicht die weiße Normalbiografie haben und mindestens ein Attribut benötigen, um sich selbst zu beschreiben (Anm. d. Red.).*

✖ *2 Playing In The Dark: Whiteness and the Literary Imagination, Toni Morrison.*

✖ *3 Erstaunlich ist mir immer noch, dass politische Aktivisten sich einer dieser zwei »verschiedenen« Gruppen zuordnen bzw. eine theoretische und praktische Trennung sehen. Wenn wir Rassismus als die grundlegende Struktur der Gesellschaft verstehen und die historische Entwicklung des Rassismus in Europa nachvollziehen, ergibt sich überhaupt keine Logik, warum diese Trennung existieren soll.*





CRITICAL WHITENESS – EIN FALSCHER FREUND?

ANTIRASSISTISCHE LEHRPLÄNE FÜR DEN UNTERRICHT AUS DEN USA UND IHRE ÜBERSETZUNG IN DEUTSCHLAND

MELANIE BEE

Während der letzten dreieinhalb Jahre habe ich als Englisch-Lehrerin an der Berliner Schule für Erwachsenenbildung (SFE) gearbeitet und die Schüler_innen in einer selbstorganisierten linken Umgebung auf ihr Abitur vorbereitet. Da für das Fach Englisch in den Prüfungsvorgaben des Berliner Zentralabiturs das Prüfungsthema Shakespeare schon seit langem zugunsten aktueller Fragen zu Migration und Globalisierung verworfen wurde, ergab sich für mich die Möglichkeit, meinen Unterricht als Workshop im Sinne der Idee zu *Social Justice* zu planen und durchzuführen.

Zum Beispiel haben wir mithilfe von Modalverben Schutzraum-Konzepte entwickelt (»*everyone should ... no one must...*«) und uns anhand der Diskussion zu geschlechtersensibler Sprache mit Pronomen beschäftigt (im Englischen gibt es queere Sprachalternativen wie they or z statt he und she).

Ein Schwerpunkt meines Lehrplans lag auf Texten von people of color, um deren Stimmen Raum zu geben und ihre Erfahrungen in weiß dominierten Klassenräumen sichtbar zu machen – ohne Druck auf einzelne students of color auszuüben, sich selbst repräsentieren zu müssen. Im Unterricht beschäftigten wir uns intensiv mit dem afroamerikanischen Freiheitskampf und verbanden diesen Lehrinhalt mit persönlicheren antirassistischen Schlussfolgerungen aus der »Bibel« der *Social Justice*-Bildung in den USA: *Teaching for Diversity and Social Justice*[1].

Das Anwenden von Ansätzen der antirassistischen Bildung, die in den USA entwickelt wurden, konfrontierte mich im Unterricht in Berlin immer wieder mit der widersprüchlichen Bedeutung von race in den USA und Rassismus in Deutschland.

Mit diesem Artikel will ich versuchen, einige dieser Brüche nachzuzeichnen.

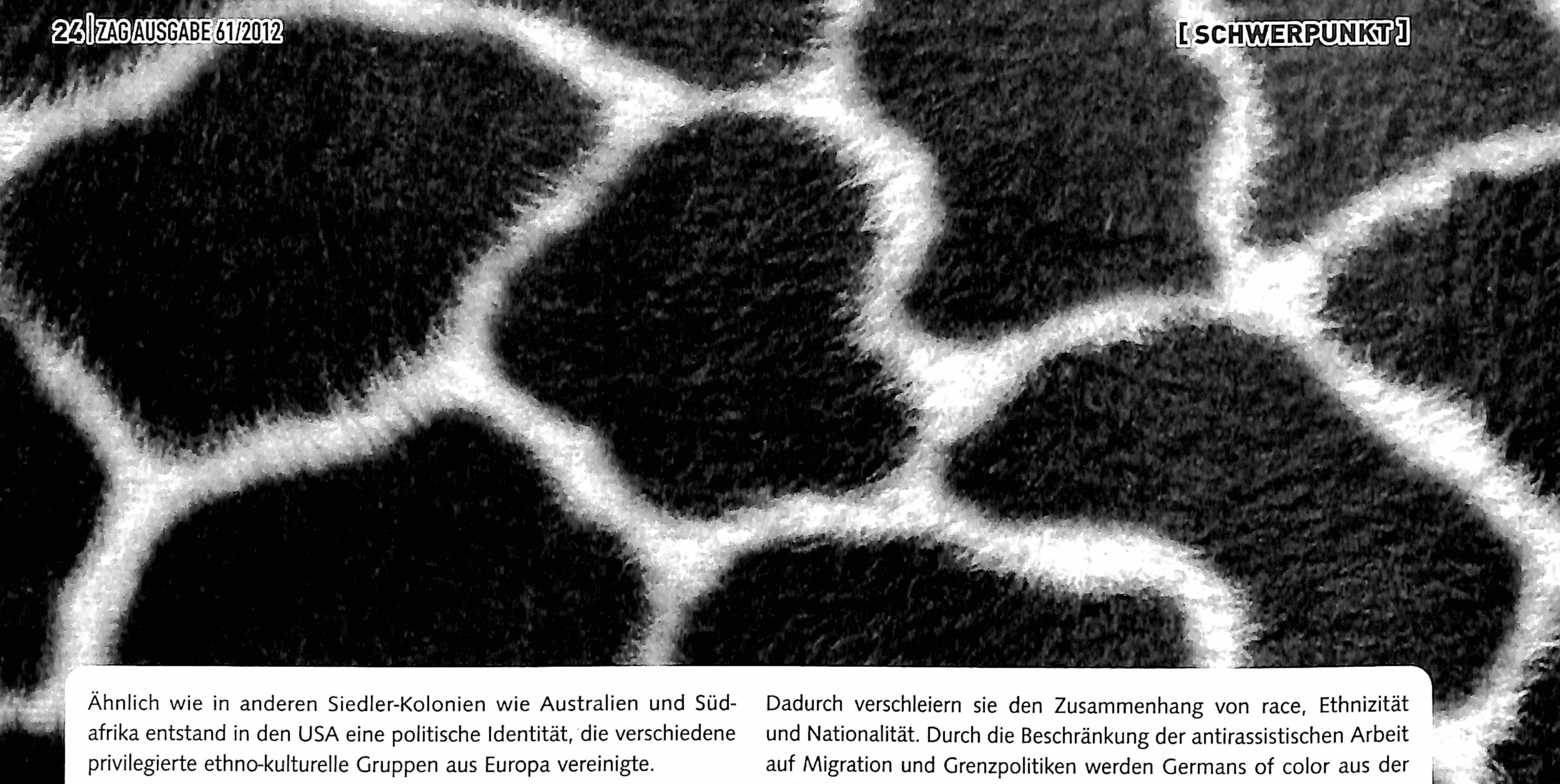
RACE UND NATION

Eines der ersten Hindernisse, auf die ich im Englischunterricht traf, war die Verwendung des Worts *race*. Beispielsweise begann ich die Unterrichtsstunde mit einem Satz an der Tafel: »Race is a fiction, racism is real.« Damit wollte ich klarmachen, dass ich die Worte *race* und Ethnicity benutze, um soziale Konstruktionen zu bezeichnen, nicht biologistische. In den USA verwenden Aktivist_innen und Theoretiker_innen das Wort *race* im Sinne dieser Fiktionalität. In Deutschland dagegen besitzt das Wort Rasse diese fiktionale Dimension nicht und ist spätestens mit der nationalsozialistischen Geschichte zu einem Tabu oder zu etwas Unaussprechlichem geworden.

Dementsprechend hat die deutsche Gesellschaft eine Reihe von Umschreibungen hervorgebracht, die das unschöne Wort »Rasse« ersetzen sollen, wie ›ethnischer Hintergrund‹ oder – mein ›Liebling‹ darunter – ›Wurzeln‹. Die meisten dieser Begriffe haben mit dem Thema Immigration zu tun. Meine Schüler_innen schreiben in ihren Klausuren oft von »Menschen mit Migrationshintergrund«, wenn sie tatsächlich von Menschen sprechen, die von Rassismus betroffen sind (people of color im politischen Vokabular in den USA). Nun, ich habe auch einen Migrationshintergrund – der ist sogar so aktuell, dass wir ihn einen Migrationsvordergrund nennen können. Die Volkshochschule in Neukölln hat mir aber davon abgeraten, an einem Integrationskurs teilzunehmen: Ich gelte nicht als Migrantin, die integriert werden muss, weil ich weiß und gut ausgebildet bin und der Mittelschicht angehöre.

Meine Nachbar_innen, die in Berlin geboren und aufgewachsen sind und deren Großeltern aus Izmir kommen, sind Migrant_innen, weil sie nicht als weiß gelten. Ich bin die weiße Ausländerin, die gute Ausländerin, an der die »Fremdenfeindlichkeit« fast vollständig vorbeigeht. Es gibt Leute, die mir dazu gratulieren, wie schnell ich Deutsch gelernt habe – und das, obwohl es jetzt schon fünf Jahre sind und ich das »denen« in »Die Häuser denen, die drin wohnen« nie verstehen werde. (Das gilt aber wohl auch für die meisten deutschen Muttersprachler_innen). Sollte ich jemals in Deutschland Kinder haben, werden sie als zweisprachige internationals gefeiert werden, während es nicht als Leistung, sondern als sozial auffälliges Verhalten gilt, neben Deutsch auch fließend Türkisch zu sprechen. Es geht hier um Rassismus, nicht um Nationalität. Oder ist das nur meine US-amerikanische Tendenz, alles durch den Filter von *race* zu betrachten?

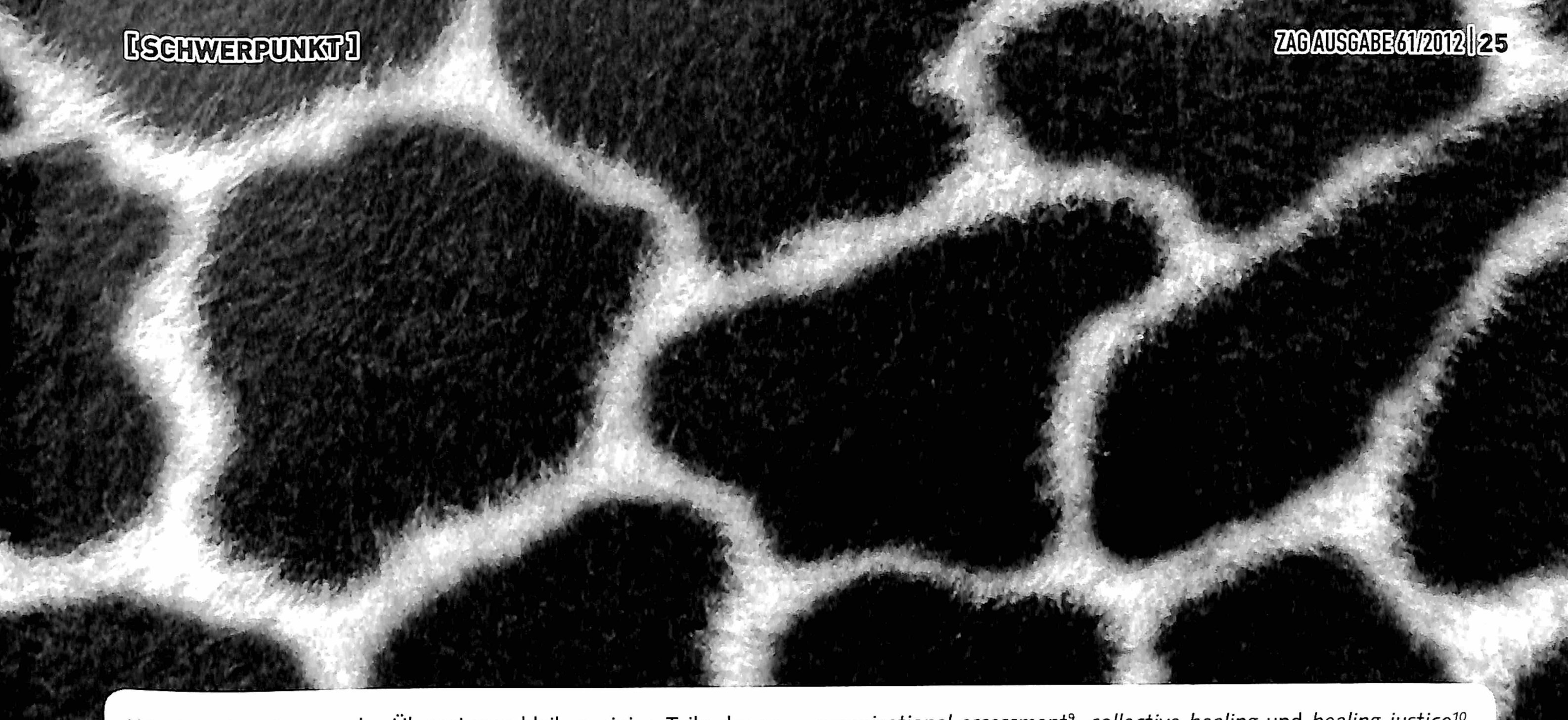
Während in den USA ein obsessives Verhältnis zu *race* vorherrscht, das die Künstlerin Kara Walker als »nationalen Zeitvertreib« und »Liebesaffäre«[2] bezeichnet hat, gibt es in Deutschland ein starkes Bedürfnis, von »Rasse« aufgrund seiner genozidalen Geschichte gar nicht erst zu sprechen. Dies verweist auf die fundamental unterschiedliche Geschichte der »Rassifizierung« im US-amerikanischen und deutschen Kontext.



Ähnlich wie in anderen Siedler-Kolonien wie Australien und Südafrika entstand in den USA eine politische Identität, die verschiedene privilegierte ethno-kulturelle Gruppen aus Europa vereinigte.
Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts entstand *whiteness* in den USA im »Schmelztiegel«, in dem verschiedene »Rassen«, aus Europa zu einer ›Super-Rasse‹ verschmolzen wurden. So wurden die Italiener_innen und Ir_innen ihre nationalen und spezifisch katholischen Identitäten los und erhielten soziale Privilegien, darunter das der Staatsbürgerschaft – auf Kosten der *Asian-, Latino-, Black- und Native Americans*[3].
Wenn ich meine erwachsenen Schüler_innen, die mehrheitlich weiß sind, frage: »What race are you?«, antworten die meisten »deutsch«. Nationale und »rassische« Identität sind in Deutschland so eng miteinander verbunden, dass sie letztlich dasselbe sind. Die nationale Identität Deutschlands, einem Nationalstaat mit der Geschichte von kolonialer Metropole und faschistischem Regime ist immer an sich ethno-kulturell gewesen. Sie beruht auf der Mythologie einer Jahrtausende alten Geschichte der Arier und so weiter und so fort – eine Fiktion, die die Migration von Slawen und anderen Gruppen ignoriert und unsichtbar macht.
Es gibt in Deutschland keine trans-nationale und trans-ethnische Geschichte des Weiß-Seins wie in den USA, auch wenn die EU ein Versuch in dieser Richtung sein könnte. (Ein Werbevideo der jüngsten Kampagne zur EU-Erweiterung zeigt Europa als eine weiße Frau, die gegen Capoeira- und Ninja-Kämpfer antritt.)[4] Aber sind vielleicht trotzdem einige Nationalitäten in der EU »weißer« als andere? Gelten spanische, griechische und italienische Bürger_innen als »weiß«? Wurden die Pol_innen, die im späten 19. Jahrhundert nach Deutschland zogen, ›germanisiert‹ – und ist das der gleiche Vorgang wie »Weißwerden«?
Inwiefern sind also US-amerikanische Kategorien von race übersetzbar und nützlich für die Diskussion über Rassismus in Deutschland? Ich denke, dass »Critical Whiteness« dazu beigetragen hat, die Staatsbürgerschaft von race zu trennen, was *whiteness* sichtbar macht für Leute, die sonst von ihrer eigenen »colorblindness« wie benommen sind. (Ich muss an Stephen Colbert und seine satirische Parodie konservativer TV-Moderatoren denken: »Ich stehe so sehr über race, ich kann das gar nicht wahrnehmen. Ich weiß nicht mal, welche Hautfarbe ich selbst habe.«)
In der Bildungsarbeit bin ich besonders frustriert, wenn weiße Leute nur über Nationalitäten und Minderheiten reden wollen, weil sie Angst haben, das tabuisierte Wort »Race« zu verwenden und sich mit den Realitäten von Rassifizierung und Rassismus konfrontiert sehen. Dadurch verschleiern sie den Zusammenhang von race, Ethnizität und Nationalität. Durch die Beschränkung der antirassistischen Arbeit auf Migration und Grenzpolitiken werden Germans of color aus der Diskussion ausgeschlossen. Wenn sie als Fremde wieder dorthin eingeschrieben werden, sind sie von der Beteiligung an der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen. (Dies ist zwar ein Privileg, das deutsche Linke mit Freuden zerstören würden, es bleibt aber nichtsdestotrotz ein enormes Privileg.)[5] Wenn Staatsbürgerschaft von race entkoppelt wird, werden Germans of color wieder sichtbar.

CRITICAL WHITENESS ÜBERSETZEN

»Critical whiteness« ist auch als »whiteness studies« bekannt und scheint in den USA vor allem ein akademischer Begriff zu sein, mit dem die Konstruktion von whiteness als eine ›rassische‹ Kategorie untersucht werden kann. Eine Suche bei Google spuckt allerdings eine große Zahl von Beiträgen aus Deutschland aus, was nahe legt, dass das Wort ein umtriebiges Eigenleben in Deutschland führt. Obwohl ich die Idee, whiteness zu kritisieren, aus den USA kannte, hatte ich den Begriff »critical whiteness« noch nie gehört, bevor ich nach Deutschland kam.
Bemerkenswert ist, dass dieser akademische Begriff der erste war, der nach Deutschland gelangte, um die Kritik des Weiß-Seins zu fassen, und nicht Begriffe, die in der antirassistischen Praxis der USA üblicher sind: z.B. »white privilege,« »white supremacy«, and »accountability«. Sie beschreiben zugleich die Rolle des Weißen in antirassistischen Kämpfen.[6]
Das führt zu einigen Fragen: Inwieweit werden Ausschlüsse in einem solchen Diskurs transportiert? Welche Perspektiven, verkörperte Praxen, erlebte Erfahrungen und Ideen haben es nicht (zurück) über den Atlantik geschafft? Und was sagt uns das darüber, wie Unterdrückung und Kapitalismus den Zugang zu transnationalem Austausch und transnationaler Übersetzung bestimmen?
Bezüglich der Politik des Übersetzens, frage ich mich, ob ›Critical Whiteness‹ so etwas wie ein ›falscher Freund‹[7] ist, wie ›Handy‹ oder ›Beamer‹ (was vom Verb *to beam* kommt, aber ironischerweise in den USA auch Slang für einen BMW ist), oder wie der Laden, der in Kreuzberg kanadische Pizza (z.B. mit Süßkartoffeln) verkauft. Der deutsche Typ, der den Laden macht, hat einige Zeit in Kanada verbracht und dort Pizza-Backen gelernt – mein kanadischer Freund wiederum besteht darauf, dass es so etwas wie eine typisch kanadische Pizza nicht gibt. Solche »Scheinanglizismen« scheinen aus dem Englischen zu kommen, in diesem Fall aus dem Amerikanischen, haben aber im Deutschen eine andere Bedeutung erhalten.



Wie in jedem Prozess der Übersetzung bleiben einige Teile der ursprünglichen Bedeutung und des eigentlichen Kontextes intakt, während andere Teile weg brechen, neu positioniert oder für neue Zwecke falsch und neu besetzt werden. Das führt zu einer Art kultureller Hybridisierung, in der neue Formen von Kultur als »unechte Kopien« oder verformte Parodien des Originals erschaffen werden.[8]

Als weiße Lehrerin befinde ich mich in dem Dilemma, zwischen diesen beiden nationalen Kontexten zu übersetzen. Ich präsentiere dabei Konzepte eines Antirassismus, der die Genehmigung von Aktivist_innen of color in den USA erhalten hat, was aber keinesfalls heißen muss, dass er den spezifischen Bedürfnissen von people of color in Deutschland entspricht. Weil ich glaube, dass Erfahrung und Identität (und damit race und place) der Boden sind, in dem unsere Ideen wachsen, bin ich mir sicher, dass people of color in Deutschland ihre eigenen Theorien und Praxen entwickelt haben, die den Spezifika der Situation hier entsprechen. Dies wiederum bedeutet, dass ein Konzept, das aus den USA kommt, Impulse geben kann, aber kein ›diskursiver Masterplan‹ sein kann.

Wenn die Person, die den Transfer vornimmt, weiß ist, verkompliziert dies die Übersetzung zusätzlich. Wenn ich mich also damit abmühe, die Ergebnisse der jahrelangen Versuche von US-amerikanischen Aktivist_innen zu präsentieren, die versucht haben, ihren Verstand, ihre Körper, ihren Geist und ihre communities zu dekolonisieren, dann dränge ich diesen Begriff in gewissem Sinne anderen auf. Unabhängig davon, wie emanzipatorisch die Begriffe selbst sein mögen, ist dies möglicherweise ein imperialistischer Vorgang. Als weiße Lehrerin war ich aufdringlich bemüht, meine weißen Schüler_innen mit ihrer Macht und ihren Privilegien zu konfrontieren. Ich frage mich allerdings, ob ich in der Lage war, einen Raum der Sicherheit oder des Empowerments zu schaffen, in dem people of color über ihre Erfahrungen mit Rassismus sprechen konnten. Dies umso mehr, wenn sie nicht in das Raster meines US-amerikanischen antirassistischen Lehrplans passten, und sich eventuell dazu gezwungen fühlten, sich selbst zu »rassifizieren.«

Während es so scheint, dass die antirassistische Theorie eine stabile Pipeline von den USA nach Deutschland hat, schaffen es etliche effektive und kraftvolle antirassistische Praxen nicht über den Ozean. Sie würden erst das vollständige Bild des Kontextes liefern, in dem solche antirassistischen Konzepte entwickelt wurden und in denen sie Sinn ergeben. Diese Konzepte, erdacht von people of color – die marginalisiert sind, Behinderungen haben, queer und trans, arm und prekär sind – und ihren Verbündeten erreichen die deutschen Ohren nicht. Einige darunter finde ich besonders bemerkenswert: *anti-racist organizational assessment*[9], *collective healing* und *healing justice*[10], *und accountability*[11]. Wenn wir in Deutschland mit grassroots-Aktivist_innen in den USA und anderswo in Austausch treten wollen: Wie können wir unsere Ressourcen, auch unsere akademischen, nutzen, um den Austausch zum Schwerpunkt unserer Arbeit zu machen?

Warum ist »Critical Whiteness« in einigen (akademischen?) Kreisen zu einem Synonym für antirassistische Arbeit geworden, während es in Diskussionen über das Privileg des Weiß-Seins in den USA nur ein Aspekt der antirassistischen Arbeit unter vielen ist? Und wenn es darum geht, akademische Begriffe zu benutzen, warum dann »Critical Whiteness« und nicht critical race theory? Dies würde die Überbetonung des Weiß-Seins vermeiden und zu einem Bewusstsein beitragen, dass jede ›rassische‹ Kategorie konstruiert ist. Wenn »Critical Whiteness« von antirassistischer Praxis abgelöst wird und nicht mehr in einem Verhältnis der Verantwortlichkeit gegenüber people of color steht, kann es schnell zu einem Monster werden.

MIT ACCOUNTABILITY ARBEITEN

Viele Weiße, die gerne antirassistische Verbündete sein möchten, befinden sich in meinen Augen in einer Sackgasse: Entweder Nabelschau – ein klaustrophobischer Raum voll von Täter_innen, die über ihre Tat reden (manchmal fühlt sich Deutschland insgesamt so für mich an) – oder das permanente Schweigen angesichts von Schuldgefühl und Privileg.

Eine Freundin von mir aus Bosten, die als *community organizer*[12] arbeitet, erwähnte mir gegenüber, dass weiße antirassistische Verbündete ihrer Erfahrung nach häufig die Verhaltensmuster des Ausschweigens und policing reproduzieren würden, von denen sich people of color communities langjährig mithilfe von Offenherzigkeit, Generösität und accountability zu befreien versuchen. Vielleicht kann das US-Konzept der accountability für deutsche Diskussionen über weiße Privilegien besonders wertvoll sein.

Die Idee des accountability-Ansatzes ist es, dass privilegierte Menschen (hier: Weiße), die die Unterdrückung (hier: Rassismus) abschaffen wollen, starke Beziehungen der Verantwortlichkeit zu unterdrückten Menschen (hier: people of color) benötigen. Accountability kann in diesem Sinne eine Menge bedeuten: Vertrauen, Solidarität, Verzicht auf Führungspositionen und -räume; Verbündete sein, Zuhören, Unterstützung anbieten, die eigene verinnerlichte Positionierung in Frage stellen, das eigene Verständnis von Privileg und Unterdrückung vertiefen, Feedback erfragen, materielle und immaterielle Ressourcen bereitstellen.

Mein Lieblingsbeispiel effektiver Verbündetenarbeit ist die Coalition of Immokalee Workers, eine Landarbeiter_innengewerkschaft, die vor allem aus Latinos, Mayas und Haitianer_innen besteht. Sie haben mit Erfolg Boykottkampagnen gegen große Fast Food- und Supermarktketten organisiert, um ihre Arbeitsbedingungen auf den Tomatenfeldern in Florida zu verbessern. Die Mitglieder der CIW, von den Umständen am meisten betroffen, führen den Kampf, treffen die Entscheidungen und sind in den Kampagnen am sichtbarsten. Sie haben zwei große Verbündetengruppen, die aus verschiedenen Einzelpersonen bestehen. Eine ist eine religiöse Koalition, die sie aus moralischen Gründen unterstützt, die Interfaith Action; die andere sind Student_innen, die Konsument_innen in den boykottierten Läden sind, die Student Farmworks Alliance. Sie beteiligen sich an den Kämpfen, die aber von den politischen Architekt_innen der CIW geplant und durchgeführt werden.

Leider kenne ich mich in der Landschaft antirassistischer Arbeit in Deutschland wenig aus und würde mich über den Austausch von Beispielen erfolgreicher Accountability Beziehungen freuen.

Beziehungen von Verantwortlichkeit benötigen Zeit, um zu wachsen. Wenn Weiße people of color damit belasten wollen, sie zu beaufsichtigen, wird das nichts werden. Weiße müssen sich das Vertrauen von people of color verdienen, um legitime Verhältnisse aufzubauen, die von Solidarität und Sicherheit geprägt sind. Dies ist die Voraussetzung, um zusammen daran zu arbeiten, Rassismus abzuschaffen.

Ich kann damit beginnen, verantwortlich gegenüber den Schüler_innen in meiner Schule zu sein. Das Erstellen dieses Artikels war für mich Anlass, mich mit Schüler_innen, besonders Schüler_innen of color, zusammenzusetzen und über die Gestaltung des Kurrikulums, sowie über die Entwicklung von mehr Empowerment und Sicherheit nachzudenken.

Thanks to: Henning, Noa, Barak, Melina, Diana, & Katherine for their feedback, ideas, and translation support. ✖

QUELLEN

✖ 1 *Adams, Maurianne, Lee Anne Bell, Pat Griffin (ed.s). Teaching for Diversity and Social Justice: A Sourcebook. Routledge, 1997.*

✖ 2 *http://learn.walkerart.org/karawalker/Main/DesireAndShame*

✖ 3 *Ignatiev, Noel. How the Irish Became White. Routledge, 1997.*

✖ 4 *"Is the EU's latest enlargement video racist?" www.youtube.com/watch?v=WQREDQjfzC4*

✖ 5 *Siehe: Der Braune Mob, e.V.: Schwarze Deutsche in Medien und Öffentlichkeit. »Informationen für Journalisten zum korrekten sprachlichen Umgang mit rechtsextremistischen oder rassistisch motivierten Straftaten«. 2006: derbraunemob.info.*

✖ 6 *Ein Freund wies mich allerdings darauf hin, dass der „Triple Oppression-Ansatz" schon in den 80er Jahren in einen aktivistischen Kontext nach Deutschland aus den U.S.A. von Klaus Viehmann gebracht wurde.*

✖ 7 *Ein „falscher Freund" ist ein Begriff im Sprachenlernen. Es bezeichnet Wörter in zwei Sprachen, die ähnlich aussehen, aber eine unterschiedliche Bedeutungen haben. Z.B. "Meinung" auf Deutsch (was "opinion" auf Englisch heißt) und "meaning" auf Englisch (was "Bedeutung" auf Detusch heißt).*

✖ 8 *Man ist an Judith Butlers Beschreibung in Gender Trouble von Drag Performance erinnert als Parodie von »echtem Gender« was selbst die Authentizität von »echtem Gender« in Frage stellt.*

✖ 9 *Siehe: racialequitytools.org, arc.org, »Dismantling Racism Project« von changework*

✖ 10 *Siehe: GenerationFive, Dr. Alexis Pauline Gumbs, Kindred Southern Healing Justice Collective*

✖ 11 *Siehe: Cushing, Bonnie Berman et al. Accountability and White Anti-Racist Organizing: Stories from Our Work. Roselle, New Jersey: Crandall, Dostie & Douglass Books, Inc., 2010; Chen, Ching-In, Jai Dulani & Leah Lakshmi Piepzna-Samarasinha. The Revolution Starts at Home: Confronting Intimate Violence within Activist Communities. Brooklyn, NY: South End Press, 2011.*

✖ 12 *Siehe die Rosa Luxemburg Stiftungs Tagung über Community Organizing Projekte: »Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise« www.rosalux.de/event/44134/revolutionaere-realpolitik-in-zeiten-von-kuerzungspolitik-und-krise.html*



ALLTÄGLICHE AUSNAHMEFÄLLE

ZU INSTITUTIONELLEM RASSISMUS BEI DER POLIZEI UND DER PRAXIS DES »RACIAL PROFILING«

SEBASTIAN FRIEDRICH UND JOHANNA MOHRFELDT[1]

Ende Februar urteilte das Verwaltungsgericht Koblenz, dass Beamte _innen der Bundespolizei auf Bahnstrecken, »die Ausländern zur unerlaubten Einreise oder zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz dienen, verdachtsunabhängig kontrollieren« und die Auswahl der Anzusprechenden »auch nach dem äußeren Erscheinungsbild« getroffen werden darf.[2] Auch wenn das Urteil in der nächsten Instanz gekippt wird, erweitert die Legitimation eines Gerichts die Möglichkeit einer Verlagerung der Diskussionen um die Thematik; weg von einer Kritik an solcherlei Polizeipraxen hin zu einer Debatte zur »notwendigen« Anwendung. Dies geschieht spätestens dann, wenn ein Ereignis wie ein terroristischer Anschlag, entsprechend von einigen Medien und Politiker_innen hochgekocht wird.

Dennoch konnte dieses Urteil kaum überraschen, ist doch die in der Begründung quasi-legitimierte Praxis des »Racial Profiling« schon lange Teil der alltäglichen Polizeiarbeit. Wir begreifen »Racial Profiling« als Symptom des institutionellen Rassismus der Polizei. Der Begriff des institutionellen Rassismus ist umstritten und wird zuweilen inflationär verwendet. Daher lohnt im ersten Schritt eine kurze Begriffsbestimmung. Anschließend wird dargestellt, wie institutioneller Rassismus und »Racial Profiling« in die Polizeipraxis eingeschrieben sind. Schließlich werden wir anhand unserer Erfahrung aus der Arbeit für die *Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt* (KOP) mögliche Interventionen gegen die alltägliche rassistische Polizeipraxis vorstellen.

INSTITUTIONELLER RASSISMUS DER POLIZEI

Wir verstehen Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis, bei dem Gruppen von Menschen zu einer »Rasse«, einer »Ethnie« und/oder einer »Kultur« konstruiert werden, auf deren Grundlage eine Wertung entsprechend den herrschenden Machtverhältnissen aus Perspektive privilegierter Positionen heraus vorgenommen wird. Die konstruierten Gruppen werden als dichotom gegenübergestellt, wobei der unterdrückten Gruppe soziale Eigenschaften als unveränderlich zugeschrieben werden. Rassismus durchdringt unterschiedliche Ebenen (z.B. Alltag, Medien, Wissenschaft, Arbeitsplatz) und kann unterschiedliche Formen annehmen.

Rassismus erscheint keineswegs nur individuell, sondern kann überhaupt nur als Teil gesellschaftlicher Strukturen begriffen werden. Von institutionellem Rassismus kann geredet werden, wenn er in Institutionen eingeschrieben ist, das heißt sich in den entsprechenden Praxen und Anordnungen systematisch organisiert. Dabei ist es unerheblich, inwiefern Akteur_innen innerhalb der Institutionen absichtsvoll handeln oder nicht, insofern ihre Routinen im Effekt Ungleichheitsverhältnisse stabilisieren und legitimieren.

Bei der Polizei weisen rassistische institutionalisierte Praxen eine große Bandbreite auf. Sie reichen von selektiven Kontrollen, körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen bis hin zu Mord. Die Wahrnehmung rassistischer Polizeigewalt in der Öffentlichkeit ist weitgehend gering. Nur wenige Fälle werden von Seiten der Medien und der Politik aufgegriffen, wie beispielsweise der Tod von Oury Jalloh, der am 7. Januar 2005 in einer Polizeizelle in Dessau verbrannte. Die Tötungen von Laya Condé, der am gleichen Tag nach einem Brechmitteleinsatz in Polizeigewahrsam in Bremen verstarb, von Slieman Hamade, der am 28. Februar 2010 bei einem Routineeinsatz durch Pfefferspray in Berlin getötet wurde, oder von Christy Schwundeck, die von einer Polizistin am 19. Mai 2011 in einem Frankfurter Job-Center erschossen wurde, wären beinahe unerwähnt geblieben. Hier waren es Netzwerke von Freund_innen, Verwandten und/oder Aktivist_innen, die den öffentlichen Druck formierten und die mediale und politische Präsenz erkämpften. Bei der medialen und politischen Aufbereitung dieser und anderer Tötungen wird häufig von Einzelfällen gesprochen, von »traurigen« Ausnahmen durch individuelle Fehlleistungen einzelner Polizeibeamt_innen. Diese Legende der bedauerlichen Einzelfälle individualisiert rassistische Polizeigewalt.

Dabei handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Die institutionelle Verankerung des Rassismus bei der Polizei drückt sich zwar auch in den genannten Beispielen – in denen Menschen durch Polizeieinsätze ums Leben kommen – aus, deutlicher wird sie allerdings bei der Betrachtung alltäglicher rassistischer Polizeipraxen. Rassistische Polizeigewalt ist nicht nur Gewalt institutioneller Art mit Methode, sondern hängt auch mit rechtlichen Rahmenbedingungen zusammen. So ermöglicht etwa die Schleierfahndung Kontrollen im bundesdeutschen Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern, ebenso auf Transit-

strecken und in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs, zum Beispiel auf Bahnhöfen oder Flughäfen. Ein Beispiel auf Länderebene bilden die »anlass- und ereignisunabhängigen« Personenkontrollen, bei denen die Identität von Personen ohne konkreten Verdacht festgestellt werden darf. Diese dürfen zulässigerweise an »kriminalitätsbelasteten Orten« – die früher auch als »gefährliche Orte« bezeichnet wurden[3] – durchgeführt werden. Darüber hinaus ist es gesetzlich erlaubt, Personen an Verkehrs- und Versorgungsanlagen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Amtsgebäuden sowie anderen besonders gefährdeten Objekten oder in deren unmittelbarer Nähe und an polizeilich eingerichteten Kontrollstellen »verdachtsunabhängig« zu kontrollieren.

RACIAL PROFILING

Diese Gesetzesgrundlagen legalisieren die Praxis des »Racial Profiling«. »Racial Profiling« bezeichnet die Erstellung eines Verdächtigenprofils, bei dem rassialisierte Merkmale wie Hautfarbe, Haarfarbe oder religiöse Symbole (in der Regel in Zusammenwirkung mit Faktoren wie Gender, Klasse, Alter) maßgeblich handlungsleitend für polizeiliche Maßnahmen wie Kontrollen, Durchsuchungen, Ermittlungen und/oder Überwachung werden. Dabei ist der Begriff eingebunden in Konzepte zu rassistischer Unterdrückung, die historische Konjunkturen rassistischer Einstellungen berücksichtigen, welche als Mechanismen sozialer Ein- und Ausgrenzung fungieren und in gesellschaftlichen Strukturen eingeschrieben sind.

Ein konkretes und dokumentiertes Beispiel für »Racial Profiling« in der Bundesrepublik Deutschland stellen dabei die Kriterien der »Rasterfahndung« im Zusammenhang des »Kampf gegen den Terror« in Folge der 11. Septembers 2001 dar: Anvisiert werden männliche Akademiker technisch-naturwissenschaftlicher Studiengänge im Alter zwischen 18 und 41 Jahren mit vermutlich islamischer Religionszugehörigkeit, die aus bestimmten »islamischen« Staaten immigriert und bislang nicht kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten sind. Deutlich wird die Abwesenheit von konkretem strafrechtsrelevantem Verhalten der verdächtigten Personen, die charakteristisch für die Praxis des »Racial Profiling« ist. Es werden bestimmte kriminelle Aktivitäten definiert, beispielsweise Terrorismus, und gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet, die vorher durch rassialisierte körperliche Attribute markiert worden sind.

Exemplarisch für unzählige, nicht berichtete Erfahrungen mit »Racial Profiling« steht der Fall von Amare B., der irgendwo in Berlin auf irgendeiner Straße zu irgendeinem Zeitpunkt telefoniert. Zufällig bekommen Polizeibeamte in eben jenem Moment einen Hinweis auf einen Süßigkeitendiebstahl mit unbestimmtem Täterprofil. Die Beamten erblicken Amare B. und sofort ist seine rassialisierte Hautfarbe und das assoziierte Bild des »kriminellen Ausländers« handlungsleitend. Es geschieht das, was häufig geschieht: keine Befragung, keine Rechtsbelehrung, statt dessen Angriff, Fixierung, Gewaltanwendung, Durchsuchung.

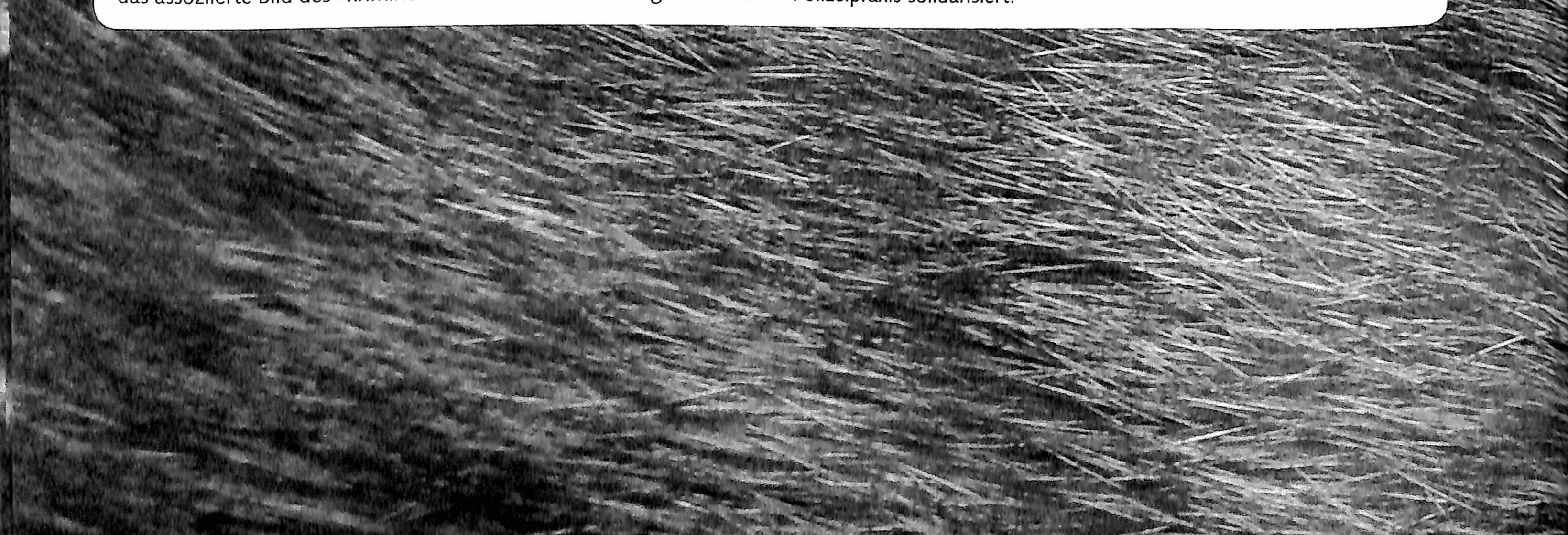
»Offiziell« gibt es »Racial Profiling« in der Bundesrepublik Deutschland nicht. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zum Thema ›Bekämpfung von Rassismus bei der Polizei‹ fragten Abgeordnete im Jahr 2008 u.a. nach der Praxis des »Racial Profiling«. Die Antwort der Bundesregierung lautete: »Der Begriff des ›racial profiling‹ ist aus den USA bekannt. (...) In der Bundesrepublik Deutschland verbietet sich eine solche Vorgehensweise schon auf Grund des Grundgesetzes und des rechtsstaatlichen Systems. Daher bedienen sich weder das Bundeskriminalamt (BKA) noch die Bundespolizei eines solchen Instruments.« Hier stellt sich die Frage: Verbietet sich das Koblenzer Urteil aufgrund des Grundgesetztes selbst? Oder verbietet sich das rechtstaatliche System, dessen Ausdruck es ist? Die Absurdität der Leugnung ist offenkundig, allerdings nicht erst seit diesem Urteil, denn die Systematik der Praxis lässt sich längst in Berichten von Betroffenen und in ihrer legalen Verankerung nachvollziehen.[4]

institutioneller Rassismus legt sich wie ein Netz über Diskurse, Handlungen und Gesetze, die sich wiederum gegenseitig stützen. So handeln Polizist_innen beispielsweise bei »anlass- und ereignisunabhängigen Kontrollen« nicht nur in Übereinstimmung mit herrschenden Diskursen. Sie lenken den Diskurs auch wesentlich mit, um das Bestehen des Apparats zu rechtfertigen bzw. auszuweiten. Den »Erfolg«, den Beamt_innen im Rahmen solcher Kontrollen oder bei Schleierfahndungen verbuchen, sollen die Gesetze bestätigen und das Handeln der Polizei rechtfertigen.

Die Konstruktion von Erfolgen zeigt sich exemplarisch bei den restriktiven Gesetzen für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung. Diese Gesetze sind ausschließlich ihnen auferlegt und können somit auch nur von ihnen »gebrochen« werden. So kann eine Person nur unerlaubt »ihren« Landkreis verlassen, wenn für ihn_sie die Residenzpflicht gilt. Führt nun die Polizei beispielsweise gezielt auf Bahnhöfen Personenkontrollen durch, können sich derartig »Erfolge« einstellen, die wiederum die »Effektivität« des »Racial Profiling« als Handlungsmaxime bestätigen.

WAS TUN? VON DER ANALYSE ZUM GEMEINSAMEN KAMPF

Das Wissen über institutionellen Rassismus und die Praxis des »Racial Profiling« vermitteln in erster Linie diejenigen, die davon betroffen sind und sich alltäglich zur Wehr setzen. Ihre Erfahrungen, Berichte und Strategien gaben 2003 in Berlin den Anlass für die Gründung der »Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt« (KOP), die sich im Kampf gegen rassistische Polizeigewalt mit den Betroffenen dieser Polizeipraxis solidarisiert.



KOP hat sich zunächst als Rechtshilfefonds gegründet. Damals konnten Betroffene keine finanzielle Unterstützung in juristischen Verfahren erwarten, wenn sie durch eine Strafanzeige belastet waren. Betroffene rassistischer Polizeipraxis sind aber nahezu ausnahmslos mit Strafanzeigen konfrontiert: weil sie von Polizist_innen angezeigt werden, nachdem sie deren rassistische Praxis beim Namen nennen (»Beleidigung«); weil sie deren Gewalt nicht regungslos hinnehmen (»Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte«); oder weil sie den Mut, die Kraft und die Möglichkeit besitzen, die Demütigungen und Verletzungen zur Anzeige zu bringen (»Körperverletzung im Amt« und »Beleidigung«) und dann mit Gegenanzeigen eingeschüchtert werden, die das polizeiliche Handeln nachträglich legitimieren sollen.

Neben diesen – in ihren Effekten – rassistischen Routinen in Polizei und Justiz wird das Engagement von Betroffenen rassistischer Polizeigewalt erschwert durch weitere institutionelle Hürden: So sind sowohl Polizei und Justiz von Berufs wegen machtvoll Handelnde, mit einer starken Perspektive auf »Kriminalität«, deren Bestimmungen wiederum diskursiv normiert sind. Dies umschließt die Dimensionen des Wissens, Handelns und des Apparats von Polizei und Justiz selbst, die wiederum aufeinander zurückwirken. Setzen sich Betroffene gegen rassistische Polizeigewalt zur Wehr, ist der (normierte) Reflex derjenige der Leugnung (Wissen), die nicht selten in eskalierendes Verhalten wie Beleidigungen, Fixierungen, Schläge und Demütigungen übergeht (Handeln), um dann machtvoll im Rahmen der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft definiert zu werden (Vergegenständlichung). Aus diesen Verwicklungen resultieren wiederum kriminalisierende mediale Darstellungen, unzureichende (Selbst-)Repräsentation und der daraus folgende psychische Schmerz usw.

In Berlin und Brandenburg ist es Initiativen und Gruppen wie Plataforma, Allmende, dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. oder der Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg gelungen, eine Position innerhalb dieser rassistischen Verflechtung einzunehmen. Sie wird behauptet und verteidigt von denjenigen, die rassistische Praxen in Kitas und Schulen, Ausbildung und Arbeit, Behörden und Politik, Gesetzen und Justiz demaskieren und konkret angreifen, weil sie von diesen betroffen sind.

Die Arbeit von KOP ist demgegenüber geprägt durch das Engagement von Aktivist_innen of Color und *weißen* Aktivist_innen. Für Letztere ist es oft einfacher, privilegierte Zugänge zu erhalten und gehört zu werden. Das ist ebenfalls Teil der rassistischen Realität, in die wir alle – positiv oder negativ – verwickelt sind.

Die Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und Aktivist_innen orientiert sich an dem jeweils Notwendigen im konkreten Fall und an einem Verständnis von Widerstand gegen Rassismus, das hieraus hervorgeht. So unterstützt KOP Betroffene in ihren Strategien, organisiert Räume, in denen sie für sich sprechen und kämpfen können, berät, finanziert und begleitet. Außerdem werden die Möglichkeiten genutzt, Betroffenen Podien zu bieten und ihre Perspektiven in Publikationen und auf Veranstaltungen öffentlich zu machen, und Kontakte für die gemeinsame Arbeit und den gemeinsamen Kampf zu politischen Gruppen und Parteien, Initiativen, Menschenrechtsorganisationen und -institutionen herzustellen. Damit hilft KOP, institutionellen Rassismus sichtbar zu machen und seine Dimensionen und Verstrickungen zu entlarven. Dieses Wissen wirkt zurück auf gelebte Formen der Solidarität.

Das Verständnis von Rassismus in seiner strukturellen, institutionalisierten und individuellen Dimension ist die Voraussetzung, um solidarisch mit den durch ihn Positionierten, Markierten und Kriminalisierten zu kämpfen. Grundlegend für diese Arbeit ist jedoch auch das Bewusstsein, dass auch Unterstützungsstrukturen verwickelt sind in die Logik von Rassismus und auch Aktionsformen dieser routinierten Logik folgen. ✖

ZU DEN AUTOR_INNEN

✖ *Die Autor_innen sind aktiv bei KOP Berlin (Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt).*

QUELLEN

✖ *1 Für Anmerkungen, Kritik und Hinweise danken wir unseren Freund_innen von KOP.*

✖ *2 Verwaltungsgericht Koblenz: Identitätsfeststellung eines Zugreisenden. Pressemitteilung Nr. 11/2012 am 28.2. Online einsehbar unter: www.mjv.rlp.de/icc/justiz/nav/613/broker.jsp?uMen=613ee68a-b59c-11d4-a73a-0050045687ab&uCon=8f40ae69-1515-6317-84b1-f84077fe9e30&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-aaaa-000000000042*

✖ *3 Dabei definiert die Polizei anhand konkreter Lage- und Ermittlungserkenntnisse, welcher Ort innerhalb der Bundesländer als »kriminalitätsbelastet« zu gelten hat. Diese Erkenntnisse sollen der Behörde statistisch aufbereitet vorliegen. Der Öffentlichkeit werden die Daten nicht zugänglich gemacht. Damit ist nicht überprüfbar, inwiefern die Definition einer tatsächlichen Sachlage entspricht.*

✖ *4 Vgl. die Dokumentation von Betroffenenberichten zwischen 2000 und 2011 (www.kop-berlin.de); zur Beschreibung und Ächtung von »Racial Profiling«: Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz. Allgemeine Politische Empfehlung Nr. 7 (CRI [2007]38, 2002) und Nr. 11 (CRI [2007]39, 2007), Agentur für Grundrechte der Europäischen Union: Für eine effektive Polizeiarbeit. Diskriminierendes »Ethnic Profiling« erkennen und vermeiden. Ein Handbuch, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2010, Luxembourg; zur Einschätzung von Menschen- und Bürgerrechtsakteur_innen beispielhaft: Gössner, Rolf 2007: Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der ›Heimatfront‹, Hamburg; Herrnkind, Martin 2000: Verdacht des Verdachtes. Institutionalisierter Rassismus und weitere Implikationen der Schleierfahndung (www.safercity.de/2000/schleierfahndung.html); Jealous, Benjamin Todd: Die üblichen Verdächtigen (www.amnesty.de/umleitung/2004/deu05/135?lang=de%26mimetype%3dtext/html.*


greg jackson
Tötet den Bullen in eurem Kopf!
UNRAST
Zur US-amerikanischen Linken,
White Supremacy und Black Autonomy

BÜCHER ZUM SCHWERPUNKT

TÖTET DEN BULLEN IN EUREM KOPF!

MORITZ MERTEN [ZAG]

Dieses kleine Buch enthält die deutsche Übersetzung zweier Texte, die bedeutsam sind für die neuere, radikale afroamerikanische Bewegung, weil sie das Konzept der *Black Autonomy* begründen. Mit diesem Konzept versuchen Greg Jackson und das *Black Autonomy Collective* die Ideen des Anarchismus und die Erfahrungen des revolutionären, schwarzen Nationalismus zusammen zu denken. Klingt widersprüchlich, ist aber eine in den Texten gut belegte Konsequenz der kritischen Auseinandersetzung – auf der einen Seite – mit der Dominanz von Weißen in der US-amerikanischen anarchistischen Szene bzw. Linken allgemein und – auf der anderen Seite – mit der Fixierung auf einen schwarzen Staat und der teilweise essentialistischen und autoritären Politik schwarzer NationalistInnen. *Black Autonomy* bedeutet also Selbstbestimmung der schwarzen Communities, jenseits von Vereinnahmung durch weiße AktivistInnen, aber auch schwarze AvantgardistInnen, und ein politischer Kampf, der die Verknüpfung von Klasse und »Rasse« thematisiert.

In Bezug auf *Critical Whiteness* ist vor allem der Text *Autoritäre Linke: Bringt den Bullen in eurem Kopf um!* interessant. In diesem übt Greg Jackson harte Kritik an weißen, vor allem autoritären, Linken in den USA: »Anstatt euch um wirkliche Verbindungen mit nicht-weißen Personen und Gruppen zu bemühen, versucht ihr, KonvertitInnen für eure rigiden Parteitheologien zu gewinnen, um diese dann ›Einheit‹ zu nennen.« Die weiße Linke rücke die gemeinsame Unterdrückung als »ArbeiterInnenklasse in den Vordergrund und versuche so afroamerikanische AktivistInnen zu vereinnahmen. Dabei ignorieren sie aber, so Greg Jackson, dass nicht-weiße ArbeiterInnen »überausgebeutet« werden, weil sie sowohl aufgrund ihrer Klasse als auch ihrer »Rasse« Diskriminierung ausgesetzt sind. Gleichzeitig verschweigen sie, dass sie als Weiße selbst von der *White Supremacy*, der weißen Vorherrschaft in der US-amerikanischen Gesellschaft, profitieren. Bevor es zu einer »echten« Zusammenarbeit von weißen und schwarzen Linken kommen könne, müssten erstere zunächst selbstkritische ihre eigenen Privilegien als Weiße und die Verwurzelung von Teilen ihrer politischen Theorie und Praxis in der »Siedler- und Erobererkultur« hinterfragen.

Das Buch enthält des Weiteren ein Interview mit Greg Jackson, in dem er zunächst von seiner Jugend erzählt, wie er politisiert wurde und schließlich mit anarchistischen Ideen in Kontakt kam. Im weiteren Verlauf geht es vor allem um die verschiedenen politischen Gruppen, in denen er aktiv war und gibt so einen guten Einblick in *Black-Autonomy*-Bewegung.

Abgerundet wird das ganze durch eine Einleitung von Gabriel Kuhn, in der er die Bedeutung des Konzepts der *Black Autonomy* mit Bezug auf den aktuellen politischen Kontext herausstellt, und einem Anhang mit einer Selbstdarstellung der *Federation of Black Community Partisans*, einer der *Black-Autonomy*-Gruppen, in denen Greg Jackson aktiv war und welche die weitere Theorie und Praxis in dieser Bewegung maßgeblich mit beeinflusst hat.

Insgesamt gibt das Buch einen guten Einblick in eine aktuelle Debatte der antiautoritären, schwarzen Linken in den USA. Bedeutsam ist der *Black-Autonomy*-Ansatz auch über diese Bewegung hinaus, wie Gabriel Kuhn schreibt, weil es bisher noch keine Versuche gab, anarchistische Ideen mit schwarzem, revolutionärem Nationalismus zu verknüpfen. Die damit verbundene Kritik an weißen Linken und AktivistInnen ist dabei nicht ganz neu. In ähnlicher Form haben z.B. Frauen des globalen Südens westliche Feministinnen dafür kritisiert, sich als Vertreterinnen aller Frauen auszugeben und nicht-weiße Frauen zu vereinnahmen. Auch in dieser Kritik wurde Eindimensionalität hinterfragt und darauf verweisen, dass es neben der Unterdrückung auf der Ebene des Geschlechts, auch noch die Dimensionen Klasse und regionale bzw. ethnisierte Herkunft gibt. In diesem Buch wird am Beispiel der Kritik an der eindimensionalen Fokussierung der weißen, US-amerikanischen Linken nochmal deutlich, wie aktuell einerseits ein intersektionaler Ansatz bei der Analyse gesellschaftlicher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse ist. Andererseits verweist es darauf, wie wichtig es ist, dass auch in Deutschland weiße AktivistInnen selbstkritisch ihre Theorie und Praxis hinterfragen, um die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit nicht-weißen AktivistInnen zu schaffen. ✖

✖ Jackson, G. (2009). Tötet den Bullen in eurem Kopf!: Zur US-amerikanischen Linken, White Supremacy und Black Autonomy (1., Aufl.). Unrast Verlag. Übersetzt von Gabriel Kuhn. 88 Seiten.


Susan Arndt / Willi Bischof (Hg.)
Wie Rassismus aus Wörtern spricht
erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache

»WIE RASSISMUS AUS WÖRTERN SPRICHT – (K)ERBEN DES KOLONIALISMUS IM WISSENSARCHIV DEUTSCHE SPRACHE. EIN KRITISCHES NACHSCHLAGEWERK«

TOBIAS FASSMEYER

Zuerst: Nein, der abschreckende Titel entspricht nicht dem, was drinsteht! Er verhindert zwar garantiert das Auftauchen auf Bestsellerlisten, aber das Risiko eines Verkaufsrenners strebt bei Veröffentlichungen aus diesem Themenbereich sowieso gen null. Die verständliche Hemmung, einen Wälzer dieses Formats mit einem derartigen Titel sich freiwillig zuzulegen, entsteht zu Unrecht, denn große Teile des Buches enthalten wesentlich geringere Hürden als der erste Eindruck vermittelt. Auch die beeindruckende Dicke sollte nicht abschrecken, da die Beiträge nie zu epischen Ausführungen werden. Die Vermutung, das Buch könnte sich auf die etymologische Analyse rassistischer Wörter beschränken, gehört ebenfalls zu diesen Irrtümern. Der Teil, der dieser Vorstellung überhaupt zurechenbar ist, ergeht sich nicht in bemühten Erklärungen, sondern besteht aus eher locker geschriebenen Artikeln, die die koloniale Brille vorführen, mit der wir unseren ›weißen‹ Alltag leben.

Das Wesentliche dieses ›Nachschlagewerks‹ ist, seine konsequente Zerstörungsarbeit an der Vorstellung, Rassismus wäre ein Problem, das gesellschaftlich rechtsaußen angesiedelt ist oder das maximal noch bis in die berühmte ›Mitte der Gesellschaft‹ schwappt. Dass Rassismus grundlegend für unsere Gesellschaft und Ökonomie ist und daher niemanden ausnimmt – auch nicht Antira oder Antifa – gehört dann schon zu den weniger gern genossenen Erkenntnissen. Und dass Weiße, wenn sie sich über Rassismus äußern, von etwas sprechen, das sie nie erfahren haben, also keinen persönlichen Bezug haben, ist ein Fakt, der den weißen Rassimusexpert_innen und Antirassist_innen nicht oft genug ins Bewusstsein gerufen werden kann. Dass dies im Buch nicht mit den daraus zu ziehenden Konsequenzen garniert wird, ist nicht weiter verwunderlich. Schließlich stammen Teile des Werks aus dem akademischen Betrieb und das verträgt sich schlecht mit aufrührerischen Forderungen nach Änderung der gesellschaftlichen Basis. So bleibt auch das Manko, naheliegende Schlüsse nicht zu ziehen, ein letztendlich müßiger Vorwurf. Ein anderes Manko eines Teils der enthaltenen Artikel ist, zwar analytisch und sprachsensibel rassistischem Sprachgebrauch nachzugehen, aber den eigenen ausschließenden Wissenschaftsjargon, nicht vermeiden zu können oder auch nicht zu wollen und damit den Zugang zu erschweren. So gleicht das Buch in diesem Punkt einem Cappuccino aus hervorragendem Espresso, der mit Sprühsahne garniert, doch für etwas gebremste Begeisterung sorgt.

Das massivste Anschaffungsargument für den Band ist die Vielzahl der Aspekte, die in den Beiträgen be- und ausgeleuchtet werden und den Wälzer zu einem Grundlagenwerk machen. So werden Themen wie ›Weißsein‹ oder ›Postkolonialismus‹ eingebettet in verschiedene Formen und Ausprägungen des Rassismus. Und auch die verbreitete These, dass Kolonialismus in Deutschland eine geringe Bedeutung im Vergleich mit beispielsweise England oder Frankreich zukam und von daher auch nebensächlich wäre, wird im Galopp falsifiziert. So wird auch das wenig bis gar nicht reflektierte Selbstverständnis der Gutmeinenden zerlegt. Diese fatale Blindheit der großen Menschenfreund_innen mit ihrem ›positiven‹ Rassismus, der ebenso auf die Wahrnehmung als fremd, anders, also nicht zugehörig gepolt ist und wo das ›Andere‹ für die Projektion eigener Bedürfnisse herhalten muss. Wehe das ›Fremde‹ entspricht nicht den projizierten Erwartungen!

Einem Problem akademischer Erkenntnisse kann mit diesem Buch allerdings kaum abgeholfen werden. Sein Publikum dürfte es vorwiegend in dem Teil des ›weißen‹ bildungsbürgerlichen Nachwuchses der Mehrheitsgesellschaft finden, der für seine berufliche Zukunft zeitgemäße ›kritische‹ Kompetenz nachweisen will. In diesem Rahmen bleiben Erkenntnisse in der Regel von jeglicher Relevanz befreit für die oft in aller Öffentlichkeit ganz banal rassistisch Ermordeten, Misshandelten, Drangsalierten und Ausgegrenzten. Schön wäre es, wenn es dazu beitragen würde aus der theoretischen Beschäftigung ein reales Engagement werden zu lassen. Denn dass brutaler Rassismus vorerst kein hauptsächlich intellektuelles Problem ist, kommt bei Woody Allen trocken auf den Punkt: »Du, ich habe einen Essay geschrieben, gegen den Antisemitismus.« – »So? Wie schön! Ich bevorzuge Baseballschläger.« ✖

✖ Susan Arndt / Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht, (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Unrast-Verlag 2011, 786 Seiten, 29.80 Euro, ISBN: 978-3-89771-501-1

MYTHEN, MASKEN UND SUBJEKTE

AUF DER SUCHE NACH ANERKENNUNG FÜR EINE FORSCHUNGSPERSPEKTIVE

ANDREAS NOWAK [ZAG]

KRITISCHE WEIßSEINSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND
MYTHEN
SUBJEKTE
MASKEN
Maureen Maisha Eggers
Grada Kilomba
Peggy Piesche
Susan Arndt
UNRAST

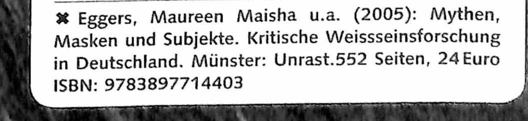
Der umfangreiche Band »Mythen, Masken und Subjekte«, der 2005 erschienen ist, hat zum Ziel Weißseinsforschung als wissenschaftliche und politische Kategorie in Deutschland zu verankern. Mittlerweile, so könnte man denken, sei das Ziel erreicht und Forschung unter diesem Gesichtspunkt etabliert. Dies ist jedoch nicht so, auch wenn dieser Band das Gegenteil zu dokumentieren scheint (14).

Das besondere ist, dass dieser Studienband inhaltlich unterschiedlichste Beiträge versammelt und somit die Breite der Weißseinsforschung und der methodischen Ansätze aufzeigt. Mit der Gliederung des Sammelbandes in drei Abschnitte, die erstens Texte aus Schwarzer Perspektive, zweitens gemeinsam verfasste Texte aus Schwarzer und Weißer Perspektive und in einem dritten Abschnitt aus weißer Perspektive versammeln, möchten die Herausgeberinnen die weiße diskursive Dominanz »zähmen«. Bei der Vielfalt der Texte ist es schwer einen thematischen Fokus zu erkennen. Es ist in gewisser Weise ein »experimentelles Vorgehen« (19), welches explizit Schwarzes Wissen auszeichnen möchte. Weißsein wird von den Herausgeberinnen als unsichtbare Normalität (27) bzw. »Normativität von Weißsein als Rassekonstrukt« (16) aufgefasst, an der sich eine »rassialisierte« Differenz und weiße Hegemonie (28) festmacht. Weißsein soll dabei als »kritische Analysekategorie« (21) verstanden werden, wie immer wieder betont wird.

Die uneinheitliche Verwendung von Begriffen in diesem Band zeigt sehr eindrücklich, dass Weißseinsforschung kein abgeschlossenes Forschungsfeld ist. Beispielsweise wird im Beitrag von Pische eine unbestimmte weiße Hegemonie vorausgesetzt, in der Weißsein als nicht verhandelbar gilt, da sie eine selbst eingeschrieben Essentialität besäße (Pische: 17). Hegemonie in diesem Sinne kennt nur weiße GewinnerInnen. Hingegen schreibt Eggers (20), dass die Perspektive der Herausgeberinnen »keinesfalls auf einem dichotomischen Verständnis von Schwarz und weiß« beruhe, sondern die »hegemoniale Funktion rassifizierender Markierungspraxen in Zusammenhang mit der Normalisierung von Weißsein« zu erfassen versuche. Eggers postuliert zumindest, dass Weißseinsforschung auf einen bestimmten historischen Kontext bezogen sein sollte, in dem Statuszuweisungen nach rassistischen Kriterien erfolgen.

An Susan Arndts Beitrag »Mythen des weißen Subjekts: Verleugnung und Hierarchisierung von Rassismus« lässt sich exemplarisch die problematische Seite der kritischen Weißseinsforschung aufzeigen: die Unklarheit in Bezug auf das Ziel der Operation »Weißseinsforschung« und ihre ungeklärten Vorannahmen. In ihrem Beitrag stellt sie Rassismus als Rechtfertigungsideologie dar, die aufgrund der Ideale von Freiheit und Gleichheit auf der einen und dem damit in Widerspruch stehenden Sklavenhandel und Kolonialismus auf der anderen Seite, historisch notwendig wurde. Dabei ist Rasse bei der Analyse von Rassismus nicht ein biologistisches Konstrukt, sondern als soziale Position zu verstehen (342). Weißsein sei in diesem Verständnis also keine Frage der Hautfarbe, keine Naturgegebenheit, sondern ein Ergebnis von Deutung (343). Weißsein soll als »eine Konstruktion von Rassismus« verstanden werden, die durch »Position und Identität« beschrieben werden kann und mit »Macht und Privilegien« einherginge (ebd.).

Als Gegenbild zu Weißsein bezieht sie sich auf »Schwarz als kulturelle Identität«.
Arndt identifiziert in der Folge zwei Arten der Verleugnung von Weißsein: die Immunisierung, indem race ignoriert wird, und die Hierarchisierung von Weißsein. Die Immunisierung ginge mit der Vermeidung von »Positionierung« einher. Kleinere Differenzen würden zwar zugestanden, um den hegemonialen Zusammenhalt aber nicht zu gefährden, würden Differenzen um Macht und Privilegien verleugnet (347). Das würde es so schwierig machen, race als Differenz zu benennen. Die Hierarchisierung von Weißsein hingegen würde glauben machen, das Weißsein verhandelbar, reversibel oder temporär sein könne (348). Selbst Empathie von Weißen gegenüber Nichtweißen sei fraglich, da der strukturelle Unterschied möglicher Erfahrungen von weißen und Nichtweißen ignoriert würde (349). Kurz gesagt: Weiße könnten niemals die Erfahrungen machen die Nichtweiße machen, da sie Weiße sind.
Von dieser Warte aus argumentiert Arndt gegen die Annahme, dass Weißsein reflektiert und überwunden werden könne, wie es der »New Abolitionism« behauptet. So sei zwar in einem deutschen Koloniallexikon nachzulesen, dass »verkafferte Europäer« verloren seien für die weiße Bevölkerung, doch da sie rehabilitiert und wieder in die weiße Gesellschaft eingegliedert werden könnten, würde dies beweisen, dass »verkafferte Europäer« nie ihr Weißsein verlören. So ähnlich verfährt sie auch bei der Frage, ob PolInnen weiß seien. Für den Fall der USA ist ihr wichtig zu zeigen, dass im 19. Jahrhundert PolInnen relativ schnell die Staatsbürgerschaft erlangen konnten, im Gegensatz zu nicht-europäischen ImmigrantInnen. Zwar hätte es im Zuge der Einwanderung in die USA »inbetween races« gegeben, jedoch seien diese niemals nichtweiß gewesen (354), obwohl PolInnen keine hohe Priorität bei der Einwanderung gehabt hätten und an den Rand des Weißsein delegiert worden wären (352). Das andere Beispiel: Da die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Polen Unterschiede zwischen christlichen und jüdischen PolInnen gemacht hätte, wären christliche PolInnen als Weiße zu positionieren, aber jüdische PolInnen als Schwarze (353).
Arndts Argumente laufen darauf hinaus, dass die Erlangung von Staatsbürgerschaft oder Überleben im Nationalsozialismus am Weißsein hinge. Sie codiert soziale Verhältnisse anhand der ihnen zugeschriebenen Position im Raster von weiß und schwarz. Zwar gäbe es auch andere Strukturkategorien (die anscheinend als relationale Beziehungen zwischen Gruppen gedacht werden) wie Nation, Geschlecht, Klasse, Bildung und Gesundheit, doch ließen diese Modifikationen von Weißsein niemals eine Hierarchisierung von Weißsein zu. Was ihrer Argumentation in Bezug auf Immigration von PolInnen, in Bezug auf die Shoa und auch in Bezug auf die verkafferten Weißen widerspricht. Die sozialen und historischen Verhältnisse interessieren Arndt in keiner Weise. Soziale Verhältnisse sind für sie der Ausfluss einer symbolischen weißen Ordnung, die Allgemeinheit beansprucht und die schwarz als ihr besonderes Gegenüber erzeugt. Insofern wird verständlich, was für Arndt soziale Position bedeutet: Als weiß oder schwarz codiert zu sein, einen Platz in einer ubiquitären und ewigen symbolischen Ordnung einzunehmen. Somit ist weiß/schwarz bei ihm zwar eine soziale Konstruktion und keine Naturgegebenheit, aber Teil einer Ordnung, der man nicht entfliehen kann. Eine andere Ordnung ist anscheinend nicht denkbar.
Ihre Frage zum Schluss, wie man einer Hierarchsierung von Weiß nicht verfallen könne, ergibt sich aus der binären Farbcodierung. Es kann für sie keine graduellen Abstufungen geben und eine dritte Position ist für sie nicht denkbar. So lautet die zu erwartende Antwort, dass das »Festhalten an Weißsein und Schwarzsein als Kategorien der Dekonstruktion erforderlich« ist (355). Daher kann Weißsein auch niemals überwunden werden, sondern nur gezähmt. Gezähmt durch die persönliche Bereitschaft zu Scham, Reflexion, Bewusstsein (356) – also die Internalisierung von Herrschaft. So erscheint aber der Ansatz von Arndt weniger analytisch als moralisch und selbst durch die von ihr beschriebene symbolische Ordnung formiert.
Zusammenfassend: Es ist sehr wohl eine Erweiterung des Blickwinkels – um das Bild der Perspektive aufzunehmen – soziale Verhältnisse auf ihre rassistischen Implikationen abzuklopfen und rassistische Konstruktionen von weiß/schwarz ernst zu nehmen. Die Beiträge des Bandes sind dort stark, wo sie konkret werden. Doch wenn sie in begrifflichen Vorannahmen stecken bleiben, wird es dünn. Sprich: Es gibt womöglich Gründe, weshalb Weißseinsforschung bisher nicht die gewünschte Anerkennung erfahren hat – und die liegen nicht allein in einer binär gedachten symbolischen Ordnung begründet. ✖


✖ Eggers, Maureen Maisha u.a. (2005): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weissseinsforschung in Deutschland. Münster: Unrast. 552 Seiten, 24 Euro
ISBN: 9783897714403

'SCHLAND ODER 'SCHLOCH?!

DFB-ELF: GELEBTER MULTIKULTURALISMUS, ODER KATALYSATOR EINES NEUEN CHAUVINISMUS'

MORITZ MERTEN + PEDRAM SHAHYAR

Ist das Feiern der deutschen Fußballnationalmannschaft der Männer[1] Anerkennung der multikulturellen Realität in Deutschland oder Ausdruck eines erstarkenden Nationalismus?
Die EM ist inzwischen vorbei, die Frage bleibt: »Können wir als Linke guten Gewissens die deutsche Fußballnationalmannschaft der Männer unterstützen?« Pedram und Moritz haben diskutiert und herausgekommen ist politischer-intelektueller Dialog, der nicht an allen Stellen ganz ernst gemeint ist.

Moritz: »Pedram, ich hab gehört du wirst bei der EM für die deutsche Männer-Nationalmannschaft sein. Und ich dachte immer, du seist ein Linker? Stehst du da dem Konstrukt der Nation, der ›imaginierte Gemeinschaft‹, nicht skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber?«
Pedram: »Ja, ich bin linksradikal und bei dieser EM für das deutsche Team. Das war aber nicht immer so, es ging 2006 los und dafür gibt es vor allem drei Gründe: erstens spielt Deutschland seitdem einen offensiv ausgerichteten kreativen Fußball. Die alten auf körperliche und mentale Härte basierten deutschen Tugenden sind abgelöst von einer neuen Spielkultur des schnellen, schönen Spiels, das aber immer gepaart ist mit mannschaftlicher Geschlossenheit und Kollektivität. Das ist neben Spanien der »linke Fußball« in Europa. Dazu kam die multiethnische Vermischung im Team. Bei der WM 2006 haben wir zum ersten mal 5-6 Spieler mit Migrationshintergrund in der Mannschaft, also ähnlich wie in dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bei dieser EM sind es 7, davon bis zu 5 Stammspieler, das Team ist noch ›kanackiger‹ als im gesellschaftlichen Durchschnitt. Wenn Fußball das Nationaltheater unserer Zeit ist, der Ort wo nationaler Identität kreiert wird, dann fühle ich mich zum ersten mal in den letzten Jahren im DFB Team repräsentiert. Das ist ein Teil der migrantischen Ankunft in Deutschland. Ich weiß noch wie bei der Finale 1986 das ganze AsylbewerberInnenheim, wo wir waren, nach dem späten Tor zum 3:2 in einer Extase ausbrach (Batistuta war es glaub ich). Deutschland macht es einem nicht leicht, und am Anfang stand ein starkes »fuck you«, aber im Fußball sind wir Migranten drin und das ist seit 2006 doch ein wirklich guter Schritt in der kulturellen Etablierung Deutschlands als multiethnischer Gesellschaft. und zu guter Letzt: viele der deutschen Spieler kommen wirklich sympathisch rüber. Mit einem Kohler, Augenthaler oder Matthäus wusste ich nicht, was ich nach dem Feierabend zu sagen hätte. Aber mit einem Götze, Khedira, Schweinsteiger oder Boateng könnte man gerne in einem Club stehen, einen Drink nehmen und chillen.«
Moritz: »Klar, ich stimme dir zu: Es ist ein Fortschritt, dass die deutsche Nationalmannschaft der Männer nicht mehr nur aus deutsch-deutschen Spielern besteht. Und wie wichtig das in Sachen Repräsentation von migrantischen Perspektiven ist, wurde mir letzte Woche nochmal klar. Da war ich im Wedding, wo ein Buch über die Boateng-Brüder[2] vorgestellt wurde. Jerome Boateng war selber auch anwesend. Das hatte sich wohl rumgesprochen und eine Menge migrantischer Kids aus dem Kiez waren da, um einen Blick auf ihn zu erhaschen oder sogar ein Autogramm abzustauben. Mit ihm können sie sich identifizieren, weil er in seinem Leben vielleicht ähnlich Erfahrungen, wie sie gesammelt haben. Er ist aber auch der »brave« Junge, der nicht aneckt. Sein Bruder Kevin-Prince hingegen wurde nach seinem Foul an Ballack damals überall rassistisch beschimpft. Dazu passt, dass die Soziologin Dagmar Schediwy bei ihren Befragungen von Fans zum Thema Fußballpatriotismus festgestellt hat, dass viele zwar die Nationalspieler mit Migrationshintergrund akzeptieren, aber nur weil sie eben ›nützlich‹ sind für Deutschland[3]. Damit könnte sich in der öffentlichen Wahrnehmung und in politischen Diskursen die Trennung von MigrantInnen, die uns ›nützen‹ und solchen, die uns ›ausnutzen‹, wie es der dumpfe Rechtsaußen Beckstein unsäglicher Weise formuliert hat, verschärfen.«
Pedram: »Ja es stimmt, dass der hegemonialer Diskurs der Einwanderungsgesellschaft neoliberal konnotiert ist, also die Idee der Einwanderungsgesellschaft deswegen als gut gepriesen wird, weil es ökonomisch nützlich ist. Das symbolisiert sich auch in der neuen Identifikation mit den migrantischen Spielern, die ›unser Spiel‹ besser machen. Aber wenn der Fußball ein Instrument ist, eine ökonomisch motivierte ethnische Modernisierung der deutschen Kultur voranzubringen, gegen eine reaktionäre Verweigerung der multiethnischen Realität, dann finde ich das schon mal gut. Dabei ist das ökonomische Nützlichkeitsprinzip aber auch nicht total bestimmend. Der DFB steht für viele antirassistischen Kampagnen, unter Anderen die Werbung, wo die Eltern der Nationalmannschaftsspieler zusammen grillen, und alle Gesichter der Welt zusammenkommen. Das ist eher gelebter solidarische Zwischenmenschlichkeit, als reines Nützlichkeitsprinzip. Seit der Amtszeit von Theo Zwanziger als DFB-Präsident herrscht ein anderer Wind. Sicher, Sammer ist noch da und verkörpert die alten Deutschen Tugenden, Bierhoff steht paradigmatisch für den neoliberalen Zeitgeist. Aber letztlich strahlt der DFB sehr viel Positives gegen Diskriminierung in der Gesellschaft aus. Und by the way: Rein fußballerisch machen die migrantischen Deutschen das Spiel auch nicht einfach nur besser, sondern stehen gerade für das, was dem Weißdeutschen lange gefehlt hat: Kreativität, Schönspielerei und Verspieltheit.«
Moritz: »Trotz der Bemühungen des DFB, die sicherlich eine Verbesserung gegenüber dem Verhalten zu Rassismus in den 90ern darstellen, sehe ich trotzdem die Gefahr, dass eine erfolgreiche deutsche Männer-Nationalmannschaft auch chauvinistischen Tönen in der Öffentlichkeit auftrieb geben könnte. Klar, viele Leute wollen einfach nur den schönen Fußball der deutschen Nationalmannschaft der Männer feiern und daran ist auch nichts verwerfliches. Aber in der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage können sich da schnell auch fußballbezogene Gefühle und Meinungen mit politischen Ressentiments vermischen. Das durch die Finanzkrise geprägte Bild der Griechen als Versager, scheint sich dann z.B. bei einem frühen – und so wie es aussieht – wahrscheinlichen Ausscheiden im fußballerischen zu bestätigen. In einem unkritischen Blick auf die Europapolitik Angela Merkels sieht Deutschland aus, wie der Retter Europas, mit einem Gewinn der EM wären sie auch noch Meister Europas. Letzteres mag dann auf einer gefühlsmäßigen Ebene Legitimation für eine weitere Politik der Bundesregierung zur Durchsetzung deutscher Interessen in Europa sein. Ich bin deswegen für Frankreich! Die französische Mannschaft ist mindestens genauso migrantisch geprägt, wie die deutsche und spielt ebenfalls schönen Offensivfußball. Dazu kommt, dass die Franzosen und Französinnen einen linken Präsidenten gewählt haben, der in Europa nicht auf Austerität sondern auf Solidarität setzt. Das scheint sich auch in der Mannschaft widerzuspiegeln. Denn wie spielverlagerung.de in ihrer Analyse schreiben,

DEBATTE

spielen ›Les Bleus‹ nach dem Motto ›liberté, égalité, fraternité‹[4]. Alle bringen ihre individuellen Stärken ein und unterstützen sich in ihrem Spiel gegenseitig, indem sie versuchen die Schwächen der jeweils anderen Spieler auszubügeln. So sollte auch ein solidarisches Europa aussehen.«

Pedram: »Klar, die Grenze zwischen Patriotismus und nationaler Chauvinismus ist fließend. Aber bei Fußballturnieren ist das aggressive Element der kollektiven Identität immer mehr abgeschwächt. Das ist ein spannender Trend der letzten 2-3 Jahrzehnte, also der neuen Periode kultureller Globalisierung. In Zeiten der kulturellen Entgrenzung ist das Schwingen der Nationalfahne bei den Turnieren eher folkloristisch zu verstehen als aggressiv nationalistisch. Was Frankreich angeht, stimme ich Dir voll zu. Sie waren die ersten, die ihre multiethnische Vermischung in Fußball organisierten und wurden prompt mit der Welt- und Europameisterschaft belohnt. Das große Bild von dem ›Araber‹ Zidane, das auf dem Arc de Triomphe nach dem WM Finale 1998 projiziert wurde, bedeutet für die arabischen Migranten dort mehr als vieles zuvor. England hat es immer noch nicht geschafft, Fußballstars mit indischen oder pakistanischen Hintergrund hervorzubringen, also wird es auch wieder nix mit einem Titel. Allerdings sollten wir nicht frankophile Illusionen anheim fallen: 20 % dort wählen rechtsradikal. Das schöne ist, dass dieser Teil sich schwer mit der Männer-Nationalmannschaft identifizieren kann. Dazu kommt noch dass Frankreich sich endlich von dem Verbandsbürokraten als Trainer gelöst hat, und mit Laurent Blanc, einer aus der goldenen Generation, einen Trainer hat, der mit der ›offensiven Fluidität‹ eine Revolution im Taktik probiert. Also da bin ich bei Dir, neben Deutschland gönne ich den Titel Frankreich und werde im Wettbüro sogar einen 10er auf Frankreich setzen.«

Moritz: »Ok, dann hoffen wir also auf ein Finale Deutschland gegen Frankreich, bei dem mindestens eine Drittel der Spieler auf dem Platz nicht nach den den völkischen und rassistischen Vorstellungen von Rechtsextremen in beiden Ländern gar nicht auf dem Platz stehen dürften. Dann ärgern sich die Faschos und hören in naher Zukunft vielleicht hoffentlich auf Fußball zu gucken!«

Der Text wurde zuerst veröffentlicht auf dem Blog »Linksaußen – Ein kritischer, linker Blick auf die Fußballwelt« (linksaussen.wordpress.com) unter dem Titel »Politisch links und für die DFB-Elf sein, geht das?« und hier leicht verändert übernommen.

FUSSNOTEN

✖ 1. *Häufig wenn wir von Fußball schreiben oder reden, meinen wir damit Männerfußball. Dabei ignorieren wir das es auch Frauenfußball gibt und machen Fußball, der von Männern gespielt wird zur Norm. Um Männerfußball nicht unmarkiert zu lassen, schreiben wir konsequent von »Fußball-nationalmannschaft der Männer«. Eine Auseinandersetzung über den Nationalismus während einer Frauenfußball-EM wäre aber eine andere, aufgrund anderer/weiterer Aspekte, die da in der Diskussion noch eine Rolle spielen würden.*

✖ 2. *Michael Horeni (2012): »Die Brüder Boateng. Drei deutsche Karrieren«, Klett-Cotta.*

✖ 3. *»WM 2006 als nationales Coming-out«, Interview mit Dagmar Schediwy in der taz, www.taz.de/Soziologin-ueber-Fan-Patriotismus/!94700/*

✖ 4. *»Offensivfluidität – eine französische Revolution?«, http://spielverlagerung.de/2012/06/07/offensivfluiditat-eine-franz osische-revolution/*

ZAG 62: CALL FOR PAPERS

SCHEISS POGROME, SCHEISS NAZIS ...

EINE BESTANDSAUFNAHME DER NEUEN ANTIRASSISTISCHEN BEWEGUNG

Wir möchten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zur nächsten Ausgabe 62 der ZAG zum Thema »Neue antirassistische Bewegung« bitten. Wir laden ein, die letzten 20 Jahre antirassistischen Engagements kritisch und selbstkritisch zu analysieren, die Bedingungen, Fehler und Erfolge zu benennen und die Veränderung zu reflektieren. Wir hoffen auf reges Interesse.

In der neuen BRD nach 1990 blühte, vorangetrieben durch die mediale Hetze gegen Flüchtlinge sowie die »Asyldebatte« der Parteien, die rassistische Gewalt. Nach der Vereinigung von DDR und BRD wurde so getan, als ob Anschläge auf Flüchtlinge und Migrant_innen ein Problem weniger »irregeleiteter« Jugendlicher und lediglich ein Phänomen der neuen Bundesländer sei, vorübergehende Anpassungsschwierigkeiten eben. Die Kontinuität der Übergriffe und Anfeindungen vor der »Wiedervereinigung« in der DDR und der BRD spricht eine andere Sprache. Und geht man die Liste der Chroniken zu rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Übergriffen, Brandanschlägen und Todesopfern seit den 90er Jahren durch, sieht man schnell, dass Rassismus hier wie dort tief in der Gesellschaft verankert ist: Hünxe, Mölln und Solingen stehen in einer Reihe mit Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.

In dieser ZAG möchten wir den Wandlungen und Kontinuitäten der antirassistischen Bewegung seit Beginn der 90er Jahre folgen. Was hat sich an den Rahmenbedingungen verändert? Wie sieht antirassistische Arbeit heute aus, was machte sie damals aus? Wo können wir zukünftig ansetzen? Im Laufe zweier Jahrzehnte haben sich viele Leute engagiert, sind abgesprungen, zu anderen Themen gewechselt, immer noch dabei auf die eine oder andere Weise. Eine ganze Generation ist aber mittlerweile neu hinzugekommen, mit neuen Ideen und Ansichten. Erfahrungen weiterzugeben und für eine neue Generation anschlussfähig zu machen, ist unser Wunsch.

Seit 21 Jahren erscheint die ZAG. Gegründet als Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen. Sie begann als eine Art 4x im Jahr erscheinende Dokumentation der politischen Antira-Arbeit. Sie dient heute als eine Art Argumentationshilfe und spricht Themen an, die in der Antira-Arbeit ansonsten zu kurz kämen. Einige Antira-Zeitschriften sind mittlerweile eingestellt (off limits, morgengrauen). Uns selbst läßt das nicht unberührt. Wir fragen uns, ob Antira-Arbeit noch eine Zeitschrift braucht? Was wäre ihre Aufgabe: Dokumentation, Berichterstattung, Austausch, Mobilisierung ...? Wo können wir ansetzen?

Mit der Veränderung der weltpolitischen Bühne um 1990 wurde auch eine Krise linker Bewegungen in Westdeutschland sichtbar. Die daraufhin neu entstehenden antirassistischen und antifaschistischen Gruppen reagierten auf den vehementen politischen Backlash sowie auf die offene Brutalisierung der Verhältnisse: Nazis mordeten, jagten Flüchtlinge zu Tode, steckten Häuser und Menschen in Brand, »normale Bürger_innen« veranstalteten Pogrome – durch Medien und Politik verständnisvoll begleitet, unterstützt und aufgehetzt. Diese rechtfertigten die Verfolgungen und Anschläge mit ihrer »Das Boot ist voll«-Rhetorik, sorgten für die Eskalation durch Schaffung von Missständen und nutzten die hervorgerufene Stimmung perverser Weise für die Beseitigung des Asylrechts wie für die Einführung einer mörderischen

NÄCHSTE AUSGABE



Abschiebe- und Grenzpolitik gegen Flüchtlinge. Die Erfahrung, dass es innerhalb kurzer Zeit möglich ist, Pogromstimmung hervorzurufen, dass die Polizei im »besten Fall« untätig bleibt, ansonsten vor allem gegen Gegendemonstrant_innen vorgeht, dass die »bürgerliche Mitte« bei Mord und Totschlag Verständnis zeigt und Beifall klatscht, hat eine Generation der Antira und Antifa geprägt.
Dieser Einschnitt ist zugleich der Anfang von Dokumentationen und Chroniken wie der seit 1993 erscheinenden Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«. Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 405 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 88 Menschen. Bis heute zeigen diese Dokumentationen und Chroniken auf, was staatlicherseits gerne verschwiegen wird: die immense Zahl der Opfer dieser Politik. Kampagnen wie »kein Mensch ist illegal« sind bis heute aktiv. Die »Karawane« oder Aktionstreffen wie die NoBorder-Camps treiben die internationale Vernetzung der Aktivist_innen voran. Mit The Voice hat sich eine Gruppe mit radikalem Anspruch gebildet, die es schafft mit eigener Stimme gehört zu werden. Die Büren-Gruppe, die seit Jahren Öffentlichkeit gegen den Abschiebeknast vor Ort organisiert, Flüchtlingsräte, die Rechte für Flüchtlinge einfordern, sie alle bilden eine vielfältige und lebendige Szene – mit unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen an Politik. Es gibt genügend Gründe sich zu organisieren, Anlässe für die politische Auseinandersetzung gibt es zuhauf – auch über zwanzig Jahre nach der Gründung der ZAG.

Dass die Lage jederzeit kippen kann, führen uns die sozialen und politischen Verschiebungen in Griechenland vor Augen. Die einstmals starke autonome linke Szene gerät unter Druck. Heute ist der tägliche Straßenkampf mit Neonazis, sind Pogrome gegen Migranten und Flüchtlinge, die Zusammenarbeit von Polizei mit Neonazis und faschistisch kontrollierte Viertel dort Realität. Die Eskalation fand innerhalb kürzester Zeit statt. Eine Parallele, die auch für die BRD jederzeit wieder gültig werden kann. Es ist offensichtlich, dass wir uns nicht auf Zivilgesellschaft und staatliche Organe als Ordnungsmacht verlassen können. Diese Haltung, das haben auch die Progrome von Rostock-Lichtenhagen und andere Anschläge gezeigt, wäre für Linke und Flüchtlinge fatal.
Wir möchten einladen, die letzten 20 Jahre antirassistischen Engagements kritisch und selbstkritisch zu analysieren, die Bedingungen, Fehler und Erfolge zu benennen und die Veränderung zu reflektieren. Sendet uns eure Artikel und Artikelvorschläge zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen. Wir hoffen auf reges Interesse.

- ✖ Artikel dürfen bis zu 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- ✖ Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch.
- ✖ Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- ✖ Der Redaktionsschluss ist der 21.10.2012.
  Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
- ✖ Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge und Kritiken an redaktion@zag-berlin.de.
- ✖ Mehr Infos über die ZAG unter www.zag-berlin.de.


Gülcin Wilhelm
GENERATION KOFFER
Die Pendelkinder der Türkei
ORLANDA

BUCHVORSTELLUNGEN

GENERATION KOFFER. DIE ZURÜCKGELASSENEN KINDER

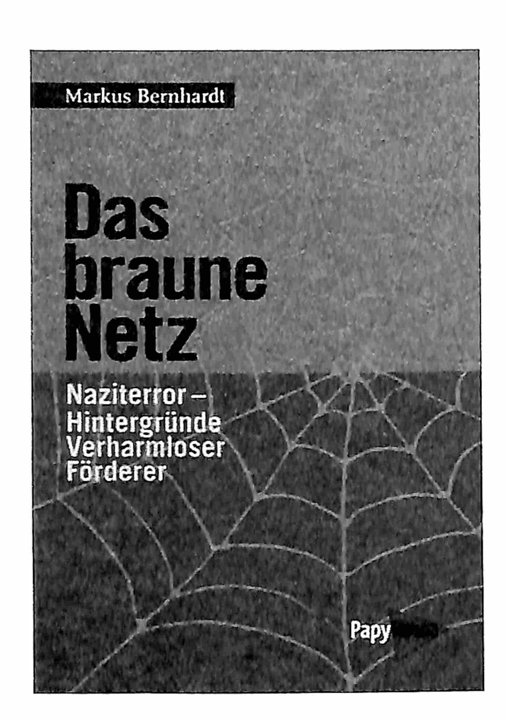
▮ CEREN TÜRKMEN

Gülçin Wilhelms Buch *Generation Koffer. Die zurückgelassenen Kinder* betrachtet die »Gastarbeitsmigration« aus der Türkei aus einer bisher unerforscht gebliebenen Perspektive. Es geht um Kinder, die von ihren Eltern zu Beginn der Einwanderung nach Deutschland in der Türkei bei Familienangehörigen zurückgelassen und sozialpsychologisch gesehen von ihren Eltern verlassen wurden. Diesen Biographien geht Wilhelm anhand von acht Porträts nach. Sie richtet den Blick auf einen konkreten Generationenkonflikt und die historische Konstruktion von Familie unter Rückgriff auf die Analyse der Arbeits- und Lebensverhältnisse der migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter wie auch der Migrationspolitik.
Im ersten von zwei Teilen im Buch widmet sich die Autorin der Migrationspolitik und dem Migrationsregime der Anwerbezeit in den 1950er und 60er Jahren. Die Migrationspolitik wurde als ein rotierendes Lohnarbeitssystem entwickelt, das die Bedingungen für ein spezielles Familienmodell ebnete. Dieses unterschied sich gänzlich vom Familienmodell des »deutschen männlichen Familienernährers«. Die Ausbeutung der migrantischen Lohnarbeiter sollte so intensiv wie möglich gestaltet werden, weshalb die familiäre Reproduktion im Migrationsregime und der »migrantische Haushalt« auf ein Minimum an Kosten reduziert wurden. Familiennachzug sollte im Sinne der Bundesregierung im Hinblick darauf, dass »Deutschland kein Einwanderungsland« werden sollte – was es jedoch schon immer war – von Anfang an verhindert werden. Es wurden keine geeigneten Wohnräume zur Verfügung gestellt, geschweige denn städtische oder betriebliche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Vor diesem Hintergrund entschieden sich Eltern, ihre Kinder nicht mit sich nach Deutschland zu nehmen oder nur phasenweise zu sich holen und nach den Sommerferien wieder zurück zu den Betreuern in die Türkei zu schicken. Oft wurden die transnationalen Pendelkinder erst nach der Schulzeit oder nach der Grundschule nach Deutschland geholt. Der systematische Zuzug der Kinder verlief sehr viel später in mehreren Phasen. 1973 beendete die Regierung die offizielle Anwerbephase und die türkischen Familien holten, da immer deutlicher wurde, dass es keine Rückkehr geben wird ihre Kinder und Ehepartner systematisch nach. Der Stichtag für die Arbeitserlaubnis für Jugendliche wurde angesichts der Familienzusammenführung um zwei Jahre auf den 31.12.1976 verschoben. 1975 wurde das zuvor als Anreiz eingeführte Kindergeld für Kinder, die in der Türkei lebten, massiv reduziert. Wilhelm schätzt, dass es ca. 700.000 Kinder waren, die damals getrennt von ihren Eltern in der Türkei lebten und als Pendelkinder der »Gastarbeit« sich fortan in der Migration einrichten mussten.
Was bedeuten diese Umstände für die Einzelnen und die Migrationsforschung?
Im zweiten Teil ihres Buches rekonstruiert sie anhand von acht kurzen Porträts der zurückgelassenen Kinder, wie Subjektivierung unter den Bedingungen transnationaler Familienorganisation stattfand, welche Schwierigkeiten sich in ihrem Leben aufgetan haben und wie ihre Lebensstrategien aussahen. Wilhelm orientiert sich an sozialpsychologischen Erklärungen und schließt an eine Entwicklung der psychologischen Forschung von heute an, die über erweiterte Wissenszugänge psychologische Fragen unter den Bedingungen der Migration analysiert.
Das Buch eröffnet mit der Frage nach den »Kofferkindern« ein bisher unerforschtes Thema zur Diskussion und liefert mit der Wendung hin zur Psychologie subjektorientierte Erklärungsansätze. Gesellschaftskritisch und politisch weiter. ausgeführt, machen diese die unterschiedlichen sozialen Beziehungen und Erfahrungen innerhalb der fordistischen Lohnarbeit, seine Geschlechter- wie auch Familienkonstruktionen deutlich. Zudem macht Wilhelm indirekt auf einen »Generationenkonflikt« aufmerksam. In diesem wird deutlich, dass die Migration nicht einfach in die 2. und 3. Generation übertritt, sondern dass hierin auch widersprüchliche Erfahrungen, Wissenskomplexe und Praktiken weitergeben werden, somit auch gesellschaftliche Traumata. Die antirassistischen Kämpfe um Emanzipation und Demokratie sind auch hier gefragt – die multiplen Geschichten von Unterdrückung und Emanzipationskämpfen mit Selbstbewusstsein zu schreiben und gesellschaftlich sichtbar zu machen. ✖

✖ Gülçin Wilhelm: Generation Koffer: Die Pendelkinder der Türkei; Orlanda Verlag; 176 Seiten; 17,90 €; ISBN: 978-3936937831

EXTREM IST KEIN PRÄDIKAT

ALBERT ZECHERU [ZAG]



»Was sich noch vor wenigen Monaten wie eine vielleicht unzulässige Zuspitzung angehört hätte, ist nun Gewissheit: Ohne die Kumpanei der bundesdeutschen Geheimdienste hätte die neofaschistische Terrorgruppe, die sich selbst den Namen ›Nationalsozialistischer Untergrund‹ (NSU) gab, nicht über dreizehn Jahre hinweg Morde, Bombenanschläge und Bankraube begehen können.«

Dies ist einer der Befunde, die auf den gut 110 Seiten des im PapyRossa Verlag erschienenen Bands »Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer« von Markus Bernhardt im Kontext gegenwärtiger bundesdeutscher Verhältnisse erörtert werden. Der Autor zeigt auf, inwiefern die rassistische Mordserie im Zusammenhang ihrer Umstände und der sich mehr mysteriös als aufklärend gestaltenden Aufarbeitung ein düsteres Licht auf die politischen Verhältnisse selbst wirft, in deren Mitte diese Morde begangen wurden. Diese werden nicht ausschließlich als Taten radikal-eliminatorischer Rassist_innen erörtert. Auch folgt das Buch nicht einem Reden vom alleinigen Versagen bestimmter Behörden. Der Autor vermeidet ein Kreisen um isolierte Einzelaspekte.

In Institutionen und Gesellschaft war von »Dönermorden« die Rede, denen eine »Sonderkommission Bosporus« nachging, getragen von einer sich gern als unvoreingenommen begreifenden Welt aus Medien, Polizei und Zivilgesellschaft. Die Titulierungen verweisen indes auf eine makabere Dopplung: einer rassistisch schematisierenden Wahrnehmung rassistischer Ereignisse, die es sich nicht verkneifen kann, in den Opfern selbst die Ursache zu sehen. In trauriger Kontinuität zeigt Rassismus hier auf seine große Qualität gesellschaftsrelevanter Dekontextualisierung. An diesen Punkt setzt Bernhardt mit seiner Darstellung an. Er geht den Spuren nach, die zu den Morden hinführen und diese hinterlassen und fügt sie in einem politischen Abbild bundesdeutscher Verhältnisse zusammen.

Bilden die Zusammenhänge um das Neonazi-Trio, das die Morde verübte, den Ausgangspunkt der Ausführungen, so liegt der Schwerpunkt des Buches auf den politischen und institutionellen Hintergründen. Diese erlangen in zweierlei Hinsicht Brisanz: Einerseits durch die sich offenbarenden Beziehungen zwischen Staatsschutz und Teilen der rechten Szene, die eine tatsächliche Ahnungslosigkeit entsprechender staatlicher Stellen über einen möglichen Rechtsterrorismus als fraglich erscheinen lassen. Andererseits durch eine Politik offensichtlicher Diffamierung ausgerechnet der Teile der Gesellschaft, die sich strikt gegen neofaschistische Strömungen wenden. Der Theorie und Praxis zum Versagen staatlicher Institutionen sind im Buch zwei eigene Kapitel gewidmet. Zum einen thematisiert Bernhardt darin den »Umgang von Polizei, Justiz und etablierter Politik mit den mittlerweile traditionellen Protesten tausender Nazigegner alljährlich im Februar in Dresden«, zum anderen – damit eng zusammenhängend – diskutiert er den Extremismus-Begriff, dessen Etablierung Antifaschist_innen und ihre entschiedensten Gegner_innen politisch gleichzusetzen sucht. ✖

✖ Markus Bernhardt: Das braune Netz, Naziterror – Hintergründe Verharmloser Förderer, Papy Rossa, Köln 2012, 117 Seiten, 9.90 EUR, ISBN: 978-3-89438-482-1

BASISWISSEN FASCHISMUS

ALBERT ZECHERU [ZAG]



Was Faschismus ist, was unter diesem Begriff zu verstehen ist, welche Bedeutung ihm zukam und zukommt, beschäftigt bis heute. Im Zentrum der vorliegenden Einführung in die Theorie zum Begriff und der Geschichte dessen, was in seinem Namen verbrochen wurde, steht vor allem die Frage nach dem analytischen Gehalt, der ihn zur Bewertung politischer Systeme qualifiziert. Ist Faschismus ein alleiniger Epochenbegriff, der der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Stempel aufdrückt oder ist er als Gattungsbegriff brauchbar? Welche Indikatoren sind hinreichend, um eine politische Bewegung oder ein politisches System als faschistisch zu fassen? Die kontroversen Diskussionen zum Faschismus-Begriff, die bereits mit dem Entstehen erster faschistischer Gruppen entstanden, finden in dem im PapyRossa-Verlag erschienen Buch unter dem Titel »Faschismus« ihre kurze Darstellung. Wesentliche Protagonist_innen und ihre Ansätze, die zur Theoriebildung beigetragen haben und bis heute beitragen, werden vorgestellt und von den Autoren Speckmann und Wiegel kommentiert und gegeneinander gelesen.

Es sind vor allem verkürzende Sichtweisen, die das Verständnis der Ursachen von Faschismus prägen. Epoche machend war nicht nur der Faschismus selbst, es war auch so mancher Ansatz einer Erklärung. Sie verweisen zum Teil auf ihre Zeit selbst. Allen voran die in der vorliegenden Einführung unter anderem diskutierte so genannte Dimitroff-Definition, die sich in der Doktrin kanonisierte: »Der Faschismus an der Macht ist... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.« Entgegen gehalten wird dieser Definition gern ein rein funktionalistisches Verständnis des Faschismus als Instrument des Kapitals, um die soziale Frage in einer extremen Krisenzeit im Sinne des Kapitalismus zu beantworten. Die Autoren plädieren dagegen für eine enge historische Auslegung des Faschismusbegriffs, der sich nicht allein auf ideologische Auslegung und Analyse beschränkt und im schlimmsten Fall bereits Versatzstücke als alleinige Indikatoren für Faschismus bewertet. ✖

✖ Guido Speckmann / Gerd Wiegel: Faschismus – Basiswissen, Pocketformat, etwa 127 Seiten, EUR 9,90 [D] / EUR 10,20 [A] / SFR 14,90; ISBN 978-3-89438-473-9

»DID SOMEBODY SAY TOTALITARISM?«

▮ ALBERT ZECHERU [ZAG]



LAIKAtheorie



PROLOG

»Sobald man den Begriff ›Totalitarismus‹ akzeptiert, platziert man sich felsenfest innerhalb des liberal-demokratischen Horizonts.« (S. 11)

Totalitarismus ist ein konservativer Begriff. Es soll bewahren, nicht klären. Das Reden von Totalitarismus reduziert Gewalt als Gegenbegriff zu Freiheit. Stalinismus und Faschismus werden in diesem Denken einer Ordnung von Gewaltherrschaft zugeführt und als unterschiedliche politische Ableitungen ein und desselben gehandelt. In der Logik von Totalitarismustheoretiker_innen ist eine grundsätzliche Reflexion auf das politisch immer problematische Verhältnis von Gewalt und Freiheit verhindert.

Der gegenwärtige Liberalismus, dem sich Totalitarismustheoretiker_innen gern zugeordnet sehen, sieht sich gegen ein mittelbares Verkehren in das Gegenteil von dem, was heute einer freiheitlichen Grundordnung zugeschrieben wird, gern immun. In der Logik des Totalitarismus darf sich dabei als eine politische Mitte begreifen, was die Frage der Staatsgewalt ganz demokratisch ausblendet und die herrschenden Gewaltverhältnisse durch freie Wahlen in die Verantwortung aller gezogen sieht. Ansonsten darf sich über die Errungenschaft der Gewaltenteilung freuen wer kann.

Dieser Prolog mag diskussionswürdig sein, jedoch eröffnet er in etwa das Feld, auf dem sich Slavoj Žižek in seinem Buch »Totalitarismus – Fünf Interventionen zum Ge- und Missbrauch eines Begriffs« bewegt.

Der Band wurde in diesem Frühjahr vom LAIKA Verlag als zweiter Band der Reihe LAIKA-Theorie herausgegeben. Es handelt sich hierbei um keinen neuen Beitrag des Autors. Im englischen Original erschien er bereits vor gut zehn Jahren. Ein langer Zeitraum könnte man meinen, zumal *Totalitarismus*, der Titel gebende Begriff der deutschen Ausgabe, seit nun bald 90 Jahren engagierte Anhänger_innen findet und in den letzten zehn, zwanzig Jahren eine erstaunliche Etablierung im wissenschaftlichen und politischen Mainstream als seriöse Kategorie erfahren durfte. Keine schöne Entwicklung für einen Begriff, der herrschaftskritisches linkes und herrschaftsaffines rechtes Denken als im Ergebnis Identische auffasst. Doch passt der Begriff bestens zur positivistischen Wende, die zu Beginn der 1980er Jahre mit Margaret Thatchers »There is no alternative« ihr berühmt gewordenes Diktum erhielt. Mittlerweile steht der Totalitarismus diesem Diktum als politischer Kampfbegriff s zur Seite, wenn die Alternativlosigkeit des neoliberalen Projekts ernsthaft angezweifelt wird.

»In seiner gesamten Laufbahn war ›Totalitarismus‹ ein ideologischer Begriff, der das komplexe Verfahren aufrecht erhielt, ›freie Radikale einzufangen‹, die liberal-demokratische Hegemonie zu sichern, die linke Kritik der liberalen Demokratie als Unterseite, als ›Zwilling‹ einer faschistischen Diktatur zurückzuweisen.« (S. 10) Als Konzept oder analytische Kategorie kann Žižek den Begriff nicht ernst nehmen und zielt mit seinen fünf Interventionen auf den ideologischen Kern

des Begriffs. Er entdeckt diesen als leere Hülle ohne eigenen Gehalt, als rein politisches Werkzeug:
»Die Hauptthese dieses Buches lautet daher, dass der Begriff ›Totalitarismus‹ weit davon entfernt ist, ein wirkungsvolles Konzept zu liefern, und als eine Art Notbehelf dient: Statt uns zum Denken zu befähigen und uns zu neuen Einsichten über die geschichtliche Realität zu zwingen, die er beschreibt, enthebt er uns der Pflicht, nachzudenken oder hindert uns sogar am Denken.« (S. 11)
Žižek zufolge kommt dies einem Denkverbot gleich – ähnlich dem Berufsverbot für Kommunist_innen der 1970er Jahre. »In dem Moment, wo jemand auch nur die geringste Neigung zeigt, sich an politischen Projekten zu beteiligen, die darauf abzielen, die existierende Ordnung in Frage zu stellen, lautet die Antwort sofort: ›So gut es auch gemeint ist, dies wird zwangsläufig in einem Gulag enden.« (S. 11)
Dem gegenüber bringt Žižek seine fünf Interventionen in Stellung, in denen er jeweils einer der ihm zufolge typischen Behauptungen nachspürt, die »Theoretiker [einnehmen], wenn sie – heute, nach dem Verstummen des im Kalten Krieg üblichen liberalen Dahergeredes vom Stalinismus als direktem und notwendigem Resultat des Marxismus – den Begriff »Totalitarismus« zustimmend benutzen.« Diese wären:
1. Die Behauptung, *Totalitarismus* sei Resultat der modernen Aufklärung – entweder direkt oder indirekt aufgrund nur unvollständiger Entfaltung des aufklärerischen Potenzials,
2. Die Behauptung, der Holocaust sei ein absolutes Verbrechen und als ein solches stelle bereits dessen politische Analyse eine Trivialisierung dar.
3. Die neoliberale Behauptung, jedes radikal emanzipatorische Projekt ende in irgendeiner Variante totalitärer Herrschaft und Kontrolle.
4. Die postmoderne Behauptung, *Totalitarismus* beruhe auf einer metaphysischen Schließung
und 5. Die Behauptung »einer neuerlichen kognitivistischen Gegenreaktion«, die Kulturwissenschaften selbst seien »totalitär« und stellen »die letzte Insel [dar], auf der, jeglicher rationalen Argumentationsführung unzugänglich, die stalinistische Logik unbedingten Gehorsam gegenüber der Parteilinie überlebt hat.« (S.12/13)
Žižek verfolgt in seinen Interventionen jede für ihn assoziierbare Spur dieser Behauptungen und zeigt auf, dass sich diese überhaupt erst jenseits des binären Instrumentariums, den die Totalitarismustheorie zur Verfügung stellt, diskutieren lassen. An dieser Stelle wird auch die unglückliche Übersetzung des Titels deutlich. Das hervorgehobene Wort »Totalitarismus« auf dem Buchcover weckt Erwartungen einer direkt am Begriff orientierten Erörterung seiner politischen Bedeutung. Das ist bei dem Buch jedoch nicht der Fall. Es verspricht nicht »noch eine geschichtliche Darstellung des Begriffs Totalitarismus« (S.11) zu sein. Der Originaltitel »Did somebody say totalitarism? Five Interventions in the (Mis) use of a Notion« ist in Hinblick auf die Herangehensweise und Haltung des Autors zum Thema genauer.
Indes geraten Žižeks Interventionen selbst zu einem voraussetzungsvollen Theoriegeflecht, das durch seine der Gegenwartskultur entliehenen Assoziativverkettungen keine Langatmigkeit verheißt. Es bedarf jedoch der Geduld bis der mit fast jedem Absatz von Žižek aufs Neue eingeworfene Groschen im eigenen Hirn gefallen ist. Wobei dieses Prozedere nicht selten dem Schauspiel an manchem Fahrkartenautomaten gleicht, bei dem partout ein und dieselbe Münze hörbar durch die Mechanik rasselt. Wer dabei nicht verzweifelt, bekommt im Fazit von Žižek gleich mehrere Tickets gedruckt, wenn auch zum Teil mit nicht ganz aktuellem Datum. Es sind letztlich historische Figuren wie Milošovič oder Hussein, die im Westen als Personifikationen böser Diktatoren gehandelt wurden, in denen sich Žižek zufolge der Gebrauch der »totalitären Bedrohung« fortsetzt, die an die Entstehungszeit des Textes erinnern. Auch die Begrifflichkeiten haben sich ein wenig geändert. In Deutschland beispielsweise werden die »totalitären Bedrohungsszenarien« momentan mit dem schwammigen Reden vom »Extremismus« verhandelt. Doch wird die Idee vom Totalitarismus das neoliberale Projekt von Demokratie durch Kapitalismus als das historisch alternativlos Hervorgegangene vermutlich noch lange zusammenhalten und ideologisch alle politischen Alternativen, freiheitsfeindlich markiert, in einen Topf werfen. So lange bleiben Žižeks Interventionen mindestens aktuell. ✖

✖ **LAIKATheorie Band 2: Slavoj Žižek: Totalitarismus – Fünf Interventionen zum Ge- oder Missbrauch eines Begriffs; Aus dem englischen von Oliver Hörl; ISBN: 978-3-942281-92-8; Erschienen März 2012; Preis: 21€, 224 Seiten**

KURZVORSTELLUNGEN

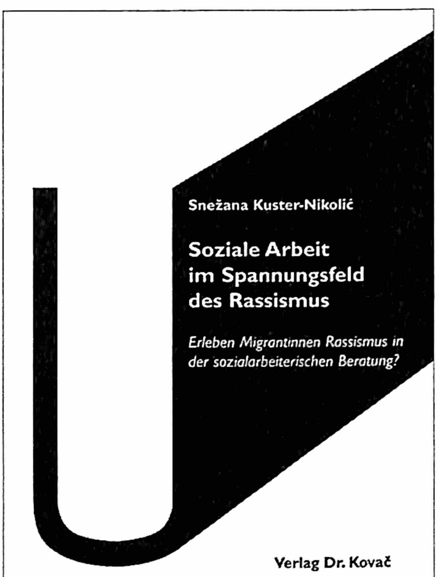


ARABELLION

▮ JANA KRTEK

Die arabischen Revolutionen fressen ihre Kinder, könnte man angesichts der Entwicklungen sagen. Trotz großer Begeisterung aller Orten und den Erfolgen der Revolten scheinen religiöse und konservative Gruppen die Oberhand zu gewinnen und damit die Hoffnungen auf Demokratisierung der Verhältnisse und ein größeres Maß an individueller Freiheit zunichte zu machen. Die Schwerpunkte von iz3w sowie der inamo nehmen die Ursachen und Motive der Arabellion unter die Lupe. ✖

✖ Inamo: Ein Jahr Frühling. Nr. 69, Jg. 18, Frühjahr 2012, 64 Seiten, 5,50 Euro, iz3w: Arabischer Frühling 2.0 – die Wut ist nicht verraucht. Nr. 330, Mai/Juni 2012, 50 Seiten, 5,30 Euro

SOZIALE ARBEIT IM SPANNUNGSFELD DES RASSISMUS

▮ JANA KRTEK

In der sozialen Arbeit wird viel über Rassismus debattiert und dies auch als Arbeitsfeld begriffen. Die Interviews, die Kuster-Nikolić mit migrantischen Frauen in Österreich führte, zeigen, dass sie auch als Klientinnen im Kontakt mit SozialarbeiterInnen »sozialarbeiterischem Rassismus« ausgesetzt sind. Dies wird begünstigt durch die »Individualisierung der [Konfliktlagen der, Anm.] Ratsuchenden« wie auch durch »institutionelle Toleranz«, die den Beratenden bezüglich ihres diskriminierenden Handelns entgegengebracht wird. Kuster-Nikolić geht in ihrer Magisterarbeit einer wichtigen Diskrepanz von Handeln und Selbstwahrnehmung in der sozialen Arbeit nach, der Text ist allerdings an manchen Stellen nicht so auf die Fragestellung fokussiert, wie es wünschenswert wäre. ✖

✖ Kuster-Nikolić, Snežana: Soziale Arbeit im Spannungsfeld des Rassismus. Erleben Migrantinnen Rassismus in der sozialarbeiterischen Beziehung? Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2012, 112 Seiten, 55,00€, ISBN 978-3-8300-5323-1

ERRATA

FEHLER IST UNSER ZWEITER VORNAME.

▮ ZAG

In mehreren Texten der letzten Ausgabe Nr. 60 sind die Fußnotenzeichen im Text während des Layouts herausgefallen: Die Texte sind nun mit Fußnotenzeichen auf unserer Internetseite zu finden.

In der gleichen Ausgabe sind im Inhaltsverzeichnis die Anführungszeichen im Titel des Textes zur Erinnerung an Oury Jalloh verschwunden. Dies ändert den Sinn in ungewollter Weise. Die weggefallen Anführungszeichen im Inhaltsverzeichnis ärgern auch uns.

Zudem hat das Bild auf Seite 8 eine falsche Bildunterschrift bekommen. Es zeigt nicht die durch Menschen verursachte Explosion einer Bohrinsel im Golf von Mexiko, sondern eine Atombombenexplosion im Stillen Ozean. ✖

BACKLIST

2012 **#60** Rassismus in der Krise **2011** **#59** Antiziganismus in Europa **#58** It's All Natural **2010** **#57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **#56** Islambilder 2 **2009** **#55** rasse·kultur·macht **#54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **#53** Homophobie **#52** Antidiskriminierung **2007** **#51** Grenzerfahrungen **#50** Verschwörungen **2006** **#49** Nationale Befreiungsbewegungen **#48** Die Türkei in Europa **2005** **#47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **#46** Lechts und Rinks **2004** **#45** Migration von Frauen (*) **#44** Migrationsmanagement (*) **2003** **#43** Antiziganismus (*) **#42** 911 Turbo **2002** **#41** Monster AG **#40** Blitzkultur **2001** **#39** Antisemitismus (*) **#38** Abschiebeknäste **2000** **#36/37** Zimmer ohne Aussicht **#35** Schengenland (*) **#34** Islambilder **1999** **#33** Konzepte antirassistischer Arbeit **#32** Die Bilder-Zag **#31** Gesundheit als Privileg **#30** Das Ende der Tabus **1998** **#29** Sport und Rassismus **#28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **#27** Antirassistische Jugendarbeit **#26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **#25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **#24** Globale Migrationskontrolle **#23** Mobilität **#22** City 2000 **1996** **#21** Balkan, Krieg und Flucht **#20** Ökologie **#19** Einwanderungspolitik **#18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (*) **1995** **#17** Alltag-Kultur-Rassismus **#16** Europa **#15** Illegalisierung (*) **#14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **#13** Polizei und Justiz **#12** Rassismus und Soziale Frage **#11** Innere Sicherheit **#10** Rassismus und Bildung **1993** **#9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (*) **#8** Ausweisung und Abschiebungen (*) **#7** Rassismus und Bildung (*) **#6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (*) **1992** **#5** Roma in der BRD / Rostock (*) **#4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (*) **#3** Wer schweigt, stimmt zu **#2** Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** **#1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)


ISSN: 2192-6719

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail: redaktion@zag-berlin.de, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Under Pressure, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.